

# Das Parlament

Berlin, 17. Januar 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 3-4 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Nachfolge im EU-Parlament

**Roberta Metsola** Die maltesische Abgeordnete der konservativen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (EP) hat beste Chancen, morgen zur neuen Präsidentin der Abgeordnetenkammer gewählt zu werden – als Nachfolgerin des vergangenen Woche verstorbenen Parlamentspräsidenten David Sassoli (siehe Seite 13). Die Wahl war ohnehin an diesem Tag angesetzt. Nach der Europawahl hatten die drei größten EP-Fraktionen vereinbart, Sassolis Amtszeit auf zweieinhalb Jahre zu begrenzen. Die 42-jährige Doktorin der Rechtswissenschaften spricht vier Sprachen und ist bisher Erste Vizepräsidentin des Parlaments. Nach Simone Veil (1979-1982) und Nicole Fontaine (1999-2002) wäre sie die dritte (und jüngste) Frau an der Spitze der europäischen Volksvertretung. *joh*

## ZAHL DER WOCHE

702

Abgeordnete gehören derzeit dem Europäischen Parlament an, darunter 95 aus Deutschland. Vertreter der sieben Fraktionen und der Gruppe der Fraktionslosen sind Mitglieder in 24 Ausschüssen und drei Unterausschüssen.

## ZITAT DER WOCHE

### »Überzeugter Europäer und großer Menschenfreund«

**Bärbel Bas**, Bundestagspräsidentin, in ihrer Würdigung des vergangenen Woche verstorbenen Präsidenten des Europäischen Parlaments, David Sassoli

## IN DIESER WOCHE

**INNENPOLITIK** Sozialpolitik Koalition setzt auf Bürgergeld statt Hartz IV Seite 4

**INNENPOLITIK** Gesundheit Die Regierung hält sich bei Fragen zur Impfpflicht bedeckt Seite 7

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN** Wirtschaftspolitik Opposition vermisst Einsatz für Unternehmen Seite 10

**EUROPA UND DIE WELT** Ukraine An der Grenze wächst die Angst vor einer Eskalation des Konflikts Seite 12

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
64546 Mörfelden-Walldorf



# Scholz im Gemüsegarten

**BUNDESKANZLER** Erstmals stellt sich der neue Regierungschef den Fragen der Abgeordneten

Das Format ist überschaubar, aber nicht ohne Reiz: 15 Fragen plus jeweils eine Nachfrage, 30 Antworten, alles in 63 Minuten, quer durch den politischen Gemüsegarten. Die Fragesteller kommen aus sechs Fraktionen, die Antworten vom Bundeskanzler. Der heißt Olaf Scholz, ist seit fünf Wochen im Amt und stellt sich zum ersten Mal der sogenannten Regierungsbefragung im Bundestag – eine schöne Gelegenheit, den neuen Regierungschef in ungewöhnlichem Rahmen zu erleben. Anders als die vor 70 Jahren etablierte Fragestunde, in der Regierungsvertreter seit Februar 1952 schriftlich eingereichte Auskunftersuchen der Parlamentarier beantworten, gibt es die „Befragung der Bundesregierung“, wie sie offiziell heißt, erst seit Herbst 1988. Seither konnten die Abgeordneten den Regierungsmitgliedern „Fragen von aktuellem Interesse“ stellen, vorrangig zur vorangegangenen Kabinettsitzung. Über viele Jahre hinweg war diese Veranstaltung als langweilig verschrien – im Gegensatz etwa zur „Prime Ministers Questions“, bei der sich britische Regierungschefs im Unterhaus den Parlamentariern stellen. Erst in der vergangenen Wahlperiode wurde geregelt, dass auch der Kanzler beziehungsweise damals die Kanzlerin selbst dreimal im Jahr je eine Stunde lang die Fragen der Bundestagsabgeordneten beantworten soll: „Vor Ostern, vor der Sommerpause und vor Weihnachten“, so steht es in Anlage 7 der Geschäftsordnung.

**Kanzler-Aufschlag** Davon abweichend bildete der Scholz-Auftritt vergangene Woche quasi den Aufschlag zur dreitägigen Parlamentsdebatte über die Politik seiner Regierung. Seine Amtsvorgängerin Angela Merkel (CDU) hatte in den vergangenen Jahren vorexerziert, wie sich die Fragestunde für die Regierung nutzen lässt, mit Konzentration und Ruhe, Detailkenntnis und Routine, manchmal etwas launig und mit einem Anflug von Spontanität. Und Scholz? Auch hier erinnerte er an die unaufgeregte Art der Langzeit-Kanzlerin, wirkte wie meist etwas hanseatisch reserviert und beherrscht, nicht ohne seine Regierung und ihr Ampel-Programm anzupreisen, und ließ sich auch von provokanten Fragen nicht beirren. Das wurde schon bei dem kalkulierten Regelbruch der AfD-Fraktion deutlich, deren Abgeordnete gleich bei den ersten Worten des Kanzlers Schilder mit der Aufschrift „Freiheit statt Spaltung“ hochhielten und sich damit die erwartbare Zurechtweisung

## 2G-Plus gilt auch im Bundestag

**PARLAMENT** Abgeordnete beschließen schärfere Schutzmaßnahmen. AfD-Kandidaten scheitern bei Ausschussvorsitzwahlen

Im Bundestag gelten strengere Corona-Schutzmaßnahmen. Eine Allgemeinverfügung von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) „zum Schutz der Funktionsfähigkeit des Deutschen Bundestages und der sich darin aufhaltenden Personen“ sieht die 2G-Plus-Regelung und das Tragen von FFP-2 statt OP-Masken vor. Für die Neuregelung votierten bei einer Abstimmung am vergangenen Mittwoch alle Fraktionen außer die AfD, die mit Nein stimmte. Für die 736 Bundestagsabgeordneten, ihre Mitarbeiter und andere Beschäftigte des Parlaments bedeuten die neuen Regeln: Wer doppelt geimpft oder genesen ist, benötigt einen zusätzlichen negativen Test für den Zutritt zum Plenarsaal oder zu Ausschusssitzungen. Personen mit zusätzlicher Auffrischungsimpfung oder Genesene mit doppelter Impfung brauchen diesen nicht. Abgeordnete, die weder geimpft noch genesen sind, können die Sitzungen im Plenum weiterhin von der Tribüne aus verfolgen – wenn sie einen aktuellen negativen Test vorlegen. In vergangenen Bundestagsitzungen waren bereits vorrangig AfD-Abgeordnete auf die Tribüne ausgewichen, weil im Plenum 3G galt – geimpft, getestet oder genesen.



Inhaber der Richtlinienkompetenz: Olaf Scholz vergangene Woche bei der Regierungsbefragung im Bundestag

© picture-alliance/Geisler-Fotopress/Frederic Kern

durch Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) einhandelt. Ungerührt hob Scholz erneut an, warb schon in seinem Eingangsstatement für eine Impfpflicht zur Corona-Bekämpfung und beschwor das „Signal des Aufbruchs“, für das die mehrteilige Parliamentsaussprache über die Regierungspläne eine „gute Woche“ sei.

Fast bis zum Schluss hielt er es durch, jede Frage der Abgeordneten mit einem „Schönen Dank“ zu quittieren. Einmal schränkte er die Höflichkeitsfloskel ein, als der AfD-Abgeordnete Martin Sichert auf mehr als 26.000 Fälle schwerer Nebenwirkungen der Corona-Impfungen verwies – da galt der „schöne Dank für Ihre Frage“ ausdrücklich „nicht für die Intention, die dahintersteckt: „Sie verwirren die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes“, hielt Scholz dem AfD-Mann entgegen und erinnerte daran, dass sich weltweit Milliarden Menschen und in Deutschland „Zig-millionsen“ impfen ließen und das „sehr

gut gegangen“ sei. Ein anderes Mal wies er Vorhaltungen der Linken-Parlamentarierin Susanne Ferschl zu Minijobs als „falsch“ zurück und verband dies mit dem Rüffel, man müsse sich eben „manchmal einfach eine Statistik angucken und kein Flugblatt“. Ferschls Fraktionskollege Pascal Meiser bekam dafür später dann einen „schönen Dank“ für seine Frage zum Pflegebonus „und auch noch mal für das Engagement“.

»Wie stellen Sie sich eine solche Impfpflicht vor?«  
Günter Krings (CDU)

Die Fragen der Koalitionsabgeordneten bereiteten dem Kanzler erwartungsgemäß eher die Bühne als Ungemach, ob es nun um die deutsche G7-Präsidentschaft, die Bekämpfung von Kinderarmut oder den Ausbau der erneuerbaren Energien ging. Umgekehrt dürften sich gerade die Grünen gefreut haben, als Scholz den AfD-Fraktionschef Tino Chrupalla wissen ließ, dass die Nutzung der Atomenergie weder nachhaltig noch wirtschaftlich sinnvoll sei, und das Kanzler-Lob für Finanzminister Christian Lindner (FDP), den „sehr guten“

Nachtragshaushalt „sehr sorgfältig vorbereitet“ zu haben, wird man bei der FDP gerne gehört haben. Deren Abgeordneter Bernd Reuther wiederum bot Scholz mit der Frage nach einer Autobahnsperre wegen einer maroden Brücke Gelegenheit, gleich eine Bestandsaufnahme der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland durch die liberalen Ressortchef Volker Wissing anzukündigen. Die Impfpflicht, ein zentrales Thema dieser Tage, nutzte die Union zum Nachbohren, als Thorsten Frei und Günter Krings (beide CDU) entsprechende Regierungsvorschläge anmahnten. Den impliziten, auch in Kommentarspalten laut gewordenen Vorwurf mangelnder Führung in dieser Diskussion konterte Scholz mit dem Hinweis, schon im November für eine Impfpflicht plädiert und damit der Debatte eine neue Richtung gegeben zu haben. Dabei habe er von vornherein deutlich gemacht, dass eine „so grundsätzliche Angelegenheit besser auf Basis von Anträgen aus diesem Haus“ entschieden werden sollte, „ohne Regierung und Opposition und Fraktionszwänge“, fügte Scholz hinzu (siehe Seite 7). Das sei „der richtige Weg für demokratische Leadership“. *Helmut Stoltenberg*

## EDITORIAL Gewissen und Entscheidung

VON CHRISTIAN ZENTNER

Sind Sie für oder gegen eine Impfpflicht? Überall bilden sich die Menschen derzeit eine Meinung in dieser Frage, das Thema ist allgegenwärtig. Die Frage muss entschieden werden, so oder so. Für unsere Gesellschaft kann das nur der Bundestag. Allerdings stand dort die Impfpflicht in der abgelaufenen Woche nicht auf der Tagesordnung. Es gibt noch keine Vorlage für eine Impfpflicht. Ein Grund dafür ist auch das gewählte Verfahren. Die Ampel setzt für die Debatte auf Gruppenanträge. Die Bundesregierung will keinen Entwurf vorlegen, auch die Fraktionen sollen als Antragsteller außen vor bleiben. Das macht die Arbeit im Bundestag nicht einfacher. Fraktionen steuern und erleichtern die parlamentarische Arbeit, indem sie unterschiedliche Positionen zu handlungs- und verständigungsfähigen Einheiten zusammenfassen, so beschrieb es einmal das Bundesverfassungsgericht. Ohne Fraktionen müssen sich Abgeordnete mit ähnlichen Positionen zunächst zusammenfinden, um Vorlagen zu erarbeiten. Je komplexer ein Thema ist, umso bedeutungsvoller wird die ordnende Hand der Fraktionen. Die SPD-Fraktion will nun ordnen und kündigte an, dass jetzt zunächst Eckpunkte als Basis einer Vorlage erarbeitet werden.

Das Gruppenverfahren soll den Charakter der Wissensentscheidung unterstreichen. Die Sicht der Bundesregierung: Wissensentscheidungen seien Sache des Bundestages, das Gruppenverfahren daher richtig. Bei der Impfpflicht für bestimmte Berufe vom Dezember oder auch dem Masernschutzgesetz in der vergangenen Wahlperiode gab es dagegen eine Koalitions- oder Regierungsvorlage. Es gibt Argumente für beide Vorgehensweisen. Gerade eine Regierung könnte man sogar besonders in der Verantwortung sehen. Der Schutz der Bevölkerung, die Gefahrenabwehr, ist eine Kernaufgabe der Exekutive. Sollte die Impfpflicht also zur Abwehr der Gefahren durch Sars-Cov-2 notwendig sein, so wäre es naheliegend, dass auch die Regierung ihr Gesetzesinitiativrecht nutzt. Gruppenanträge brauchen Zeit, sie können dann aber eine besonders befriedigende Wirkung entfalten. Es gilt aber auch: Entscheidungen im Bundestag werden nicht gewissenhafter getroffen, weil man sie zur Wissensentscheidung erklärt. Die Beratung und Abstimmung über ein Gesetz bleibt immer frei, auch wenn der Entwurf von der Bundesregierung kommt. Am Ende geht es auch darum, dass die Entscheidung eine möglichst breite Akzeptanz findet, sowohl im Bundestag als auch in der Bevölkerung.



In Ausschüssen und Plenum gelten seit vergangener Woche neue Corona-Schutzmaßnahmen, darunter das Tragen von FFP-Masken statt OP-Masken. © DBT/photothek/l. Kögeler

In einer Geschäftsordnungsdebatte zu den Neuregelungen kritisierte der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Bernd Baumann, mit diesen werde „eine rote Linie“ überschritten, da sie „tief in das freie Mandat“ eingreifen würden. Die Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD- und der Unionsfraktion hielten dagegen: Katja Mast (SPD) nannte die neuen Schutzmaßnahmen

„absolut geboten und richtig“, die Rechte der Abgeordneten zur Ausübung des freien Mandats seien nicht in Gefahr. Thorsten Frei (CDU) argumentierte, dass es nicht akzeptabel sei, wenn Abgeordnete solche Maßnahmen für sich selbst ablehnen würden, deren Einhaltung andernorts gelten. Beide verwiesen auf die Notwendigkeit, die Funktionsfähigkeit des Parlaments aufrechtzuerhalten.

Für Diskussionen sorgten in der vergangenen Woche zudem einige Abstimmungen in den Ausschüssen. Die Kandidaten der AfD-Fraktion für den Vorsitz des Innen-, des Gesundheits- und des Entwicklungsausschusses, Martin Hess, Jörg Schneider und Dietmar Friedhoff, fanden in geheimen Wahlen wie bereits im Dezember vergangenen Jahres keine Mehrheit. Die AfD-Fraktion hat das Vorschlagsrecht für die Vorseite in diesen Ausschüssen. Die Leitung der Gremien übernehmen nun vorerst die Abgeordneten Lars Castellucci (SPD), Kirsten Kappert-Gonther (Grüne) und Christoph Hoffmann (FDP), die zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurden. Auch in den übrigen Ausschüssen sind in der vergangenen Woche stellvertretende Vorsitzende bestimmt worden, auch hier verfehlten Kandidaten der AfD-Fraktion bei Wahlen die Mehrheit. *Alexander Heinrich*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie in unserem E-Paper







Geld ist genug da. Die EZB in Frankfurt sorgt für ständigen Nachschub.

© picture-alliance/photothek/Thomas Trutschel

# Die schönen Dinge

**FINANZEN** Lindner sichert sorgsamem Umgang mit dem Staatsetat zu. Opposition sieht planlose Steuerpolitik

Es steht nicht gut um die öffentlichen Finanzen und die Geldwertstabilität – und das weltweit. Die Corona-Pandemie hat die Wirtschaft auf allen Kontinenten einbrechen lassen, Lieferketten wurden teilweise abgebrochen. Große, mittlere und kleine Staaten stellten riesige Geldsummen zur Verfügung, um Arbeitslosen ein Einkommen zu finanzieren und angeschlagene Unternehmen vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Bei der Finanzierung der Hilfsprogramme verhielten sich alle Regierungen gleich: Sie griffen zum Instrument der Kreditaufnahme, was die Staatsverschuldung international explodieren ließ. In den USA, im EU-Währungsraum und anderen Ländern schritten dann die jeweiligen Zentralbanken zur Tat und kauften die von den Regierungen zur Finanzierung herausgegebenen Anleihen auf. So häufte die Europäische Zentralbank inzwischen 3,9 Billionen Euro Staatsanleihen der Euroländer an.

**»Wir tun das, was nötig ist, aber reizen nicht aus, was möglich wäre.«**

Christian Lindner (FDP)

stiegen, in Deutschland auf über fünf Prozent – so hoch wie seit 30 Jahren nicht mehr. EU-weit liegt die Inflationsrate bei knapp fünf Prozent. Um die Preissteigerung wieder in den Griff zu bekommen, müsste die EZB die Zinsen anheben, wie die amerikanische Notenbank dies für die USA angekündigt hat. Zudem müsste die EZB Staatsanleihen verkaufen, was aber die Zinsen noch weiter nach oben treiben und manche Euroländer in Zahlungsschwierigkeiten bringen könnte. Selbst Deutschland mit seinen in der Vergangenheit als solide geltenden Staatsfinanzen bekommt zunehmend Schuldenprobleme. Der Bundesrechnungshof warnte bereits, die Finanzen des Bundes seien in einem kritischen Zustand. Der Schuldenberg könne bis Ende 2022 auf 1,5 Billionen Euro steigen, 50 Prozent mehr als vor der Corona-Krise.

Vor dem Hintergrund der Mahnungen und Warnungen von Wissenschaft und Rechnungshof versprach Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) einen sorgsamem Umgang mit Haushaltsmitteln und bekannte sich zur Bedeutung solider Staatsfinanzen. Steuererhöhungen werde es nicht geben, erklärte der Finanzminister in der Debatte des Bundestages am vergangenen Freitag. 2023 werde auch die Schuldenbremse wieder gelten, sicherte Lindner zu, der zugleich die Bedeutung des Klimaschutzes für die Regierung hervorhob. Mit dem Klima- und Transformationsfonds sollten Impulse für Investitionen gesetzt werden: „Klima und Transformationsfonds einerseits – Rückkehr zur Schuldenbremse andererseits: Damit verbinden wir Investitionen in die Zukunft mit der Disziplin bei Konsumausgaben in der Gegenwart. Dem Gebot des Bundesverfassungsgerichts nach Generationengerechtigkeit werden wir so gerecht – und zwar in doppelter Weise.“ Aber nicht alles Wünschenswerte könne sofort finanziert werden, schränkte Lindner

ein. Der Wohlstand müsse erst erwirtschaftet werden, ehe er verteilt werden könne. Lindner erinnerte, dass die Nettokreditaufnahme gegenüber früheren Planungen reduziert werde: „Wir tun also das, was nötig ist, aber es wird nicht ausgereizt, was möglich wäre.“

**Entlastung angekündigt** Der Finanzminister kündigte steuerliche Entlastungen an – bei der EEG-Umlage, bei der Einführung des Bürgergeldes oder der privaten Eigentumsbildung. Der „soziale Aufstieg für alle“ müsse leichter gelingen. Lindner kündigte die Vorlage eines Entwurfs eines Corona-Steuergesetzes an. Enthalten sein würden darin die Verlängerung der Homeoffice-Pauschale, die Verlängerung der erweiterten Verlustverrechnung, längere Fristen für die Abgabe von Steuererklärungen sowie ein steuerfreier Zuschuss zum Kurzarbeitergeld und Steuerfreiheit des Pflegebonus bis zu einem Höchstbetrag. Den Finanzplatz Deutschland wolle er fördern, Steuerzahler sollten von lästigen Vorgängen entlastet werden: „Die Menschen sollen sich mit den schönen Dingen des Lebens beschäftigen, aber nicht zu lange mit der Steuererklärung.“ Gegen Steuerhinterziehung kündigte er schärfere Maßnahmen an. Die Ziele seiner Politik fasste Lindner mit den Begriffen Stabilität, Wachstum, Innovation und Fairness zusammen. Mathias Middelberg (CDU) kritisierte, der Koalitionsvertrag beschränke sich steuerpoli-

litisch auf Kleinteiliges: „Eine steuerpolitische Agenda, ein steuerpolitisches Programm hat diese Bundesregierung leider nicht. Tatsächlich ist Ihr Konzept Stillstand.“ Die Ankündigung einer Entlastung von 30 Milliarden Euro gehe zum Teil auf Maßnahmen der alten Regierung zurück oder sei durch Gerichtsurteile veranlasst, wie zum Beispiel die höhere steuerliche Absetzbarkeit von Rentenbeiträgen. Der Entlastung durch die Absenkung der EEG-Umlage stehe eine Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises entgegen. Und die Erweiterung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten werde nichts bringen, weil es bei den Unternehmen kaum etwas zu verrechnen gebe wegen der Verluste durch die Pandemie. Im Gegensatz zu Lindners Versprechen würde es Steuererhöhungen schon durch die kalte Progression und die Inflation geben: Diese „brutalen Effekte“ würden jede Lohnerhöhung auffressen. Michael Schrödi (SPD) wies demgegenüber darauf hin, dass die Union die Maßnahmen, die sie jetzt kritisiere, während ihrer Regierungszeit mitgetragen habe. Jetzt wolle die Union mit allen negativen Folgen auf die Konjunkturbremse treten und Investitionen gefährden. Damit es

aber nicht zu einem ökonomischen „Long-Covid“ komme, müsse jetzt massiv investiert werden. Diese Investitionen könnten auch wichtige Impulse für Modernisierung und Transformation der Wirtschaft geben. Man werde die finanziellen Spielräume für Kommunen erweitern. Auch werde man für eine Entlastung der Bürger sorgen. Der Kinderfreibetrag solle dergestalt reformiert werden, dass Spitzeneinkommen nicht mehr so hoch gefördert würden, sondern die Förderung von kleinen und mittleren Verdienern verbessert werde. Auch Christoph Meyer (FDP) verwies auf die Mitverantwortung der Union bei den Energiekosten und bei der Rentenbesteuerung. Die Koalition setze auf akute Krisenbekämpfung und werde auch privates Kapital für Investitionen mobilisieren: „So kommt die Wirtschaft wieder auf die Beine.“

**»Von den Versprechen der FDP vor der Wahl ist nicht mehr viel übrig.«**

Peter Boehringer (AfD)

Aus Lindner und der FDP-Fraktion seien Handlanger der grün-roten Koalition geworden, kritisierte Peter Boehringer (AfD). Von den Versprechen der FDP vor der Wahl sei nichts übrig geblieben. Lindner habe sogar den vollständig aus Schulden finanzierten Nachtragshaushalt als generationengerecht bezeichnet. Hinter dem Etikettenschwindel der ökosozialen Marktwirt-

schaft verberge sich nur Planwirtschaft mit dem Dogma der CO<sub>2</sub>-Ideologie. Es drohe eine Deindustrialisierung mit verheerenden Folgen für die Arbeitsplätze. Ähnlich wie die CDU/CSU kritisierte auch Boehringer die angekündigten Entlastungen als Mogelpackungen. Als „solide und tragfähig“ bezeichnete Lisa Paus (Grüne) den Koalitionsvertrag. Man werde ein „Jahrzehnt der Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung“ umsetzen. Und das brauche dieses Land ganz dringend. Deutschland werde auch zum führenden Standort für „sustainable Finance“ (nachhaltige Finanzierungen) ausgebaut. Dazu passe allerdings nicht die EU-Taxonomie: Atom und Gas hätten darin nichts zu suchen. Paus kündigte an, dass fünf Milliarden Euro umweltschädliche Subventionen abgebaut werden sollen. Hier wäre aber mehr möglich gewesen. Das Vermögen konzentriere sich immer stärker auf wenige Milliardäre, die die Welt unter sich aufgeteilt hätten, kritisierte Gesine Löttsch (Linke). 45 Deutsche würden so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Das beschneide Lebensschancen und sei eine große Gefahr für Demokratie, gesellschaftliche Entwicklung und Fortschritt, sagte Löttsch, die die Einführung einer Vermögensabgabe zur Bewältigung der Corona- und der Klimakrise verlangte: „Mit Schuldenbremse und Steuergeschenken an Reiche werden diese Krisen nicht zu lösen sein.“ Hans-Jürgen Leersch II

**Geld ohne Preis** Schon zuvor waren zur Bekämpfung der Folgen der letzten Finanzkrise von der Europäischen Zentralbank (EZB) die Zinsen auf null gesetzt worden. Regierungen genossen die Früchte dieser Notenbankpolitik in vollen Zügen. Da der Zins als Preis des Geldes faktisch verschwunden war, gehörten Sparprogramme der Vergangenheit an, Geld ließ sich bequem zinslos leihen. „Es ist wunderschön, wenn man anfängt. Aber es ist wie eine Droge. Man kann dann nicht mehr zurück“, sagte etwa der Ökonom Hans-Werner Sinn, ehemaliger Chef des Ifo-Instituts, in seiner Weihnachtsvorlesung. Der Rückwärtsgang müsste aber eingeleitet werden, da sich die kleine Schwester der wundersamen Geldvermehrung, die Inflation, zurückgemeldet hat. In den USA ist die Geldentwertung auf sieben Prozent ge-

## Das letzte Wort fällt in Karlsruhe

**ETAT 2021** Ausschuss beschließt Nachtragshaushalt. Bundesrechnungshof zweifelt an Verfassungsmäßigkeit

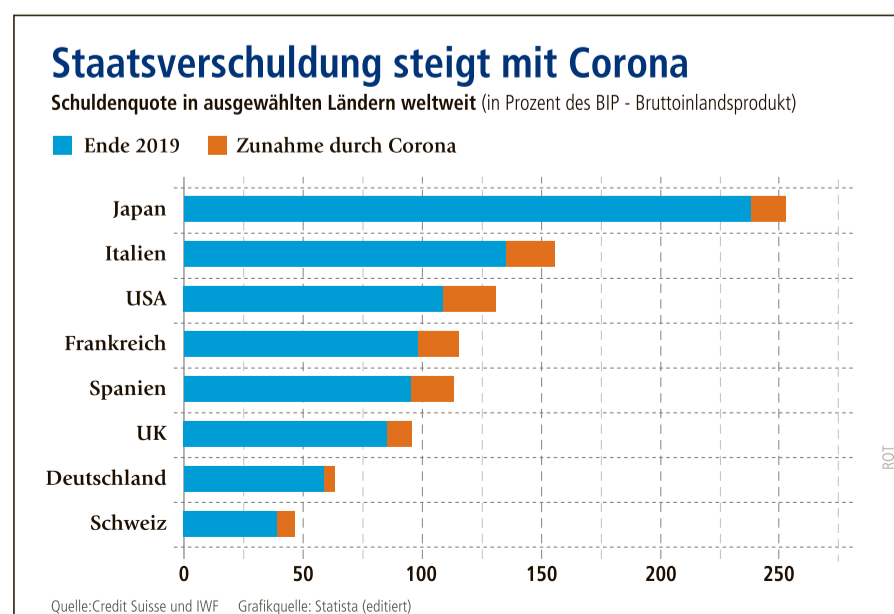
Der Haushaltsausschuss hat vergangenen Mittwoch den Zweiten Nachtragshaushalt für 2021 beschlossen. Der Bundestag wird die Vorlage (20/300) voraussichtlich in der nächsten Woche abschließend beraten – und wohl wie im Ausschuss mit Koalitionsmehrheit gegen die Stimmen der Opposition annehmen. Klar scheint aber schon jetzt: Das letzte Wort dürfte das Bundesverfassungsgericht haben. Die Union will Normenkontrollklage einreichen. Die Bundesregierung will mit dem Nachtragshaushalt für das vergangene Jahr Kreditermächtigungen in Höhe von 60 Milliarden Euro, die aufgrund höherer Einnahmen und geringerer Ausgaben nicht wie geplant gebraucht werden, in den Energie- und Klimafonds (EKF) überführen. Mit diesen Mitteln sollen in den kommenden Jahren dann klima- und transformationspolitische Vorhaben finanziert werden. Aus Sicht der Bundesregierung wird damit ein Beitrag zur Bekämpfung der Corona-Pandemie geleistet, indem Anreize für Investitionen gesetzt werden. Mit ihren Änderungen haben die Koalitionsfraktionen die Mittelverwendung mit sogenannten verbindlichen Erläuterungen präzisiert. Demnach sollen die Mittel kurz- und mittelfristig unter anderem zur „Stärkung von Investitionen in Maßnahmen der Energie-

effizienz und erneuerbarer Energien im Gebäudebereich“ und zur „Stärkung der Nachfrage privater Verbraucher und des gewerblichen Mittelstands durch Abschaffung der EEG-Umlage“ genutzt werden. Änderungsanträge der Unionsfraktion fanden im Ausschuss bei Zustimmung von Union, AfD und Die Linke gegen die Stimmen der Koalitionsfraktionen hingegen keine Mehrheit. Die Fraktion hatte darin die Rückabwicklung der mit dem Nachtragshaushaltsgesetz vorgesehenen Änderungen „wegen verfassungsrrechtlicher Bedenken“ gefordert.

**Hof fordert Verzicht auf Nachtrag** Konkret benannt worden waren diese Bedenken Anfang vergangener Woche in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses. Dabei geht es um den Zusammenhang zwischen Pandemie-Bekämpfung und der geplanten Übertragung der Kreditermächtigungen an den EKF. Denn für die Aufnahmen von Krediten in Höhe von bis zu 240 Milliarden Euro hatte die große Koalition seinerzeit eine Ausnahme von der Schuldenobergrenze des Grundgesetzes beantragt – und mit der Pandemiebekämpfung begründet. Scharfe Kritik daran kam in der Anhörung vom Bundesrechnungshof. Die unabhängigen Rechnungsprüfer sehen den Nachtrag als „verfassungsrechtlich zweifelhaft“ an. Für den Hof hat die Bundesregierung den aus seiner Sicht erforderlichen „unmittelbaren Veranlassungszusammenhang“ zwischen Notsituation (Pandemie) und Zuweisung an den EKF nicht schlüssig begründet; die Argumentation, dass damit ein Beitrag zur Pandemie-Bekämpfung geleistet werde, überzeugt den Rechnungshof nicht. „Man sollte auf diesen zweiten Nachtragshaushalt verzichten“, sagte Dieter Hugo vom Bundesrechnungshof in der Anhörung. Ähnlich sahen das die Juristen Christoph Gröpl (Universität des Saarlandes) und Kyrrill-Alexander Schwarz (Universität Würzburg). „Die Bekämpfung der Erderwärmung hat nichts mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie zu tun“, sagte Gröpl. Alexander Thiele (Business & Law School – Hochschule für Management und Recht) zeigte sich hingegen zuversichtlich, dass der Entwurf vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben werde. Die Bundesregierung habe dargelegt, dass es nicht nur darum gehe, in den Klimaschutz zu investieren, sondern darum, die Pandemie zu bekämpfen. Dabei spiele die gesamtwirtschaftliche Verantwortung des Bundes eine große Rolle. Das spreche für eine großzügige

Auslegung der Normen der Schuldenregel, sagte Thiele. Ebenfalls keine verfassungsrechtlichen Probleme sah Joachim Wieland (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer).

**Investitionen thematisiert** Von Seiten der geladenen Wirtschaftswissenschaftler kam in der Anhörung überwiegend Unterstützung für die Pläne der Koalition. Jens Südekum (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) verwies beispielsweise auf den massiven Einbruch der Investitionen der Unternehmen während der Corona-Pandemie. Der Staat müsse handeln und Impulse für Investitionen setzen. Ähnlich äußerte sich Lena Dräger (Leibniz Universität Hannover). Mit der Förderung von klima- und transformationspolitischen Investitionen könne man der Wirtschaft einen „transformativen Schub“ geben, damit die Volkswirtschaft gestärkt aus der Krise hervorgehen könne. Philipp Bagus (Universidad Rey Juan Carlos, Madrid) bezweifelte hingegen, dass die Vorhaben der Bundesregierung Arbeitsplätze sichern und die Wirtschaft auf einen Wachstumspfad führen werden. Dazu bräuchten die Unternehmen „mehr Luft zum Atmen“ durch beispielsweise Steuerentlastungen, sagte Bagus. scr II



AUSSCHÜSSE

**Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**

Vorsitz: Daniela Ludwig (CSU)  
Stellvertreter: nicht gewählt  
19 Mitglieder (SPD: 6, CDU/CSU: 5; Grüne: 3, FDP: 2, AfD: 2, Linke: 1)

**Petitionen**

Vorsitz: Martina Stamm-Fibich (SPD)  
Stellvertreter: Bernhard Loos (CSU)  
31 Mitglieder (SPD: 9, CDU/CSU: 8, Grüne: 5, FDP: 4, AfD: 3, Linke: 2)

**Auswärtiges**

Vorsitz: Michael Roth (SPD)  
Stellvertreter: Thomas Erndl (CSU)  
46 Mitglieder (SPD: 13, CDU/CSU: 13, Grüne: 7, FDP: 6, AfD: 5, Linke: 2)

**Angelegenheiten der Europäischen Union**

Vorsitz: Anton Hofreiter (Grüne)  
Stellvertreter: Markus Töns (SPD)  
40 Mitglieder (SPD: 11, CDU/CSU: 11, Grüne: 6, FDP: 5, AfD: 5, Linke: 2)

**Verteidigung**

Vorsitz: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP)  
Stellvertreter: Henning Otte (CDU)  
38 Mitglieder (SPD: 11, CDU/CSU: 10, Grüne: 6, FDP: 5, AfD: 4, Linke: 2)

**Inneres und Heimat**

Vorsitz (kommissarisch): Petra Pau (Linke)  
Stellvertreter: Lars Castellucci (SPD)  
46 Mitglieder (SPD: 13, CDU/CSU: 13, Grüne: 7, FDP: 6, AfD: 5, Linke: 2)

**Recht**

Vorsitz: Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU)  
Stellvertreter: Thorsten Lieb (FDP)  
39 Mitglieder (SPD: 11, CDU/CSU: 11, Grüne: 6, FDP: 5, AfD: 4, Linke: 2)

**Haushalt**

Vorsitz: Helge Braun (CDU)  
Stellvertreter: Bettina Hagedorn (SPD)  
45 Mitglieder (SPD: 13, CDU/CSU: 12, Grüne: 7, FDP: 6, AfD: 5, Linke: 2)

**Finanzen**

Vorsitz: Alois Rainer (CSU)  
Stellvertreterin: Katharina Beck (Grüne)  
45 Mitglieder (SPD: 13, CDU/CSU: 12, Grüne: 7, FDP: 6, AfD: 5, Linke: 2)

**Wirtschaft**

Vorsitz: Michael Grosse-Brömer (CDU)  
Stellvertreter: Hannes Walter (SPD)  
34 Mitglieder (SPD: 10, CDU/CSU: 9, Grüne: 5, FDP: 4, AfD: 4, Linke: 2)

**Klimaschutz und Energie**

Vorsitz: Klaus Ernst (Linke)  
Stellvertreter: nicht gewählt  
34 Mitglieder (SPD: 10, CDU/CSU: 9, Grüne: 5, FDP: 4, AfD: 4, Linke: 2)

**Verkehr**

Vorsitz: Udo Schiefner (SPD)  
Stellvertreter: Nyke Slawik (Grüne)  
34 Mitglieder (SPD: 10, CDU/CSU: 9, Grüne: 5, FDP: 4, AfD: 4, Linke: 2)

**Arbeit und Soziales**

Vorsitz: Bernd Rützel (SPD)  
Stellvertreter: Axel Knoerig (CDU)  
49 Mitglieder (SPD: 14, CDU/CSU: 13, Grüne: 8, FDP: 6, AfD: 5, Linke: 3)

**Ernährung und Landwirtschaft**

Vorsitz: Hermann Färber (CDU)  
Stellvertreter: Gero Hocker (FDP)  
35 Mitglieder (SPD: 10, CDU/CSU: 9, Grüne: 6, FDP: 4, AfD: 4, Linke: 2)

**Tourismus**

Vorsitz: Jana Schimke (CDU)  
Stellvertreter: Gülistan Yüksel (SPD)  
19 Mitglieder (SPD: 6, CDU/CSU: 5, Grüne: 3, FDP: 2, AfD: 2, Linke: 1)

**Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Vorsitz (kommissarisch): Thomas Rachel (CDU)  
Stellvertreter: Christoph Hoffmann (FDP)  
24 Mitglieder (SPD: 7, CDU/CSU: 6, Grüne: 4, FDP: 3, AfD: 3, Linke: 1)

**Menschenrechte und humanitäre Hilfe**

Vorsitz: Renata Alt (FDP)  
Stellvertreter: Norbert Altenkamp (CDU)  
19 Mitglieder (SPD: 6, CDU/CSU: 5, Grüne: 3, FDP: 2, AfD: 2, Linke: 1)

# Die Regierungsbank

Auf der Regierungsbank sitzen der Bundeskanzler, die Minister und/oder die Parlamentarischen Staatssekretäre und Staatsminister


# Das Bundesta


# Das »Who is Who« im 20

Fraktionsvorsitzende

--	--

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

--	--

1. Parlamentarischer Geschäftsführer

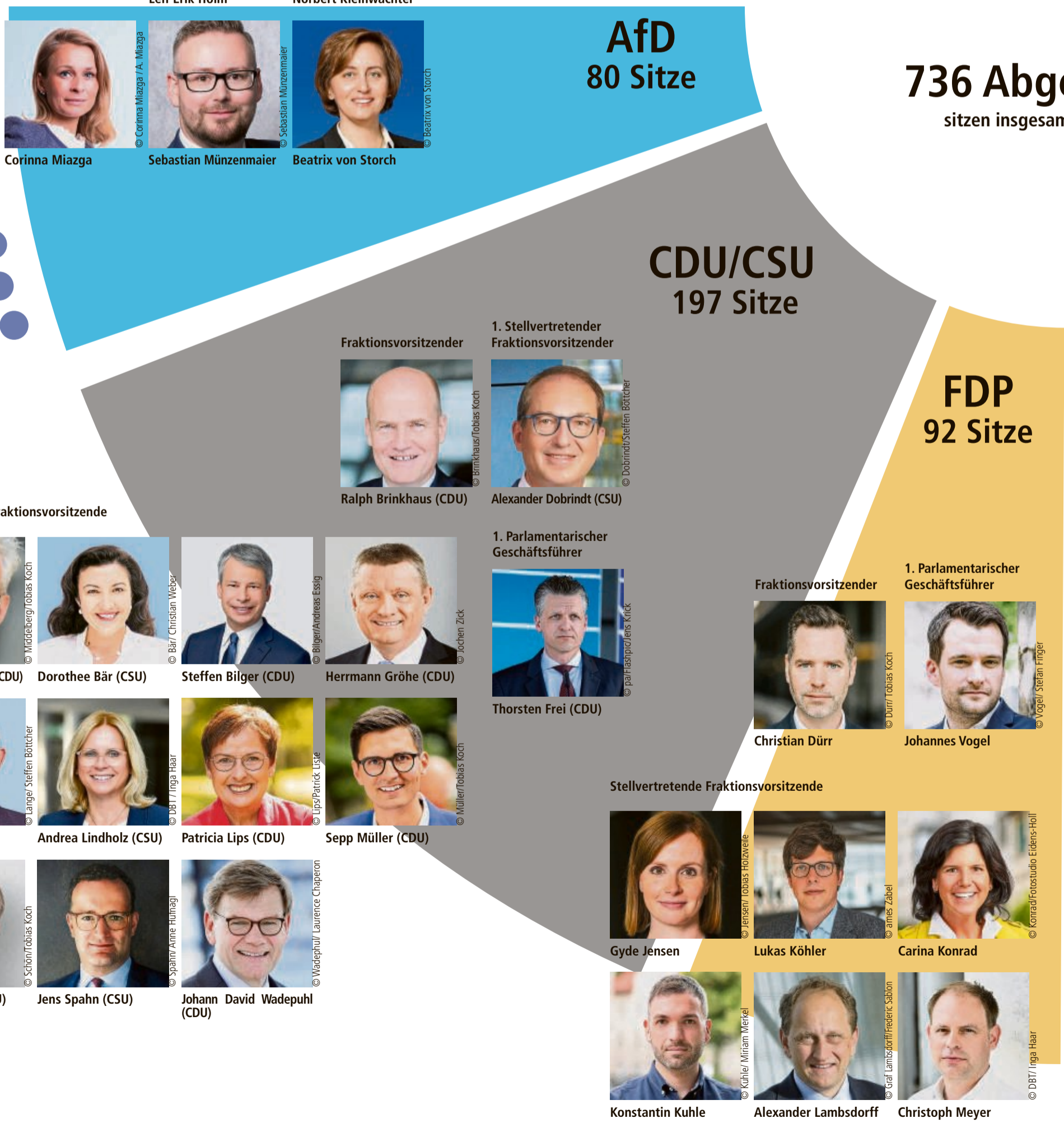
--

--	--	--

3 fraktionslose Abgeordnete (ehemals AfD)

# Die Bundesta

mit den Fraktionsvorsitzenden und deren Stellvertreter und der jeweiligen Anzahl der Abgeordneten



Stellvertretende Fraktionsvorsitzende



# Präsidentium



Wolfgang Kubicki (FDP) Vizepräsident  
Yvonne Magwas (CDU) Vizepräsidentin



Katrin Göring-Eckardt (Grüne) Vizepräsidentin

# Die Bundesratsbank

## Wehrbeauftragte



Eva Högl

Mitglieder des Bundesrates (im Bild stellvertretend die Ministerpräsidenten der Länder)



Hessen Volker Bouffier



Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig



Sachsen Michael Kretschmer



Sachsen-Anhalt Reiner Haseloff



Schleswig-Holstein Daniel Günther



Thüringen Bodo Ramelow



Baden-Württemberg Winfried Kretschmann



Bayern Markus Söder



Berlin Franziska Giffey



Brandenburg Dietmar Woidke



Bremen Andreas Bovenschulte



Hamburg Peter Tschentscher

## AUSSCHÜSSE

### Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Vorsitz: Harald Ebner (Grüne)  
Stellvertreter: nicht gewählt  
38 Mitglieder (SPD: 11, CDU/CSU: 10, Grüne: 6, FDP: 5, AfD: 4, Linke: 2)

### Gesundheit

Vorsitz (kommissarisch): Hubert Hüpke (CDU)  
Stellvertreterin: Kirsten Kappert-Gonther (Grüne)  
42 Mitglieder (SPD: 12, CDU/CSU: 11, Grüne: 7, FDP: 5, AfD: 5, Linke: 2)

### Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Vorsitz: Ulrike Bahr (SPD)  
Stellvertreterin: Astrid Timmermann-Fechter (CDU)  
38 Mitglieder (SPD: 11, CDU/CSU: 10, Grüne: 6, FDP: 5, AfD: 4, Linke: 2)

### Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Vorsitz: Sandra Weeser (FDP)  
Stellvertreter: nicht gewählt  
34 Mitglieder (SPD: 10, CDU/CSU: 9, Grüne: 5, FDP: 4, AfD: 4, Linke: 2)

### Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Vorsitz: Kai Gehring (Grüne)  
Stellvertreterin: Petra Sitte (Linke)  
38 Mitglieder (SPD: 10, CDU/CSU: 10, Grüne: 6, FDP: 5, AfD: 4, Linke: 2)

### Digitales

Vorsitz: Tabea Rößner (Grüne)  
Stellvertreter: Anna Kassautzki (SPD)  
34 Mitglieder (SPD: 10, CDU/CSU: 9, Grüne: 5, FDP: 4, AfD: 4, Linke: 2)

### Kultur und Medien

Vorsitz: Katrin Budde (SPD)  
Stellvertreter: Marco Wanderwitz (CDU)  
19 Mitglieder (SPD: 6, CDU/CSU: 5, Grüne: 3, FDP: 2, AfD: 2, Linke: 1)

### Sport

Vorsitz: Frank Ullrich (SPD)  
Stellvertreter: Philip Krämer (Grüne)  
19 Mitglieder (SPD: 5, CDU/CSU: 5, Grüne: 3, FDP: 2, AfD: 2, Linke: 1)

## WEITERE GREMIEN

### Ältestenrat

Der Ältestenrat setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Bundestagspräsidentiums und 23 weiteren Abgeordneten des Bundestages (SPD: 6, CDU/CSU: 6, Grüne: 4, FDP: 4, AfD: 3, Linke: 1). Zudem entsendet die Bundesregierung einen Vertreter.

### Vermittlungsausschuss

32 Mitglieder aus Bundestag und Bundesrat  
16 Mitglieder des Bundestages (SPD: 4, CDU/CSU: 4, Grüne: 3, FDP: 2, AfD: 2, Linke: 1)  
16 Mitglieder des Bundesrat (je eines pro Bundesland)

### Parlamentarisches Kontrollgremium

Die neuen Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums sind derzeit noch nicht gewählt. Bis dahin nehmen die bisherigen neun Mitglieder aus dem 19. Deutschen Bundestag unter dem Vorsitz von Roderich Kiesewetter (CDU) die Aufgaben des Gremiums zur Kontrolle der Nachrichtendienste wahr.

# 19. Deutschen Bundestag

## Fraktionsführer

Erste, den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführern  
Anzahl der Sitze im Parlament

## Abgeordnete

Anzahl im Parlament

**Bündnis 90/  
Die Grünen**  
118 Sitze

**SPD**  
206 Sitze

**Die Linke**  
39 Sitze

### Fraktionsvorsitzende



Amira Mohamed Ali



Dietmar Bartsch

### Stellvertretende Fraktionsvorsitzende



Ali Al-Dailami



Susanne Ferschl



Jan Korte



Nicole Gohlke



Gesine Lötzsch

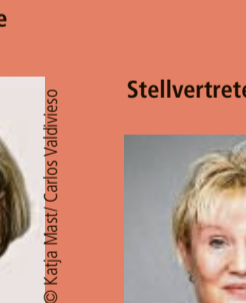


Heidi Reichinnek

### 1. Parlamentarischer Geschäftsführer



Rolf Mützenich



Katja Mast

### Stellvertretende Fraktionsvorsitzende



Gabriela Heinrich



Verena Hubertz

### Fraktionsvorsitzende



Britta Hasselmann



Katharina Dröge

### 1. Parlamentarische Geschäftsführerin



Irene Mihalic



Agnieszka Brugger



Maria Klein-Schmeink

### Stellvertretende Fraktionsvorsitzende



Lisa Paus



Julia Verlinden

1 fraktionsloser Abgeordneter vom SSW (Südschleswigscher Wählerverband)



Konstantin von Notz



Lisa Paus



Julia Verlinden





# »Im eigenen Kopf«

**ANTISEMITISMUS** Für sein Engagement gegen Judenhasse erhielt Burak Yilmaz das Bundesverdienstkreuz. Der Pädagoge fährt mit Jugendlichen aus Migrationsfamilien nach Auschwitz. Über seine Erfahrungen berichtet er in dem Buch »Ehrensache«

**Herr Yilmaz, Sie haben türkische Wurzeln. Ihr Buch ist stark autobiografisch geprägt, enthält viele persönliche Erfahrungen. Was interessiert Sie so sehr am Thema Antisemitismus?**

Geschichte und Politik haben mich schon immer interessiert. Wenn man wie ich in Duisburg-Obermarloh in einer türkisch-kurdischen Familie aufwächst und mitbekommt, wie viel leichter es deutsche Freunde haben, dann betrachtet man die Gesellschaft mit anderen Augen. „Warum behandeln die uns so ungerecht?“, das war vielleicht die häufigste Frage in meiner Kindheit. Als ich dann in der sechsten Klasse vom Holocaust erfahren habe, war ich verängstigt, dass so etwas in Deutschland passieren konnte. Ich will nicht nur die Geschichte verstehen, sondern auch erkennen, welche Schatten der Vergangenheit bis heute reichen.

**Sie sprechen von der eigenen Herkunftsfamilie als „Ressource“. Was heißt das?**

Geschichte fängt dort an. Fast jede deutsche Familie war in den Nationalsozialismus verstrickt. Ich erlebe es oft bei deutschen Jugendlichen, dass sie sich dafür schämen, aber auch relativ gleichgültig sagen: „Das hat doch nichts mit mir zu tun!“ Mit Ressource meine ich, dass Menschen nach dieser biografischen Selbstreflexion ein anderes Selbstbewusstsein haben. Sie finden Worte für das Schweigen in der Familie, für ihre Scham, und begreifen ihre Verantwortung. Darin liegt ein großes Potenzial, denn durch diese Aufarbeitung wird unsere Demokratie gestärkt.

**Ihre Eltern haben dazu beigetragen, dass Sie das migrantische Arbeitermilieu verlassen und sozial aufsteigen konnten. Gegen die Empfehlung der Lehrkräfte besuchten Sie ein katholisches Gymnasium, auf Wunsch Ihrer Familie aber auch eine Koranschule...**

Von Montag bis Freitag auf dem christlichen Gymnasium und am Wochenende in der Koranschule war für mich ein riesiger Spagat. Zwischen diesen Orten lagen nur drei Kilometer, aber es war ein Wandern zwischen Planeten. Ich habe mich oft einsam gefühlt, weil niemand beide Welten kannte. Bei meinen türkischen Freunden war es normal, dass wir über Rassismus geredet haben, denn wir haben es täglich erlebt. Bei meinen deutschen Freunden war das ein Tabuthema. Andererseits hatten meine deutschen Freunde sehr viele Freiheiten, die wir nicht hatten. Zum Beispiel Freundinnen haben oder in die Disco gehen. Das haben wir alles vor unseren Eltern verheimlicht.

**Nach dem Abitur absolvierten Sie ein Lehramtsstudium und wurden Pädagoge. Im Buch berichten Sie von Ihrer Arbeit in einem Jugendzentrum, zitieren muslimische Besucher mit dem Satz „Wir sind Antisemiten, daran kannst du nichts ändern!“ Wie haben Sie reagiert?**

Ich habe sie gepackt und rausgeschmissen, weil sie den Hitlergruß gezeigt haben, danach gab es drei Monate Hausverbot. Aber ich wollte ran an diese antisemitischen Denkmuster und ihr Verhalten. Ich habe

sie gefragt, woher ihre Vorurteile und ihre Verachtung kommen, und habe betont, dass sie damit im Jugendzentrum keine Chance haben. So entwickelten sich biografische Gespräche über Erziehung und Kindheit. Es stellte sich heraus, dass sie aus islamistischen Familien kamen, in denen Judenhasse Teil ihrer Erziehung und Ideologisierung war.

**Ist Antisemitismus unter jungen Muslimen besonders stark verbreitet?**

Antisemitismus gibt es natürlich auch unter Muslimen, vor allem die sozialen Medien haben in den letzten Jahren dabei eine große Rolle gespielt. Es gibt dazu keine genauen Daten, doch in der beruflichen Praxis begegnet er mir häufig. Auf der anderen Seite wächst aber innerhalb der muslimischen Community auch das Engagement

gegen Antisemitismus. Viele haben begriffen, dass der Kampf gegen Rassismus den Kampf gegen Antisemitismus einschließen muss.

**Muslimen sind antisemitisch – ist das ein Klischee, eine viel zu simple Zuschreibung?**

Die antisemitischen Demonstrationen etwa im Ruhrgebiet haben gezeigt, dass das eine Realität ist, die jüdische Menschen bedroht. Auch in Zukunft rechne ich mit solchen gewaltbereiten Protesten. Judenhasse sind aber kein rein muslimisches Problem. Mit einem Generalverdacht kommen wir nicht weiter. Und wir müssen auch darüber diskutieren, welche Rolle die Politik beim Ausbau islamistischer Netzwerke gespielt hat. Es ist skandalös, dass die Sicherheitsbehörden wie in Duisburg bei der Extremismoprävention mit türkischen Nationalisten kooperieren. Damit muss endlich Schluss sein.

**Entlastet sich die Mehrheitsgesellschaft auf diese Weise von ihren eigenen Ressentiments? Manche sprechen ja gar von „importiertem Antisemitismus“.**

Diese Entlastung erlebe ich sehr oft. Wie man sich ausgerechnet in Deutschland vom Judenhasse entlasten möchte, bleibt mir ein Rätsel. Studien zeigen, dass 15 bis 20 Prozent unserer Gesellschaft zu antisemitischen Einstellungen neigen. Es kann nicht sein, dass sich Menschen aufgrund ihrer Herkunft so bedroht fühlen, dass sie diese verheimlichen. Wir tragen alle eine Verantwortung, wenn es darum geht, mehr Sichtbarkeit und Teilhabe für Jüdinnen



Burak Yilmaz

© Thekla Ehling/Agentur Focus

„Auch Minderheiten, die Rassismus erleben, können rassistisch oder antisemitisch sein. Sie haben aber nicht die gleichen Ressourcen und Möglichkeiten wie die Mehrheit, um einen Wandel einzuleiten.“

Burak Yilmaz

und Juden zu schaffen, jenseits klischeehafter Vorstellungen.

**Sie fahren seit vielen Jahren mit jungen Muslimen nach Polen, besuchen die KZ-Gedenkstätte in Auschwitz. Welche Eindrücke nehmen die Gruppen mit, was lernen Sie dort?**

Die Eindrücke der Jugendlichen sind sehr unterschiedlich. Viele sind sprachlos über das Ausmaß der Gewalt, den Vernichtungswillen der Nazis und das Leben im Lager. Anhand persönlicher Geschichten wird



Burak Yilmaz:

Ehrensache.  
Kämpfen gegen  
Judenhasse.

Suhrkamp Verlag,  
Berlin 2021;  
234 S., 16,95 €

dieser Ort greifbarer. Einmal trafen wir dort eine israelische Reisegruppe, und einer unserer Teilnehmer sagte später: „Ich hatte Mitgefühl mit meinen Feinden.“ In seiner Familie und im muslimischen Freundeskreis hingegen wurde er wegen der Teilnahme an der Fahrt nach Auschwitz angegriffen.

**Was haben die Kinder oder Enkel von Zugewanderten mit der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu tun?**

Unsere Großeltern haben mitgeholfen, Deutschland wiederaufzubauen. Nicht wenige von ihnen waren sogar in jenen Industriebetrieben beschäftigt, die während des Zweiten Weltkriegs Zwangsarbeiter aus dem Osten einsetzten. Ich frage mich heute, ob meine Großeltern nach Deutschland gekommen wären, wenn sie das vorher gewusst hätten. Aber sie hatten nur sehr geringe Kenntnisse über die NS-Zeit.

**Die Nationalsozialisten pflegten enge Kontakte zur arabischen Welt, etwa zum sehr antisemitisch eingestellten Mufti**

**von Jerusalem. Und den türkischen Umgang mit den Armeniern hat der Bundestag als Völkermord eingestuft.**

Rassismus und Antisemitismus sind ein globales Phänomen. Es existiert auf allen Ebenen unserer Gesellschaft. Auch Minderheiten, die Rassismus erleben, können rassistisch oder antisemitisch sein. Sie haben aber nicht dieselben Ressourcen und Möglichkeiten wie die Mehrheit, um einen Wandel einzuleiten. Wenn wir die Verantwortung immer auf die anderen schieben, wird sich unsere Gesellschaft spalten. Der Kampf gegen Judenhasse und Rassismus beginnt im eigenen Kopf. Egal, ob ich Stefan oder Fatma heiße.

**Fördert der Konflikt zwischen Israel und Palästina den Antisemitismus unter Muslimen?**

Nein, er offenbart ihn eher. Viele behaupten, Israel sei schuld am Judenhasse, aber Judenhasse ist der Grund dafür, dass es Israel gibt. Der israelbezogene Antisemitismus war gerade bei den letzten Demonstrationen im Jahr 2021 erschreckend radikal. Tagelang wurde vorher in digitalen Netzwer-

## ZUR PERSON

**Burak Yilmaz, geboren 1987 in Duisburg, arbeitet als selbstständiger Pädagoge und Autor in seiner Heimatstadt. Er ist vor allem in Schulen und Gefängnissen im Bereich der Extremismusprävention tätig, zudem lehrte er mehrere Jahre an einer örtlichen Polizeihochschule. Neben dem Projekt „Junge Muslime in Auschwitz“ leitet er das Theaterprojekt „Die Blickwandler“. Für sein vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement sowie für eine inklusive Erinnerungskultur verlieh ihm Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2018 das Bundesverdienstkreuz.**

ken wie Tiktok und Instagram Stimmung gemacht. Die Unterstützung der Palästinenser wurde instrumentalisiert, um den Hass auf Juden und Israel loszuwerden. Wenn islamistische Schlachtrufe mit einem antisemitischen Vernichtungswunsch gebrüllt werden, dann hat das nichts mehr mit Kritik oder gar Solidarität zu tun. Mit Jugendlichen differenziert über den Nahostkonflikt zu sprechen und ihnen Widersprüche aufzuzeigen, ist ein Weg, um diesen Hass zu bekämpfen.

**Neben den Auschwitz-Fahrten haben Sie auch noch ein Theaterprojekt ins Leben gerufen...**

Das Spielen im Theater erleben viele als eine Art Befreiung. Introvertierte Jugendliche gehen in einer anderen Rolle plötzlich auf und entdecken ihre verborgenen Fähigkeiten. Ich habe mit meiner Theatergruppe „Die Blickwandler“ das Stück „Benjamin und Muhammed“ geschrieben. Wir zeigen eine jüdisch-muslimische Freundschaft, die sich viele nicht mal vorstellen können. Als Teil einer Minderheit sitzen Benjamin und Muhammed aber im selben Boot. Wenn eine Seite des Bootes beschädigt wird, dann gehen beide unter. Vor allem in Schulen kommt dieses Stück sehr gut an.

**Glauben Sie, dass sich die antisemitischen Vorurteile in den folgenden Generationen mit Migrationshintergrund abschwächen werden?**

Ja! Ich erhalte dauernd Mails von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die das Thema Judenhasse auf ihre Tagesordnung packen. Auch der Austausch mit den jüdischen Gemeinden wächst, und an den Schulen spüre ich, dass sich junge Menschen einmischen wollen und Zivilcourage zeigen. Vor zehn Jahren war mein Projekt „Junge Muslime in Auschwitz“ noch bundesweit einmalig, inzwischen gibt es immer mehr solche Initiativen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass im Kampf gegen Judenhasse die gesamte nichtjüdische Mehrheit in unserem Land in der Verantwortung steht.

**Am Ende des Buches plädieren Sie dafür, offen zu sein für die „Menschen der anderen Seite“. Was meinen Sie damit?**

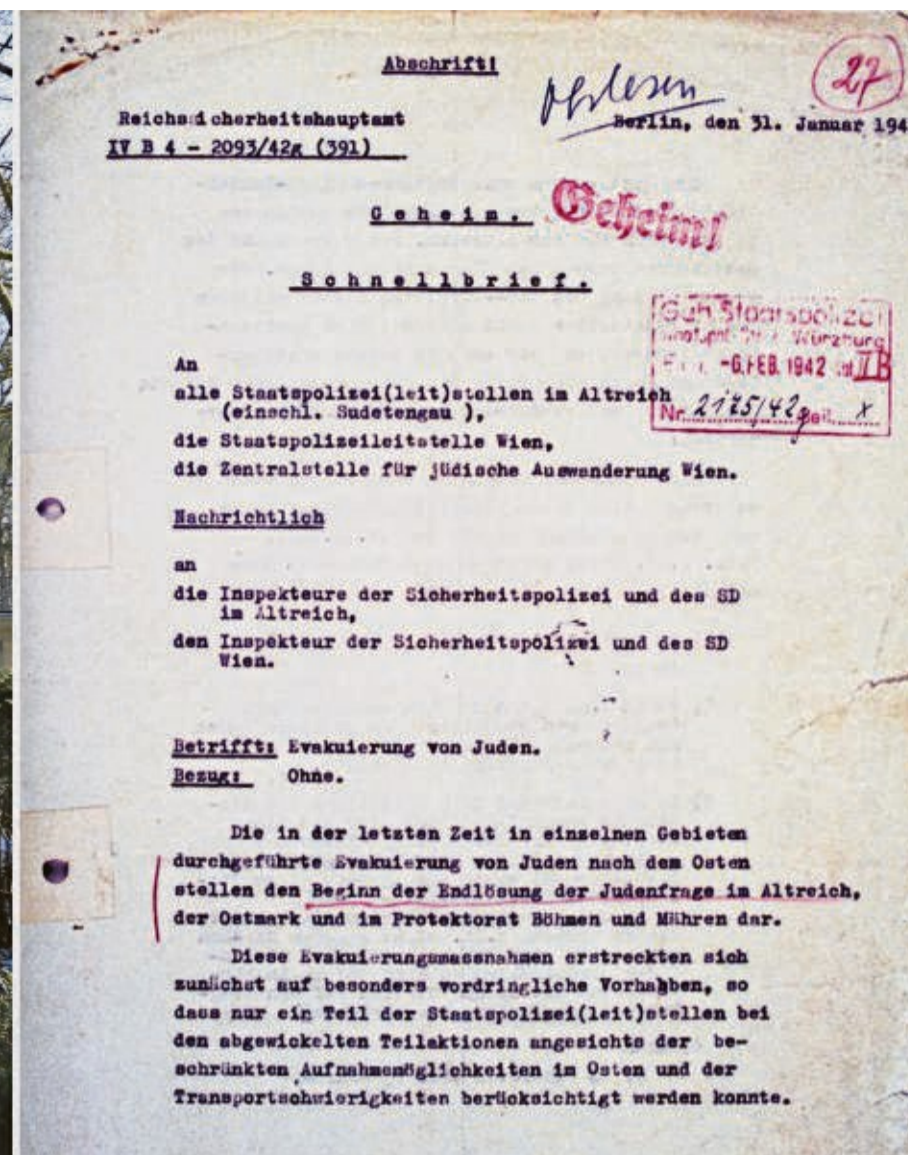
Ich erinnere mich an einen Vortrag in Israel über meine Arbeit. Neben den deutschen Gästen saßen dort jüdische und arabische Israelis. Ich fühlte mich sehr angespannt, es war ein Drahtseilakt. Ich habe dafür plädiert, dass es einen Perspektivwechsel braucht. Wir müssen uns öffnen für die Geschichten anderer, ihre Lebenswelten verstehen. Wir brauchen immer wieder gemeinsame Gespräche und Strategien, wie wir an einer besseren und gerechteren Zukunft arbeiten können. Ich will nicht, dass die Trennlinie in unserer Gesellschaft zwischen der Mehrheit und den Minderheiten verläuft, sondern zwischen denen, die für Demokratie eintreten und denen, die sie bekämpfen.

Das Interview führte  
Thomas Gesterkamp.





Das Haus der Wannseekonferenz in Berlin: Vor 80 Jahren besiegelten an diesem Ort SS-Größen und Bürokraten des NS-Staates den Völkermord an den europäischen Juden. Rechts im Bild: Geheimdokument des Reichssicherheitshauptamtes über die „Evakuierung von Juden“



© picture-alliance/THILO RÜCKEIS TSP/ZB/Hubert Link

# Mörderrunde in feiner Villa

**ERINNERUNG** Vor achtzig Jahren wurde auf der Wannsee-Konferenz die »Endlösung der Judenfrage« besiegelt

In dichter Abfolge führen die dunklen Staatskarossen an der Auffahrt der pompösen Villa vor, mit der Adresse Am Großen Wannsee 56-58. Es war ein verschneiter Winter Vormittag, nämlich Dienstag, der 20. Januar 1942. SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, als Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) einer der mächtigsten Männer des NS-Staates, hatte eine Reihe von gewichtigen NSDAP- sowie SS-Funktionsträgern und hohen Ministerialbeamten zu einer „gemeinsamen Aussprache“ geladen. Er war gleichsam Hausherr im prachtvollen Anwesen mit eindrucksvollem Blick auf Berlins Sommeridylle Wannsee. Denn die vormalige Industriellenresidenz nutzte jetzt die SS als nobles Gästehaus.

**Verharmlosend wurde eine »Besprechung mit anschließendem Frühstück« angekündigt.**

»Gesamtlösung« Heydrich hatte, wegen einer Terminverschiebung, in einer zweiten Einladung gedrängt, dass die anstehenden Fragen „keinen längeren Aufschub zulassen“ würden. Verharmlosend war von einer „Besprechung mit anschließendem Frühstück“ die Rede, eine Tagesordnung lag nicht bei. Dennoch wusste der kleine Zirkel im Voraus, was Sache sein würde. Bereits zuvor hatte der hohe SS-Führer, seit 1939 „Chef der Sicherheitspolizei und des SD“, seinen 15 Gästen mitgeteilt, dass er von Reichsmarschall Hermann Göring am 31. Juni 1941 einen besonderen Auftrag erhalten habe, nämlich „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht für eine Gesamtlösung der Judenfrage in Europa zu treffen und ihm in Bälde einen Gesamtentwurf hierüber vorzulegen“. Auch hieß es, dass „seit dem 15.10. 1941 bereits in laufenden Transporten Juden aus dem Reichsgebiet und dem Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Osten evakuiert werden“.

So war es denn Heydrich selbst, der am Wannsee das große Wort führte. Er eröffne-

te die Konferenz mit der Feststellung, dass er bei der „Endlösung“ der europäischen Judenfrage „Klarheit in grundsätzlichen Fragen“ schaffen, zugleich die „gemeinsame Behandlung aller an diesen Fragen unmittelbar beteiligten Zentralinstanzen“ erreichen wolle. In seinem Vortrag, zusammengestellt von seinem Vizepräsidenten Adolf Eichmann, der auch das 15-seitige Protokoll der Sitzung verfasste, konstatierte er, dass die bisherige Linie der NS-Judenpolitik beendet sei, nämlich die forcierte Auswanderung der Juden. Als „weitere Lösungsmöglichkeit“ sei an ihre Stelle nun die „Evakuierung der Juden nach Osten“ getreten. Über die Dimension dieser Endlösung ließ Heydrich die Geladenen nicht im Unklaren: Es kämen rund elf Millionen Juden in Betracht. Eine lange Liste schlüsselt diese enorme Zahl genau auf, von Altreich und Ostmark über Litauen, Dänemark sowie

Finnland, Portugal und der Schweiz bis zur Sowjetunion, Spanien und der Türkei – dabei auch Länder, die die Nazis noch gar nicht besetzt hielten. Europa werde bei der Durchführung „von Westen nach Osten durchkämmt“.

»Natürliche Verminderung« Das zuge dachte Schicksal für die aufgegriffenen und evakuierten Juden verschwieg Heydrich seinen Zuhörern keineswegs, wie das Protokoll verzeichnet: „Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.“ Diese Aussage dokumentiert, dass das berühmte SS-Programm „Vernichtung durch Arbeit“ ein originär-erbarmungsloser Bestandteil des Massenmordes an den Juden war.

Doch damit gab sich Heydrich noch nicht zufrieden. Schließlich wollte er sich, von der rassistischen Nazi-Ideologie durchdrungen, als radikaler Protagonist einer totalen Vernichtung profilieren. Deshalb vermerkt das Protokoll weiter: „Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist.“ Die Passage ist wohl die brisanteste Aussage in diesem Dokument des Schreckens. Zwar bedient sie sich eines verkläulierenden und damit verharmlosenden Sprachdukts, indem lediglich von „Behandeln“ die Rede ist. Aber es ging schlicht ums Morden. Eichmann hat später, nämlich bei seinem Prozess in Jerusalem, zugegeben, dass während der Konferenz von „Töten, Eliminieren, Vernichten“ gesprochen worden sei, auch wenn solche Vokabeln im Protokoll fehlen. Denn sein Chef habe den Entwurf so lange redigiert, bis der Text seinen Vorstellungen und Absichten entsprochen habe.

**Harte Linie** Das gilt wohl auch für jene Einzelheiten, die die Wannsee-Runde ausgiebig erörterte: das Verfahren für Halbjuden und Mischehen bei den „Evakuierungen“. Hier plädierte Heydrich ebenfalls, ganz im Sinne der Nürnberger Rassegesetze, für unnachgiebige Hatz bis ins ferne Glied. Und es gelang ihm, die Ministerialbeamten auf seine harte Linie zu ziehen. Nach gut 90 Minuten war an diesem Winter tag in der Wannsee-Villa alles vorüber. Heydrichs Befürchtungen, auf Kontroversen, gar Widerstände gegen die Deportationspläne und Mordagenda zu treffen, vor allem bei den Vertretern der Ministerien, erfüllten sich nicht. Im Gegenteil: Die Atmosphäre muss während der Beratungen recht entspannt gewesen sein, folgt man späteren Darstellungen Eichmanns. Denn er erwähnt nicht nur „eine freudige Zustimmung allseits“, sondern sogar „Übertreffendes und Überbietendes im Hinblick auf die Forderung zur Endlösung der Judenfrage“. Einige als vorsichtig und zaudernd eingeschätzte Beamte hätten sich „mit einem ungewohnten Elan“ offenbart. So ist zur Schau gestellte Zufriedenheit dieser SS-Größe kaum verwunderlich. Nach Beendigung der Konferenz, so erzählte nämlich Eichmann, hätten sich sein Vorgesetzter sowie Gestapo-Chef Heinrich Müller und „meine Wenigkeit“ vor einem Kamin „gemütlich“ versammelt, Cognac trinkend und Zigarren rauchend. Man habe „friedlich“ zusammen gegessen, „nicht um zu fachsimplen“, sondern um sich nach anstrengenden Stunden „der Ruhe hinzugeben“.

Über die Bedeutung der Wannsee-Konferenz haben viele Historiker lange gestritten. Dabei standen zwei komplexe Fragen im Mittelpunkt. Einmal: Wie und wann hat Hitler den Befehl zur „Endlösung der Judenfrage“ gegeben? Dann: Muss das Treffen vom 20. Januar 1942 als der Beginn des Völkermords an den Juden datiert werden? Beides führt nicht weiter. Einen Nachweis über ei-

nen ausführlichen, gar schriftlichen Befehl Hitlers zur Vernichtung der Juden gibt es bis heute nicht. Immer wieder hatte Hitler mit der Auslöschung der Juden gedroht, wusste also, was geschah. Zudem hat sich die NS-Judenpolitik im Jahr 1941 erheblich radikalisiert. Nach Hitlers militärischem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 beginnen sofort SS-Einsatzgruppen hinter der Front mit Massenmorden an Juden. Sie summieren sich zuletzt auf 900.000. Im Juli gibt Göring den Auftrag zur „Endlösung“. Seit September 1941 müssen Juden den gelben Stern tragen. Im Oktober folgt das Ausreiseverbot. Gleichzeitig beginnen auch die Deportationen in den Osten. Der Aus- und Neubau von Konzentrationslagern wird forciert, neben Auschwitz und Chelmo eben Belzec, Sobibor, Majdanek, Treblinka. Daneben laufen Experimente mit Tötung durch Gas. Der Historiker Mark Roseman sieht daher in der Wannsee-Konferenz nur „eine nachträgliche Kodifizierung eines bereits laufenden Programms“. Der Vernichtungskrieg im Osten läuft synchron mit dem Juden-Genozid. In dieser vielschichtigen Gemengelage, typisch für die NS-Bürokratie, verfolgte Heydrich als Initiator der Wannsee-Konferenz zwei Ziele: Er wollte die „Federführung bei der Endlösung“, so Roseman, beim Reichsführer SS, Heinrich Himmler, und beim

Reichssicherheitshauptamt, also seiner eigenen Behörde, sichern, „ungeachtet der geographischen Grenzen in Europa“. Es sei ihm um „die Erweiterung seiner Machtvollkommenheit, seiner Machtbefugnis“ gegangen, so die Erklärung Eichmanns.

**Mitwisser** Der zweite Aspekt war nicht weniger signifikant: Indem Heydrich die Vertreter anderer Behörden, vor allem aus der Zivilverwaltung, in Koordination und Kooperation mit dem RSHA zwang, habe er sie „zu Mitwissern und Mitverantwortlichen“ an der „Endlösung“ gemacht, meint der Historiker Peter Longerich; über das Protokoll seien sie auf „die Grundsätze der künftigen Politik der Vernichtung“ festgelegt worden. Die „Endlösung“, für die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 ein referentielles Datum darstellt, gehört daher für Longerich in das Zentrum der Interpretation des „Dritten Reiches“. Denn bei der Ermordung der europäischen Juden habe es sich „um das eigentlich historisch Besondere und Einzigartige an der NS-Diktatur“ gehandelt. Daher erscheine es auch angemessen, argumentiert Longerich weiter, „diesen historischen Vorgang als das zentrale Thema der Geschichte des ‚Dritten Reiches‘ wahrzunehmen und den Genozid nicht als bloße Funktion, Nebeneffekt oder Konsequenz anderer historischer Phänomene dieser Zeit abzuleiten“.

**Im Protokoll ist von »Behandeln« die Rede. Aber es ging schlicht ums Morden.**

Genau da liegen aktuell die Probleme. Denn seit einiger Zeit liefern sich eine Reihe von Historikern der postkolonialen Studien und Intellektuelle heftige Kontroversen über die Bedeutung des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur. Unter Hinweis auf die zahlreichen Völkermorde während der Epoche des Imperialismus und des Kolonialismus bestreiten sie die Singularität des Judenmords durch Nazi-Deutschland und ordnen ihn stattdessen in eine lange Kette von Verbrechen und Exzessen bei Eroberung, Sklaverei und Ausbeutung europäischer Mächte in Afrika, Asien und Amerika ein. Typisch die Einlassung des australischen Genozidforschers Dirk Moses: „Der Holocaust ist Teil vieler Geschichten: des Antisemitismus, der massenhaften Versklavung, von Aufständen in den Kolonien und von Vertreibungen.“ Neben Moses sind also Protagonisten solcher historischen Deutungen der amerikanische Kulturwissenschaftler Michael Rothberg, der kamerunische Philosoph Achille Mbembe, der Hamburger Afrika-Historiker Jürgen Zimmerer zu nennen. Ebenso der Berliner Autor Per Leo., der „das Geschwätz von der Singularität des Holocausts“ als ein „Symptom der Maßlosigkeit“ bezeichnet. Der staatlich geplante und fabrikmäßig vollzogene Genozid an den europäischen Juden durch Nazi-Deutschland macht indes die Einmaligkeit des Holocaust aus. Das muss unumstößlicher Bestandteil deutscher Erinnerungskultur bleiben, will diese Republik nicht ihre moralische Legitimation riskieren. Heinz Verfurth

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

## Erinnern an die Opfer der NS-Zeit

**AUSBLICK** Inge Auerbacher und Mickey Levy sind Redner der diesjährigen Gedenkstunde

Mit einer Sonderveranstaltung im Plenarsaal gedenkt der Bundestag am Donnerstag, 27. Januar 2022 um 10 Uhr, der Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer Begrüßung durch Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) werden die Chemikerin Inge Auerbacher, eine Überlebende des Holocaust, und der israelische Parlamentspräsident Mickey Levy die Redner der diesjährigen Gedenkstunde sein. Zu dem Anlass kommen neben den Abgeordneten auch Repräsentanten der Verfassungsorgane sowie junge Menschen aus Deutschland und seinen Nachbarländern, etwa Frankreich und Polen, die an der jährlichen Jugendbegegnung des Bundestages zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus teilnehmen. Ein Schwerpunkt wird in diesem Jahr die Erinnerung an die Wannseekonferenz sein, auf der hohe SS-Funktionäre und Bürokraten des NS-Staates vor 80 Jahren über die „Endlösung der Judenfrage“ berieten. Der Aufarbeitung eines der dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte ist eine Ausstellung im Paul-Löbe-Haus des Bundestages in Berlin gewidmet (siehe Ortstermin auf Seite 14).

Inge Auerbacher, geboren 1934 in Kippenheim, wurde 1942 als Siebenjährige in das Ghetto Theresienstadt deportiert. Nach der Befreiung des Lagers durch die Rote Armee im Mai 1945 wanderte sie mit ihren Eltern im Jahr darauf nach New York aus. Ihre 1986 veröffentlichte Autobiographie (»Ich bin ein Stern«) ist 1990

auf Deutsch erschienen. Auerbacher berichtet jungen Menschen in Vorträgen über ihr Schicksal und ihr Überleben der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Für ihr Engagement und ihre Tätigkeit als „Botschafterin der Versöhnung, der Toleranz und des Friedens“ wurde sie mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz und mit dem Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg. Knesset-Präsident Mickey Levy ist seit Juni vergangenen Jahres im Amt. Der 71-Jährige gehört der liberalen „Jesch Atid“-Partei an und war 2013 bis 2014 stellvertretender Finanzminister seines Landes. Levy ist Generalmajor im Ruhestand, vor seiner politischen Karriere besetzte er leitende Positionen bei der israelischen Polizei, unter anderem war er Kommandant der Jerusalemer Bezirkspolizei sowie außerdem Polizei-Attaché in Washington. Die Gedenkstunde im Bundestag wird live im Internet unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) sowie auf mobilen Endgeräten übertragen. Am Folgetag ist sie zudem unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) abrufbar. ahe



1942: Deutsche Einsatzgruppen erschießen Juden nahe Iwagorod, Ukraine. © picture-alliance/dpa



Inge Auerbacher, hier 2019 beim Gespräch mit Jugendlichen im Landtag von NRW



Schneller, mehr, unbürokratischer: Die Ampelkoalition will den Ausbau erneuerbarer Energien bis 2030 deutlich voranbringen.

© picture-alliance/Jochen Tack

# Es weht ein frischer Wind

**WIRTSCHAFT UND KLIMASCHUTZ** Minister Habeck stellt Pläne vor. Opposition vermisst Einsatz für Unternehmen

**D**er Kampf gegen den Klimawandel ist nicht möglich ohne einen Wandel der Wirtschaft und die deutsche Industrie hat keine Zukunft ohne eine Weiterentwicklung ihrer Branchen hin zu mehr Nachhaltigkeit: Diese Haltung hat der neue Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) in der vergangenen Woche deutlich gemacht. Am Dienstag stellte Habeck zunächst seine „Eröffnungsbilanz Klimaschutz“ vor und kündigte Schritte an, die den Ausbau von Windkraft und Photovoltaik-Anlagen voranbringen sollen. So soll beispielsweise die Photovoltaik-Leistung bis 2030 um rund 140 auf 200 Gigawatt steigen. Ziel der Koalition ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zu jenem Jahr auf 80 Prozent des Bruttostromverbrauchs zu steigern. Am Donnerstag unterstrich Habeck im Bundestag bei seiner ersten Rede als Minister im Plenum erneut die Dringlichkeit des Themas: „Wir treten unsere Regierungszeit in einer Phase großer Veränderung an“, sagte er vor den Abgeordneten. Neben der Coronakrise, deren Bewältigung die „allererste große Aufgabe“ sei, will Habeck auch

die Folgen der steigenden Energiepreise für die Bürgerinnen und Bürger abmildern. Er kündigt an, als kurzfristiges Mittel die EEG-Umlage abschaffen zu wollen und den CO<sub>2</sub>-Heizkostenaufschlag zwischen Mietern und Vermietern fair zu verteilen. Darüber hinaus sei „die beste Strategie, uns unabhängig von den fossilen Energien zu machen“, so Habeck. „Das gebieten der Klimaschutz und die Aufgaben, die damit verbunden sind, auch die ökonomischen und gesellschaftlichen Kosten, die immer höher werden.“ In diesen großen Aufgaben biete sich aber auch eine „Herausforderung, die uns buchstäblich wachsen lassen kann“, führte Habeck weiter aus. Es gebe die Chance, den Wohlstand und den Reichtum Deutschlands, auch den ökonomischen Reichtum, noch zu heben und sich dennoch von Rohstoffimporten unabhängiger zu machen, sagte der Minister. „Indem wir durch geschlossene Kreisläufe und eine neue Form des Wirtschaftens die CO<sub>2</sub>-Emissionen senken.“ Habeck sprach davon, dass aus der

Phase der Veränderung auch eine „Phase des industriellen Aufschwungs“ werden könne. „Ich sehe die Chance für Wachstum und Klimaschutz, was sich wunderbar ergänzen kann“, sagte der Minister. Doch die Zeit dränge, man müsse effizienter und schneller werden in den Planungs- und in den Genehmigungsverfahren. Wenn die Elektrifizierung einer Schiene 40 Jahre dauere und die Planung und der Bau eines Radwegs zehn Jahre, dann könne das nicht ausreichend sein, betonte Habeck. **Digitalisierung** Die Unionsfraktion im Bundestag hingegen findet nicht ausreichend, wie sich der Minister für die Unternehmen in Deutschland einsetzt: Julia Klöckner (CDU) vermisste in dessen Rede den Fokus auf die Unterstützung für Familienunternehmen und Industriebetriebe: „Sie möchten den Turbo anwerfen – für den Klimaschutz. Und für die Wirtschaft?“, fragte Klöckner. Unternehmer erwarteten von einem Wirtschaftsminister einen Fürsprecher, „einen Anwalt, der ihre Themen nach vorne

bringt“. Die Union fordere zudem einen „Digitalisierungsbooster“ aus Habecks Ministerium. „Ohne eine Weiterentwicklung unserer sozialen Marktwirtschaft zu einer digitalen, nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft wird es nicht gehen“, sagte Klöckner. Deshalb brauche es „Entfesselung, Freiraum für Innovation“. **Fachkräftemangel** Mehr Innovation forderte auch Verena Hubertz (SPD); auch um Deutschland global wettbewerbsfähiger zu machen. „Wenn man sich die deutsche Wirtschaft ansieht, dann sieht man, dass wir das Rüstzeug dazu haben.“ Die Wirtschaft sei durch den Mittelstand geprägt. 99,5 Prozent aller Unternehmen seien klein oder mittelständisch, führte Hubertz aus. Man müsse also das Bewährte wandeln; aber es müsse auch Neues entstehen; es brauche einen neuen Gründergeist. „Wir müssen schneller werden und Bürokratie abbauen“, forderte Hubertz in ihrer Rede vor den Abgeordneten. Um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten, müsse man Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Weiterbildung qualifizieren, sagte die Sozialdemokratin weiter. „Wir müssen aber auch die Migration erleichtern und durch Zuwanderung den Fachkräftemangel beheben.“

Leif-Erik Holm (AfD) sprach sich in seinem Beitrag zur Grundsatzdebatte gegen erneuerbare Energien und die Abschaffung der Atomenergie aus: „Wir brauchen grundlastfähigen Strom in unserem Land. Wir müssen über Kernkraft sprechen.“ Es sei kontraproduktiv und umweltfeindlich, laufende, moderne Kernkraftwerke vom Netz zu nehmen, die günstig und emissionsfrei Strom erzeugten, so Holm. Steigende Energiekosten, die Folgen der Coronapandemie und die Inflation seien eine starke Belastung für die Wirtschaft. Holm forderte Minister Habeck auf: „Sorgen Sie dafür, dass unsere Unternehmen endlich wieder arbeiten dürfen! Es ist Zeit für eine Öffnung.“ **Inflation** Für die FDP-Fraktion im Bundestag sprach Lukas Köhler über die Inflation: „Der Weg zum 1,5-Grad-Ziel ist ein Weg, den wir nur mit Fortschritt und neuen Technologien beschreiten können; damit ist er auch ein Weg zu Prosperität.“ Voraussetzung dafür sei jedoch, die Inflation in den Griff zu bekommen. „Die Inflation wird aber im Moment durch hohe Energiepreise getrieben“, sagte Köhler. Die hohen Energiepreise könnten gesenkt werden, indem man massiv in erneuerbare Energien investiere. Allerdings dürfe

man in Deutschland zu keiner Zeit den Strom ausheizen lassen. „Das ist etwas, das wir uns nicht leisten können, nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch in der Akzeptanz der Bevölkerung.“ Dennoch dürfe man auch beim Thema Versorgungssicherheit das Ziel der Klimaneutralität nicht aus dem Blick verlieren. **Arbeitsplatzsicherung** Klaus Ernst (Die Linke), forderte eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beim Ausbau der erneuerbaren Energien, zum Beispiel bei Solar- oder Windkraftanlagen: „Wenn diejenigen, die – aus welchen Gründen auch immer – ein Windrad vor ihrer Haustür akzeptieren müssen, an dem beteiligt werden, was das Windrad erbringt, dann steigt auch die Bereitschaft, es zu akzeptieren“, so Ernst. Um eine Entlastung der Menschen bei den Energiepreisen zu erreichen, müsse über eine kurzfristige Absenkung der Mehrwertsteuer für Strom, Heizöl, Erdgas und Spirit nachgedacht werden, sagte der Linken-Abgeordnete. Auch beim industriellen Wandel dürften die Menschen nicht aus dem Blick geraten, so Ernst: „Bei all den technischen Lösungen, die sich anbieten, müssen wir darüber reden, dass die Arbeitsplätze erhalten werden.“ *Elena Müller*

**»Wir treten in einer Phase großer Veränderung an.«**

Robert Habeck (Grüne), Bundeswirtschaftsminister

## Mehr bauen oder mehr regulieren?

**WOHNUNGSPOLITIK** Lob für das Ziel von 400.000 Neubauwohnungen pro Jahr

In einem Punkt gab es weitgehende Einigkeit, als der Bundestag in der vergangenen Woche über das Arbeitsprogramm von Klara Geywitz (SPD), Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, debattierte: Dass das Bauministerium, das seit 1998 stets einem anderen Haus – zuerst dem Verkehrs-, dann dem Umwelt- und schließlich dem Innenministerium – angegliedert war, wieder ein eigenständiges Ressort bildet, wurde fraktionsübergreifend begrüßt. Ministerin Geywitz stellte in ihrer Rede das Ziel in den Vordergrund, jährlich 400.000 Wohnungen (davon 100.000 im sozialen Wohnungsbau) errichten zu lassen. Vom Bau guter, bezahlbarer Wohnungen in ausreichender Zahl hänge die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ab, erklärte die Ministerin. Als weitere Arbeitsschwerpunkte benannte sie unter anderem die Vereinfachung von Planungs- und Bauverfahren, den Kampf gegen den Fachkräftemangel beim Bau sowie die Verbesserung der Bedingungen für Mieterstrom. Im Kampf gegen steigende Mieten habe sich die Koalition darauf verständigt, die Mietpreisbremse bis 2029 zu verlängern.

Für das ehrgeizige Wohnungsbauziel bekam die Ministerin sogar von der Opposition Lob. „Mehr bauen ist der richtige Weg, um die angespannten Wohnungsmärkte endlich wieder ins Gleichgewicht zu bringen“, sagte Jan-Marco Luczak (CDU). Die Unionsfraktion sei bereit, die Ministerin zu unterstützen, wenn diese gute Vorschläge unterbreite. Kritik übte Luczak hingegen an der Verlängerung der Mietpreisbremse: Die Entwicklung der Mieten und des Leerstands zeige, dass sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt langsam entspanne. Aus dem befristeten Instrument der Mietpreisbremse dürfe deshalb keine Dauerlösung werden, mahnte Luczak. Roger Beckamp (AfD) wies darauf hin, dass sich die Preise auf dem Wohnungsmarkt wie auf jedem Markt an Angebot und Nachfrage orientierten. Für die gestiegene Nachfrage nach Wohnraum gebe es drei Gründe, nämlich die wachsende Zahl kleiner Haushalte, die Binnenwanderung in die Städte und die „Masseneinwanderung seit 2015“. Da gerade im unteren Preissegment der Kampf um Wohnungen besonders hart sei, würden einheimische Niedrigverdiener durch die Zuwanderung

verdrängt. „Abschieben schafft Wohnraum“, folgerte daraus Beckamp. Skeptisch zum Inhalt des Koalitionsvertrags äußerte sich Caren Lay (Die Linke). Es sehe für sie so aus, als ob viele für die Bauwirtschaft und niemand für die Mieter gekämpft habe. Das Mantra „bauen, bauen, bauen“ sei nicht zielführend; denn es komme darauf an, was gebaut werde. Benötigt würden nicht Eigenheime und teure Mietwohnungen, sondern Sozialwohnungen. Lay forderte zudem mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau und einen Mietensstopp. Unterschiedliche Akzente setzten Redner der Koalitionsfraktionen. Bernhard Daldrup (SPD) erklärte, es gehe eben gerade nicht nur um „bauen, bauen, bauen“, sondern um das richtige, klimaeffiziente Bauen, das die Vielfalt des Wohnens berücksichtige. Christina-Johanne Schröder (Bündnis 90/Die Grünen) stellte in Aussicht, die Koalition werde das Baurecht vereinfachen, das Mietrecht nachschärfen, das Vorkaufsrecht rechtssicher machen und die Wohngemeinnützigkeit wieder einführen. Carina Konrad (FDP) unterstrich die Bedeutung privater Investitionen für den Wohnungsbau und versprach, die Koalition werde die Bildung von Wohneigentum erleichtern. *Christian Hunziker*

**»Mehr bauen ist der richtige Weg, um die Märkte ins Gleichgewicht zu bringen.«**

Jan-Marco Luczak (CDU)

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Berlin.

## »Zweite ökologische Krise«

**UMWELT** Ministerin betont Artenschutz als Ziel, Opposition kritisiert Kompetenzverlust

Naturschützer schlagen längst Alarm: Der Rückgang der Arten nehme auch in Deutschland immer dramatischere Züge an. Ein Viertel der hiesigen Pflanzen-, Pilz- und Tierarten sei bereits in seinem Bestand gefährdet, warnte zuletzt etwa das Rote-Liste-Zentrum in Bonn. Das Artensterben zu stoppen, nannte so auch Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) in einer Grundsatzdebatte im Bundestag über die geplante Politik ihres Hauses in der vergangenen Woche als zentrales umweltpolitisches Anliegen. Das Artensterben sei die „zweite große ökologische Krise neben der Klimakrise“ und werde stärker ins Zentrum der Politik rücken müssen, so die Ministerin. Konkret kündigte sie an, den Moorschutz zu verstärken und eine „Offensive für den Meeresschutz“ einzuleiten. **»Verzweigung«** Während die Koalitionspartner breite Unterstützung für solche Pläne signalisierten, setzte die Opposition andere Schwerpunkte und übte Kritik: Steffen Bilger (CDU) etwa beklagte insbesondere die „Verzweigung“ des Umweltministeriums nach dem Verlust der Zuständigkeit für den Klimaschutz. Statt einer Bündelung von Kompetenzen drohe nun eine „Fragmentierung“. Gewachsene, bewährte Strukturen würden aus Gründen „grüner Machtarithmetik“ zerschlagen, monierte der

Abgeordnete. Das schade deutschen Interessen und dem internationalen Klimaschutz. Von einer „Verzweigung“ des Umweltressorts könne keine Rede sein, widersprach Carsten Träger (SPD). Klimaschutz sei eine ressortübergreifende Aufgabe. Damit zolle die Ampel der gestiegenen Bedeutung des Themas Tribut. Die Verteilung der Zuständigkeiten verschaffe dem Haus den nötigen Spielraum, etwa den Bereich des natürlichen Klimaschutzes zu stärken. Die beiden zentralen Herausforderungen, Klima- und Artenschutz, müssten gemeinsam angegangen werden, bekräftigte Stefan Wenzel (Grüne): Klimaschutz sei schließlich „auch Artenschutz“. Judith Skudelny (FDP) zeigte sich sogar optimistisch, dass der Ampel eine Auflösung des bisherigen „Spannungsverhältnisses“ zwischen Klima- und Naturschutz gelingen werde. Die anvisierten Regelungen für eine Kreislaufwirtschaft leisteten einen Beitrag zu beidem und sicherten außerdem die Rohstoffversorgung in Deutschland. **»Geisterfahrer«** Andreas Bleck (AfD) warf der Bundesregierung dagegen vor, energie- und klimapolitisch in Europa als „Geisterfahrer“ unterwegs zu sein und mit dem geplanten Windkraftausbau den Artenschutz auf dem „Altar der Energiewende“ zu opfern. Die Bürger würden trotz hoher Energiepreise mit zusätzlichen Umlagen und Abgaben „abkassiert“. Ralph Lenkert (Die Linke) argwöhnte, die wohlklingenden Pläne der Ampel könnten nicht länger halten als die guten Vorsätze zu Jahresbeginn: Das angekündigte „Recht auf Reparatur“ klinge zwar gut, aber eine Gewährleistung von zwei Jahren sei zu wenig. Als Techniker wisse er, dass man Waschmaschinen so bauen könne, dass sie zehn Jahre hielten. Der Abgeordnete forderte, die Hersteller endlich in die Pflicht zu nehmen. Gerade auch, wenn ihre Produkte die Umwelt schädigten. „Es braucht strenge gesetzliche Vorgaben.“ *Sandra Schmid*



Die Haubenlerche ist vom Aussterben bedroht.

© picture alliance / bildzeitung/MPHOTO, Mueller | MPHOTO

**L**andwirt zu sein – das sei kein Beruf, das sei eine Lebensaufgabe. „Dafür darf man auch gerne einmal Danke sagen“, erklärte Cem Özdemir, Bundeslandwirtschaftsminister (Bündnis 90/Die Grünen) vergangene Woche im Bundestag. Özdemir bezog sich mit den Worten auf einen zweiseitigen Beitrag, den die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ am vergangenen Wochenende veröffentlicht hatte. Dort sei nachzulesen, „dass wir alle davon leben, was die Landwirte anbauen“, so Özdemir. Er wolle als Minister dafür sorgen, dass Landwirte, Tiere und Verbraucher bessere Bedingungen bekommen. So soll dem ständigen Preiskampf stärker entgegenwirkt werden. „Es ist nicht in Ordnung und es ist vor allem auch nicht alternativlos, wenn die Landwirtin und der Landwirt von dem Euro, den der Kunde im Laden für das Schweinefleisch ausgibt, gerade mal 22 Cent bekommt“, sagte der Grünen-Politiker. Dies sei „einfach eine Sauerei“ und müsse geändert werden. Er sei nicht bereit, „ein ausbeuterisches System“ weiter hinzunehmen, das auf Kosten von Menschen, Tieren, Umwelt und Klima gehe. Wer Tiere halte, der müsse sie auch schützen, es gehe nicht an, „Tiere an Ställe anzupassen, deshalb müssen wir die Tierhaltung umstellen“, betonte der Schwabe.

Ein weiteres Anliegen des Ministers: Die Verbraucher sollten durch eine Umstellung des Angebotes in Kantinen und Mensen gesünder leben. „Wir wollen nicht akzeptieren, wenn Menschen mit geringem Einkommen ein statistisch deutlich gesteigertes Risiko haben, chronisch zu erkranken.“ Es sei ein Ausdruck von Wertschätzung, wenn etwa Arbeitnehmer in der Kantine oder Kinder und Jugendliche in der Mensa gesundes Essen, möglichst regional angebaut, bekämen. Die Regierung wolle umgehend eine Ernährungsstrategie erarbeiten, damit weniger Zucker, Fette und Salz in den Produkten verarbeitet würden. Auch solle die „skandalöse Lebensmittelverschwendung“ reduziert werden.

**„Ankündigungsmuster“** Scharfe Kritik erteilte Özdemir von Seiten der Oppositionsparteien. Steffen Bilger (CDU), Vize-Fraktionschef der Union, nannte Özdemir einen „Ankündigungsmuster“, nur wenig von dem, was er heute angesprochen habe, finde sich im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP. Bilger fragte: „Wie hoch soll denn der Preis für Schnitzel und Hackfleisch sein?“ Er forderte, dass Lebensmittel auch in Zukunft nicht nur für die Wähler der Grünen bezahlbar sein müssten.

Matthias Miersch (SPD) verteidigte in der emotionalen Debatte die Vorhaben des Ministers: „Sie haben unsere volle Unterstützung für jedes Ihrer aufgezeigten Vorhaben“, so der Koalitionspartner. Miersch machte deutlich, worum es ihm geht: „Das bestehende System ist krank.“ In den letzten Jahren sei sehr viel Geld in die Landwirtschaft geflossen, aber bei den Landwirten, den Produzenten, komme immer weniger an. Das müsse sich nun ändern. Die Ampel-Koalition will offenbar den Trend in der Bevölkerung nutzen: Seit Jahren geben die Bundesbürger in Umfragen an, sie seien bereit, mehr für Lebensmittel zu zahlen, wenn mehr Tierwohl und mehr Wertschöpfung bei den Landwirten ankämen. Anfang Januar hatte die Umweltorga-



Nach Plänen der Regierung sollen Ställe in Zukunft den Bedürfnissen der Tiere angepasst werden. © picture-alliance/dpa/Emily Wabitsch

## Agrarwende

**LANDWIRTSCHAFT** Minister Özdemir kündigt eine neue Agrarpolitik an und wirbt für mehr Wertschätzung für Lebensmittelproduktion sowie mehr Tierwohl

nisation Greenpeace eine solche Umfrage veröffentlicht. Demnach wünscht sich eine große Mehrheit der Bürger vom neuen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir mehr Tierwohl. 88 Prozent der Befragten sprachen sich für bessere Haltungsbedingungen mit weniger Tieren in den Ställen aus, teilte Greenpeace mit. Für eine verpflichtende staatliche Kennzeichnung bei allen Fleisch- und Milchprodukten seien demnach 78 Prozent der Befragten. 85 Prozent wären laut Umfrage auch dazu bereit, zusätzliche Steuern oder Abgaben auf Fleischprodukte zu zahlen, umso das Tierwohl zu erhöhen.

Stephan Protschka (AfD) kritisierte den Umgang mit den Landwirten. Seiner Meinung nach sind immer neue Verbote und Gesetze wie die Düngerverordnung sowie Klimaschutzverbände dafür verantwortlich, dass immer mehr Höfe schließen.

**AfD spricht von „Fake News“** Erst vor ein paar Tagen habe es mit der Veröffentlichung des Pestizid-Atlases, ein Kooperationsprojekt von Heinrich-Böll-Stiftung und Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), „wieder Fake News“ gegeben, so der Abgeordnete. Ohne Pflanzenschutz werde die Arbeit der Landwirte

in Deutschland weiter erschwert, so seine Kritik.

Gero Hocker (FDP) erinnerte an die große Menge der Lebensmittel, die in Deutschland im Müll landen. Deshalb müsse sich der neue Minister auch mit dem Thema Haltbarkeitsdatum beschäftigen. Hocker betonte in diesem Zusammenhang, dass in kaum einem anderen Land derart hohe Standards für den Anbau und für die Produktion von Lebensmitteln bestünden wie in Deutschland. Das alles gebe es nicht zum Nulltarif. „Es kann nicht sein, dass der Verbraucher immer höhere Standards verlangt, aber nicht

bereit ist, dafür auch den Preis zu zahlen“, sagte der agrarpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Diese Stellungnahme führte bei Amira Mohammed Ali, Fraktionschefin der Linken, zu heftigen Zwischenrufen. Sie machte darauf aufmerksam, dass sozial benachteiligte Menschen schon jetzt finanziell nicht in der Lage seien, sich und ihre Familien gesund und abwechslungsreich zu ernähren, weil das mit geringen Gehältern oder gar Transferleistungen unmöglich sei.

**Nicht zum Nulltarif** Mohammed Ali Fraktionskollegin Ina Latendorf (Die Linke) nahm in ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag das Thema Geringverdienender auf, indem sie den Bogen zur Lage der Saisonarbeiter und der in der Lebensmittelproduktion Beschäftigten schlug. Diese Menschen lebten im wahrsten Sinne des Wortes am „Rande der Gesellschaft“, indem sie im ländlichen Raum arbeiten und leben würden. Zudem wies die Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern darauf hin, dass es bereits heute in vielen Regionen des Landes keine Einkaufsmöglichkeit, keinen Arzt und keine kulturellen Angebote mehr gebe. Landwirte, die Flächen hinzukaufen oder pachten wollten, kämen nicht zum Zug, weil Grund und Boden immer häufiger an überregionale oder ausländische Investoren gingen. Die neue Regierung müsse die noch in Bundesbesitz befindlichen Flächen deshalb an regionale Landwirte vergeben.

Begrüßt wurden diese Vorschläge von der Grünen-Politikerin Zoe Mayer: „Die Debatte ist hitzig, und das ist auch gut so“, erklärte die Abgeordnete, die ebenfalls ihre erste Rede im Deutschen Bundestag hielt. Mayer stellte klar, dass Lebensmittel nicht länger zu Ramschpreisen angeboten werden dürften. Und sie machte deutlich, dass der Umbau nicht umsonst zu haben sei: „Wir brauchen Geld für das, was wir planen!“ Es müsse eine ehrliche Debatte darum geführt werden, dass der Umbau der Landwirtschaft auch damit verbunden sein werde, weniger Tiere zu halten und „wer Fleisch konsumieren möchte, soll dafür auch zahlen“. Das brachte Albert Stegemann (CDU) auf die Palme. Er warf dem Landwirtschaftsminister und seiner Grünen-Partei vor, „einen Fehlstart“ hingelegt zu haben. Stegemann rechnete dem Minister vor, dass seine Vorhaben vor allem „kostenintensiv“ seien, den Landwirten aber keine Verbesserungen bringen würden.

**Vorwurf der Planwirtschaft** Er hielt Özdemir weiter vor, Teile seiner Vorhaben seien „reine Planwirtschaft“. Statt immer neue Papiere zu produzieren, empfahl der CDU-Politiker der Regierung, die Pläne des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung, der sogenannten Borchert-Kommission, umzusetzen. Das Expertengremium hatte im Auftrag von Cem Özdemirs Amtsvorgängerin Julia Klöckner (CDU) verschiedene Vorschläge dazu gemacht, wie der Umbau der Nutztierhaltung umgesetzt und finanziert werden könnte. Sozialdemokratin Susanne Mittag wandte sich an ihren Kollegen von der CDU und empfahl nicht nur ihm: „Nerven bewahren!“ Die Parlamentarier sollten sich in den nächsten vier Jahren nicht zu sehr mit sich selbst befassen, sondern lieber „alle Energie in die vor uns liegenden Aufgaben stecken“. *Nina Jeglinski*

### Lindner sagt Hilfe zu

**WIRTSCHAFT** Es geht um rund 1900 Beschäftigte, die um ihre Arbeitsplätze bangen, und um eines der größten Kreuzfahrtschiffe der Welt, das zu 75 Prozent fertiggestellt auf seine ungewisse Zukunft wartet. Eine Woche nach der Insolvenz des mecklenburg-vorpommerschen Schiffbauers MV Werften bleiben noch viele Fragen offen.

Am Freitag hatte Finanzminister Christian Lindner (FDP) den Beschäftigten Unterstützung zugesagt: „Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Standorten Wismar, Stralsund und Rostock in dieser schwierigen Lage zu unterstützen und dazu beitragen, ihnen eine Perspektive zu geben“, heißt es laut eines Berichts des Redaktionsnetzwerks Deutschland in einem Brief Lindners an den Gesamtbetriebsrat.

Die Bundesregierung hatte dem Unternehmen mit Sitz in Stralsund bereits vor der Insolvenz angeboten, staatliche Hilfen über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds bereitzustellen. Dies hätte eine Beteiligung des Eigentümers und seiner Gesellschafter erfordert, was dieser aber abgelehnt habe. Der Bund steht derzeit bei der Insolvenz der MV Werften nicht im Risiko, wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Michael Kellner (Bündnis 90/Die Grünen) sagte. Es seien bisher keine Bundesmittel an den Investor Genting aus Hongkong geflossen, gab Kellner am vergangenen Mittwoch im Wirtschaftsausschuss den Abgeordneten Auskunft. Das Insolvenzverfahren gegen die MV Werften soll voraussichtlich am 1. März eröffnet werden.

## Alte Baustellen in neuem Gewand

**DIGITALES UND VERKEHR** Wissing kündigt mehr Tempo beim Ausbau von Elektromobilität und Infrastruktur an

„Aus BMVI ist BMDV geworden.“ So begann einer der ersten Tweets des neuen Ministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV). Mit dieser ersten Amtshandlung sorgte Minister Volker Wissing (FDP) dafür, dass nach zwölf Jahren in fester CSU-Hand, das „Digitale“ nicht nur im Koalitionsvertrag, sondern auch im Ministeriums-namen nach vorn rückte. Sein Ressort soll werden nach dem sich die Hoffnungen der Liberalen auf ein eigenes Digitalministerium nicht erfüllt hatten. Wissing erbt damit die Zuständigkeiten der ehemaligen Staatsministerin für Digitalisierung, Dorothee Bär (CSU), und damit auch die Probleme, die das Querschnittsthema Digitalisierung bei der Umsetzung mit sich bringt: Im Koalitionsvertrag der Ampel findet sich das Wort „digital“ 226 Mal in den unterschiedlichsten Kapiteln wieder.

Wie die Umsetzung der Infrastrukturausbau-Vorhaben organisiert und zwischen den 15 Ministerien und dem Kanzleramt koordiniert wird, blieb auch in der Debatte zur Digital- und Verkehrspolitik vergangene Woche im Bundestag eine offene Frage. Die Themen sind die bekanntesten: Holpriges Internet und Mobilfunklöcher seien „nicht akzeptabel“ für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Es brauche ein leistungsfähiges Internet und verlässlichen Mobilfunk überall dort, wo Menschen leben und arbeiten, sagte Minister Wissing und kündigte eine umfassende Gigabit-Strategie und ein bundeseinheitliches Gigabit-Grundbuch sowie „schlanke digitale Antrags- und Genehmigungsverfahren“ an. Im Verkehrssektor liege der Schwerpunkt auf einer klimaneutralen Mobilität. „Nach-

haltige Mobilität muss einfach, bequem und bezahlbar sein“, sagte Wissing. Das bedeute, jedem und jeder ein entsprechendes Angebot zu machen. Er kündigte mehr Tempo beim Ausbau der Elektromobilität und Infrastruktur an, um das Ziel, mindestens 15 Millionen vollelektrische Pkw bis 2030, zu erreichen. Dies sei ein wichtiger Baustein für das Einhalten der Klimaziele, das gelte aber ebenso für strombasierte Kraftstoffe, etwa im Flug- und Schiffsverkehr.

**Union spricht von Wortbruch** Kritik an diesem Kurs und der Rolle synthetischer Kraftstoffe bei Autos kam vom verkehrspolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Thomas Bareiß (CDU). Wissing vollziehe einen Kurswechsel indem er sich von den alternativen Kraftstoffen verabschiedete, dies sei „ein Wortbruch“, sagte Bareiß. Von

der Technologieoffenheit sei nicht mehr viel übrig. Das schade dem Automobilstandort Deutschland. Die Beschäftigten bräuchten einen Minister, auf den sie sich verlassen könnten.

Weil das Ministerium als zentral für die Klimawende gilt, wird Wissing auch von den Grünen kritisch beäugt, die das Ressort gern selbst besetzt hätten. Die ersten Unstimmigkeiten hatten sich Anfang Januar gezeigt, als Wissing einen möglichen Ausgleich höherer Energiesteuern auf Dieselskraftstoffe durch geringere Kfz-Steuern ins Gespräch gebracht hatte. Grünen-Politikerin Julia Verlinden betonte, das Ziel sei eine bessere Mobilität, die nicht automatisch zu mehr Verkehr führe. Dabei gehe es auch um passende Angebote für alle, „auch für diejenigen, die keinen Führerschein haben oder im Rollstuhl sitzen.“ Wichtig sei zudem ein Augenmerk auf

dem Erhalt und der Sanierung von Brücken und Tunneln.

Unterstützung für die Pläne des Ministers kam von Detlef Müller (SPD): Verkehr, Digitalisierung und Energie seien die zentralen Bereiche, die Klimaschutz und gesellschaftlichen Fortschritt prägen. „Wir müssen schneller werden“, betonte Müller, etwa was die Umsetzung von Investitionen angehe. Auch die Digitalisierung der Bahn, des ÖPNV und der Verwaltung müssten schneller vorangebracht werden: „Wir wollen, dass die Digitalisierung der Verwaltung ein Niveau erreicht, für das man sich international nicht mehr schämen muss“, sagte der Sozialdemokrat.

Die Ampel habe sich „viele wohlklingende Sätze“ vorgenommen, die man bereits aus der Digitalpolitik der vergangenen Legislatur kenne, sagte Digitalpolitikerin Joana Cotar (AfD). Sie kritisierte insbesondere die FDP für ihre Haltung zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) nach der Regierungsübernahme. Es sei „alles beim alten bei der neuen Ampel“, so Cotar.

Thomas Lutze (Linksfraktion) attestierte Wissing, dass es nicht schlechter als sein Vorgänger Andreas Scheuer (CSU) machen könne: „Nutzen Sie Ihre Chance und gehen Sie das Projekt Verkehrswende richtig an“, forderte er. Dazu gehöre für ihn eine Aufhebung der Mehrwertsteuer bei Bahn- und ÖPNV-Tickets. Davon würden Millionen von Fahrgästen profitieren, sagte Lutze. Im Digitalbereich komme es vor allem auf die Umsetzung der Strategie an, betonte Fraktionskollegin Anke Domscheit-Berg. Diese müsse mit der Nachhaltigkeitsstrategie verknüpft sein und „sinnvolle und messbare Ziele“ enthalten. *Lisa Brübler*



Die Ampel will marode Tunnel und Brücken schneller sanieren oder, wie hier die Talbrücke Rahmede bei Lüdenscheid, neu bauen. ©picture alliance/dpa | Kay-Helge Hercher



**#VORORTWENDE**  
Wir meistern die Energiewende.  
Kommunal, praxisnah und innovativ.

Mit Wasserstoff Gasnetze klimaneutral machen, mit digitalen Lösungen ganze Kommunen smart gestalten, mit Müllheizkraftwerken Wasserstoff gewinnen – das und vieles mehr machen innovative Energiewende-Projekte deutschlandweit möglich.

### Wasserstoffversorgung der Zukunft

Das Projekt MH2Regio liefert ein umfassendes Konzept für eine regional organisierte Wasserstoffversorgungsinfrastruktur, die beispielsweise von lokalen Verkehrsteilnehmer:innen genutzt werden kann. Für die Erzeugung des Wasserstoffs könnte grüner Strom aus einem lokalen Müllheizkraftwerk genutzt werden, der ganzjährig mit hoher Verfügbarkeit bereitgestellt wird. Langfristig soll MH2Regio als Blaupause für andere Städte und Metropolregionen dienen und dort die Entwicklung einer regionalen Wasserstoff-Wertschöpfungskette fördern.

Erfahren Sie mehr unter: [thuega.de/vorortwende](https://thuega.de/vorortwende)





Die Furcht vor einem erneuten Einmarsch Russlands wächst: Nach dem Einsatz russischer Soldaten in Kasachstan kommt es auch in der ukrainischen Hauptstadt Kiew zu Protesten.

© picture-alliance/AA/Stringer

## Keine Einigung mit Russland in Sicht

Wer am Freitagmorgen die Website des ukrainischen Außenministeriums öffnete, las auf Ukrainisch, Russisch und Polnisch den Satz: „Habt Angst und rechnet mit Schlimmerem.“ Ob der Cyberangriff, der auch die Online-Auftritte des Kabinetts und des Sicherheits- und Verteidigungsrates betraf, eine russische Reaktion auf die intensiven internationalen Verhandlungen der vergangenen Woche rund um die Ukraine war, stand zu Redaktionsschluss noch nicht fest. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell versicherte der Ukraine jedenfalls, dass die EU alle Mittel mobilisieren werde, um das Land zu unterstützen. Die Gemeinschaft hat deshalb eine Sitzung des Sicherheitskomitees anberaumt.

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte zuvor das erste Treffen des Nato-Russland-Rats seit zweieinhalb Jahren am Mittwoch als „sehr nützlich“ bezeichnet, sprach aber von „signifikanten Differenzen“. Bedauernd fügte er an, dass sich die russische Delegation „nicht in der Position“ sah, einen Folgetermin zu vereinbaren. Beobachter werten das als Zeichen dafür, dass sich die Unterhändler Anweisung aus dem Kreml holen mussten. In Moskau zeigte man sich verärgert darüber, dass die Nato Russlands Forderung nach einem Veto bei eventuellen neuen Mitgliedstaaten nicht akzeptiert. Der stellvertretende Außenminister Alexander Gruschko warnte, Russland sei bereit, nicht nur politische, sondern auch „militärisch-technische“ Maßnahmen zu ergreifen. Sein Kollege Sergej Rjabkow drohte im russischsprachigen Sender RTVi sogar damit, russisches Militär auf Kuba oder in Venezuela stationieren zu lassen.

**Neue Eskalationsstufen** Die Rhetorik Russlands wird immer schriller. Das betonte auch der Gesandte der USA bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Michael Carpenter, nach den Beratungen des Gremiums in Wien. Er sprach von „Kriegstrommel“, die USA stellten sich auf eine weitere Eskalation ein. Unklar blieb bis Freitag, ob der Cyber-Angriff die nächste Stufe ist.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow erneuerte unterdessen die Forderung, die Nato solle kurzfristig schriftlich auf die russischen Forderungen reagieren. Bei seiner Jahrespressekonferenz am Freitagmorgen sagte er, Russlands Geduld sei am Ende. Zugleich betonte er, sein Land hoffe auf eine Fortsetzung der Verhandlungen mit den USA.

Und die Ukraine? Offiziell saß sie nicht an den Verhandlungstischen in Genf und Brüssel, doch Außenminister Dmytro Kuleba betonte, dass „unsere Partner in dieser Woche vor und während der diplomatischen Kontakte mit Russland in engem Kontakt mit der Ukraine standen“. Die Ukraine sei nicht von den Verhandlungen über ihr Schicksal ausgeschlossen gewesen. Weiter betonte er, dass Russland ungehindert seine Truppen an den Grenzen zur Ukraine und in den besetzten Gebieten verstärke.

Kuleba forderte, die Verhandlungen im sogenannten Normandie-Format zwischen Frankreich, Deutschland, der Ukraine und Russland wiederzubeleben. „Wir sind bereit, mit Russland alle Fragen im Zusammenhang mit der friedlichen Beilegung des Konflikts entweder auf der Ebene der vier Staaten oder auf bilateraler Ebene, einschließlich der Präsidenten, zu erörtern.“ Zusätzlich müsse Russland seine Verpflichtungen aus dem Minsker Abkommen und den Vereinbarungen des Pariser Normandie-Gipfels 2019 umsetzen. Der Regierung in Kiew wird von Kritikern vorgeworfen, ihrerseits das Minsker Abkommen nicht umzusetzen. **tf #**

# In Alarmbereitschaft

**UKRAINE** An der Grenze zu Russland wächst die Angst vor einer Eskalation des Konflikts

Als ich ein Kind war, spielten die Jungs in Luhansk auf der Straße „Rote gegen Faschisten“, erzählt Iryna. „Jetzt spielen die Kinder „Wir gegen die Ukröpy.“. Ukropy, zu Deutsch Dillköpfe, ist eine in Russland verbreitete verächtliche Verballhornung für Ukrainer.

Iryna ist nicht ihr richtiger Name. 2014 flüchtete die Mutter zweier Teenager aus der von russischen Separatisten besetzten Stadt Luhansk nach Sewerodonetsk auf der ukrainisch kontrollierten Seite der Front. Ihre Eltern jedoch blieben, und Iryna hat Angst, dass sie Schwierigkeiten bekommen könnten, wenn sie sich in einem Interview zu erkennen gibt. „Die Leute in Luhansk betrachten uns als ihre Feinde. Das liegt daran, dass sie russisches Fernsehen schauen. Die Sender schüren Aggression gegen uns Ukrainer.“

**Auf gepackten Koffern** Iryna wohnt wenige Kilometer von der Front entfernt und sieht die politische Entwicklung mit Sorge. „Ich bereite mich auf das Schlimmste vor“, sagt sie und meint einen erneuten Einmarsch russischer Truppen. Einen Notfalkoffer hat sie bereits gepackt. Darin: Papiere,

Kleidung, Medikamente und unverderbliche Lebensmittel wie Cracker oder Konserven für mindestens eine Woche.

**Furcht vor dem Einmarsch** Mit ihrer Angst ist Iryna nicht allein. Jeder Dritte in dem von der Ukraine kontrollierten Gebiet im Osten des Landes fürchte einen erneuten Einmarsch Russlands, sagt der Soziologe Denys Kobzin vom Institut für Sozialforschung in Charkiw, der zweitgrößten Stadt im Land. Seine Umfragen zeigen aber auch, wie stark die Propaganda des russischen Fernsehens wirkt und die Bevölkerung spaltet: Jeder Fünfte im Osten hegt danach große Sympathien für Russland. „Selbst wenn sie anerkennen, dass Russland Krieg führt, finden sie trotzdem, dass die Ukraine daran schuld ist, denn sie sind überzeugt, dass Russland niemals sein Brudervolk überfallen würde.“

Die Umfrageergebnisse verändern sich jedoch, je weiter man nach Westen kommt, erläutert Kobzin. „Im Westen der Ukraine wird Russland viel stärker als Feind gesehen.“ Im Landesdurchschnitt täten dies mehr als die Hälfte der Ukrainer. Der russische Angriff auf das Land 2014 prägt die ukrainische Identität und leistet dem Patriotismus Vorschub. Im Fall eines

weiteren Einmarsches könne die Regierung auf eine viel größere Bereitschaft der Bevölkerung zählen, das Land zu verteidigen, als noch vor acht Jahren, urteilt Kobzin. Tatsächlich zeigt eine Umfrage des Internationalen Instituts für Soziologie in Kiew, dass jeder zweite Ukrainer bereit ist, bewaffnet Widerstand gegen die russische Besatzung zu leisten. Ein weiteres Drittel wäre zudem zu zivilen Widerstand und Protesten bereit.

**Verteidigungsbereit** Solche Zahlen dürften der ukrainischen Regierung gefallen: Längst setzt sie darauf, den Preis für Russland für den Fall eines neuerlichen Angriffs möglichst hochzutreiben, erläutert Gustav Gressel, Sicherheits- und Osteuropaexperte am European Council on Foreign Relations, einem europäischen Think Tank zur Außen- und Sicherheitspolitik. „Was die Bereitschaft, den Ausbildungsstand und die Verwendungsfähigkeit des Materials angeht, haben vor allem die Landstreitkräfte seit 2014 große Fortschritte gemacht“, erklärt er. Das gelte auch für das taktische Zusammenspiel der einzelnen Waffengattungen und ihr Verhalten auf dem Gefechtsfeld. Außerdem sei das ukrainische Militär auch dank der Lieferung von Waffen und weiterer Ausrüstung aus dem Westen wie Panzerabwehr-Lenk-Waffen, Scharfschützengewehre und Kommunikationstechnik besser vorbereitet. Kleinere Angriffe könne die Ukraine abwehren. Im Fall einer groß angelegten In-

vasion jedoch bleibe die Luftwaffe ein Schwachpunkt: „Die Flieger-Abwehrsysteme sind ja alle noch aus der Sowjetunion. Da hat Russland natürlich genaue Kenntnisse über die Systeme und ihre Frequenzen.“ Dennoch: Mit einem großen Krieg rechnet Wolodymyr Fessenko, Leiter des Kiewer Zentrums für angewandte politische Forschung Penta, wie viele andere ukrainischen Experten nicht. „Dafür braucht Russland noch weitere militärische Ressourcen“, glaubt er. Doch bestehe das Risiko lokaler militärischer Operationen: So könnten sich die Kämpfe im Donbass zuspitzen, verbunden mit dem Versuch, Mariupol und die Küste des Asowschen Meeres einzunehmen. Die Stadt ist mit ihrem Hafen und ihrer In-

dustrie wichtig für die ganze Region. Und mit der Küste des Asowschen Meeres erhaltene Russland den dringend benötigten Landzugang zur Krim. Diejenigen, die bereits vor Jahren aus den besetzten und unkämpften Gebieten geflohen sind, geben sich keiner Illusion hin. „Nichts wird Russland aufhalten“, sagt etwa die Journalistin Marina Tereschenko, die für Svoï City, ein Online-Portal für Binnenvertriebene, schreibt. „2014 hat Russland ja auch nichts aufgehoben.“ Damals flüchtete sie von Luhansk nach Sewerodonetsk. Ihren Notfalkoffer hat sie nun – wie Iryna – wieder gepackt.

Thomas Franke ■

Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent. ■

**«Nichts wird Russland aufhalten. 2014 hat Russland auch nichts aufgehalten.»**

Marina Tereschenko, Journalistin

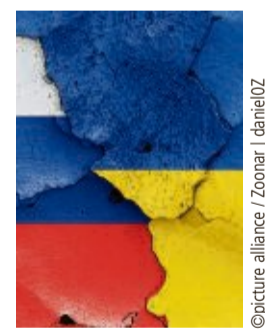
### > STICHWORT

#### Ukraine-Konflikt

> **Abspaltung der Krim** In Reaktion auf die „Euromaidan“-Proteste in der ukrainischen Hauptstadt Kiew annektiert Russland 2014 die Schwarzmeerhalbinsel Krim.

> **Abtrünnige „Volksrepubliken“** In der Ostukraine kommt es zu anhaltenden Unruhen. Proliferierende Separatisten bringen die Region um Donezk und Luhansk unter ihre Kontrolle.

> **Minsker Abkommen** Den Konflikt sollen die Vereinbarungen von 2014 und 2015 beenden. Doch die Waffenruhe ist bis heute brüchig. 2021 rüstet Russland entlang der Grenze auf.



©picture-alliance/Zoonar / Janneitz

## Neuer Ton im neuen Jahr

**BREXIT-STREIT** Anders als ihr Vorgänger setzt die britische Außenministerin Liz Truss als Brexit-Chefunterhändlerin auf Kooperation

Eine Einladung nach Chevening House ist für jeden Staatsgast eine besondere Ehre. Dass sie EU-Kommissar Maros Sefcovic bei seinem Besuch vergangene Woche zuteilwurde, spricht Bände. Liz Truss, Großbritanniens neue Außenministerin, lud den Slowaken in ihre imposante offizielle Residenz. Im 17. Jahrhundert erbaut, liegt das Anwesen im südünglischen Kent, inmitten von Wald und Wiesen. Als Sefcovic die Treppen zum Eingangsportalk hinaufstieg, rutschte er zum Schrecken seiner Gastgeber kurz auf den eisigen Steinen aus. Manche mögen das als schlechtes Omen werten.

**Ende der Eiszeit** Geht es nach der britischen Chefdiplomat, soll die Eiszeit jedoch vorbei sein. Seitdem der Brexit nach dem Ende der Übergangszeit zum 1. Januar 2021 Realität wurde, brach der Streit zwischen London und Brüssel nicht ab. Der Konflikt zwischen Paris und London um Fischereirechte im Ärmelkanal eskalierte vergangenen Herbst in gegenseitigen Blockadedrohungen. In der Konfrontation um das „Nordirland Protokoll“ kündigte die britische Seite an, sogar aus der Vereinbarung auszusteigen. Zwar wiederholte Außenministerin Truss diese Option nach ih-

rem Treffen vergangenen Freitag mit Sefcovic. Aber sie betonte auch, dass „es mein absoluter Wunsch ist, einen Deal zu finden, der für die Menschen in Nordirland funktioniert.“ Das klingt anders als bei Truss' Vorgänger David Frost. Der ehemalige Brexit-Chefun-



Die britische Außenministerin Liz Truss empfing den EU-Brexit-Beauftragten, Maros Sefcovic, auf ihrem offiziellen Landsitz in der Grafschaft Kent. © picture alliance/empics/Ben Stansall

terhändler hatte vor Weihnachten das Handtuch geworfen, weil er die Linie von Premier Boris Johnson gegenüber der Europäischen Union, aber auch in innenpolitischen Fragen als nicht mehr hart genug beurteilte. Frosts Taktik war es seinerzeit gewesen, in den Verhandlungen mit Brüs-

sel ständig Maximalforderungen auszugeben. Das hatte funktioniert, als die Europäer im Jahr 2020 einen No-Deal unbedingt vermeiden wollten und für das vereinbarte „Handels- und Kooperationsabkommen“ Kompromisse eingingen.

**Nordirland-Protokoll** Seit jedoch das Vereinigte Königreich ein Drittstaat ist, hat sich die Haltung auf dem Kontinent spürbar verhärtet, ganz besonders im Streit um das Nordirland-Protokoll. In den 2017 begonnenen Brexit-Verhandlungen war Nordirland das schwierigste Kapitel. Die Grenze zwischen dem britischen Norden und der Irischen Republik sollte unbedingt offen bleiben. Doch wie kontrollieren, dass keine Güter aus Nordirland in den Binnenmarkt eindringen, die gegen EU-Vorschriften verstoßen? London und Brüssel einigten sich in dem Protokoll, dass Nordirland Teil des EU-Binnenmarkts für Güter bleibt. Deshalb müssen seither aus Großbritannien kommende Waren an nordirischen Häfen kontrolliert werden. Das aber ist für die britischen Unionisten eine Provokation. Sie fühlen sich vom Mutterland abgeschnitten. Im vergangenen Jahr gab es kurzzeitig teilweise gewalttätige Proteste in

Belfast. Die EU-Mitgliedstaaten sind jedoch nicht zu einer Änderung des von Boris Johnson verhandelten und unterzeichneten Abkommens bereit. „Wir bestehen auf die vollständige Einhaltung der beschlossenen Abkommen, insbesondere bezüglich des Nordirlandprotokolls und des Karfreitagsabkommens. Bei Nicht-Einhaltung der vereinbarten Standards und Verfahren setzen wir auf eine konsequente Anwendung aller vereinbarten Maßnahmen und Gegenmaßnahmen“, heißt es etwa im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung.

Mit dieser deutlichen Richtungsvorgabe ist Berlin nicht allein. Vergangenen November schlossen sich die europäischen Reihen um Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, als dieser Johnson im Fischereistreit mit Blockaden der für die Briten existenziellen Handelsroute Calais-Dover drohte. Laut Brexit-Vertrag steht es beiden Seiten offen, bei Verstößen Teile oder den ganzen Vertrag auszusetzen und damit „Gegenmaßnahmen“ einzuleiten. Angesichts des wirtschaftlichen Schadens, den die Corona-Pandemie auch in Großbritannien anrichtet, will Johnson für das Nordirland-Protokoll ein solches gesamt-

britisches Risiko offensichtlich nicht eingehen. Statt zu drohen, will Truss jetzt die Durchführung der Vorschriften verbessert sehen. Schon im Oktober hatte EU-Kommissar Sefcovic ein Papier vorgelegt, das etwa die Kontrollen von für Ulster bestimmte Güter aus Großbritannien um 80 Prozent reduzieren soll. Die europäische Seite hatte zudem rechtliche Regeln geändert, damit die Versorgung mit medizinischen Produkten kurzfristig sichergestellt wurde.

**Ungeklärte Fragen** Aber viele Fragen sind offen. So haben die Europäer noch immer nicht den vereinbarten vollen Zugriff auf die britischen Daten, um den Handel über die Irische See zu überwatchen. Vertreter des EU-Parlaments werden ungeduldig. „Was bedeutet ‚jetzt‘? ‚jetzt‘ hören wir schon so lange“, beschwert sich Bernd Lange, SPD-Abgeordneter und Vorsitzender des Handelsausschusses im Europäischen Parlament über Sefcovic's Ansage vom vergangenen Freitag, „jetzt“ die offenen Fragen abzuräumen. **Stefanie Bolzen #**

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.

Sag, wie hältst Du es mit Russland? Die Frage ist ein Dauerbrenner der Außenpolitik geworden und sie wird das wohl absehbar auch bleiben. In einer Grundsatzerdebatte haben die Fraktionen im Bundestag vergangene Woche über die Außen-, Europa- und Menschenrechtspolitik und die Vorhaben der neuen Bundesregierung auf diesen Feldern debattiert, für Annalena Baerbock (Grüne) war es der erste Auftritt als Außenministerin am Pult im Plenum. Ein Schwerpunkt der Debatte lag auf dem russischen Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine und der darin liegenden Bedrohung für Europa. Baerbock stellte fest: „Die Souveränität der Ukraine und die Unverrückbarkeit der Grenzen in Europa sind für uns nicht verhandelbar.“ Eine neue militärische Aggression gegen die Ukraine habe für Russland einen hohen Preis. Die Lösung könne indes nur Diplomatie sein, „um die aktuellen Spannungen zu lösen“. Baerbock unterstrich den Anspruch einer wert- und interessengeleiteten Außenpolitik: „Werte und Interessen sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille.“ Der neuen Bundesregierung gehe es zudem um mehr Kohärenz und Prävention in der Außenpolitik und auch um Repräsentanz, Rechte und Ressourcen für Mädchen und Frauen. Prioritäten seien zudem – Stichwort Prävention – eine Klimaaußenpolitik sowie die weitere Stärkung der EU: „Unsere Union müssen wir gemeinsam nach innen stärken, damit sie nach außen glaubhaft und vor allen Dingen resilient auftreten kann.“ Baerbock kündigte zudem unter anderem ein humanitäres Aufnahmeprogramm für besonders Schutzbedürftige aus Afghanistan an. Der Bundeswehreininsatz in dem Land und die Evakuierungsmission im Jahr 2021 müssten aufgearbeitet werden, aber die Bundesregierung arbeite derzeit auch mit Hochdruck daran, mehr Schutzbedürftige, darunter Frauen und Mädchen, aus Afghanistan herauszubringen.

**Katzentisch** Johann Wadephul (CDU) attestierte dem Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien außenpolitisch ein „erfreuliches Maß an Realismus und Pragmatismus“. Gleichwohl würden, etwa in der Bewertung russischer Aggression gegenüber der Ukraine, erste Bruchlinien sichtbar. Wadephul monierte, dass bei den Verhandlungen zwischen den USA und Russland in Genf, bei denen es auch um die Zukunft der EU gehe, die Europäer aber nicht einmal am Katzentisch Platz nähmen, die neue Bundesregierung derzeit keinen Gestaltungswillen erkennen lasse, daran etwas zu ändern. „Ich frage mich: Wo ist Olaf Scholz? Wann fange diese Bundesregierung an, gemeinsam mit Frankreich Europa voranzutreiben?“

Nils Schmid (SPD) betonte, dass eine Aggression Russlands gegenüber der Ukraine Sanktionen nach sich ziehen würde. „Alle Optionen liegen auf dem Tisch“ – und zwar abgestimmt unter den Europäern und mit den USA. Schmid hob neben Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle insbesondere die Stärkung der Handlungsfähigkeit Europas „nach innen wie nach außen“ als zentrale Vorhaben der Ampel-Koalition hervor. Nicht die Zahl der Raketen entscheide im Systemwettbewerb zwischen autoritären Staaten und Demokratien, sondern die Frage, ob es letzteren gelinge, „auch in Zukunft einen hohen Lebensstandard und eine gerechte Gesellschaft“ zu organisieren.

Petr Bystron (AfD) richtete seine Kritik insbesondere gegen die Grünen, die er mit Blick auf die deutsche Beteiligung am Kosovokrieg 1999 als „Kriegstreiber“ bezeichnete. SPD und FDP müssten sich entscheiden, ob sie sich in diese Tradition oder in die Tradition des Ausgleichs wie bei Politi-



Annalena Baerbock hielt ihre erste Rede als Außenministerin.

picture-alliance/Geisler-Fotopress/Sebastian Gabsch

# Erster Stresstest für die Ampel

**AUSWÄRTIGES** Die Koalition will ihre Prioritäten in einer Grundsatzdebatte darlegen – doch der russische Truppenaufmarsch an der Ukraine rückt in den Vordergrund

kern wie Willy Brandt und Gustav Stresemann stellen wollten. Die neue Außenministerin suche gegenüber Russland sofort die Konfrontation, obgleich Deutschland im hohen Maße auf Energieimporte aus Russland angewiesen sei. „Das geht so nicht!“ Sie lege sich auch gleich mit China an, wohin 40 Prozent der in Deutschland produzierten Autos exportiert würden: „Welche Hybris!“

**Unabhängigkeit** Alexander Graf Lambsdorff (FDP) bezeichnete „strategische Souveränität“ und „strategische Solidarität“ als Kernbegriffe der Außenpolitik der Ampelkoalition und kündigte für den Herbst dieses Jahres eine nationale Sicherheitsstrategie an, in der das Drei-Parteien-Bündnis seine außen- und sicherheitspolitischen Ziele und Prioritäten ausbuchstabieren und transparent machen wolle. Es werde unter anderem um die Frage gehen, wie Deutschland und die EU-Partner „weniger abhängig, weniger verwundbar werden: in der äußeren Sicherheit, aber auch bei Energieversorgung, Roh-

stoffimporten und digitaler Technologie“. Gregor Gysi (Die Linke) ging mit der Außenministerin ins Gericht. Im Fall Julian Assange habe sie „vor ihrem Ministeramt“ für dessen Freilassung plädiert, diese Meinung äußere sie nun nicht mehr. „Genau das geht nicht, wenn man eine wertebasierte Außenpolitik machen will.“ Mit Blick auf Russland erinnerte Gysi daran, dass der russische Präsident Putin 2001 die Hand ausgestreckt habe, „und der Westen war so arrogant, darauf einzugehen“. Mit Blick auf eine etwaige Nato-Mitgliedschaft der Ukraine werde mit zweierlei Maß gemessen: Niemals würden die USA und mit ihr das Militärbündnis es durchgehen lassen, wenn auf Kuba und in Mexiko russische Soldaten und Waffen stationiert würden. „Warum billigen Sie den USA einen Sicherheitsabstand zu, Russland aber nicht?“, fragte Gysi. Eine erste außenpolitische, nämlich interparlamentarische Weichenstellung nahm der Bundestag dann am vergangenen Donnerstag vor mit der Wahl der Vertreter für die Parlamentarische Versammlung des Eu-

roparats (siehe Stichwort). Auch dort gehören die russische Politik und der Konflikt in der Ukraine übrigens zu den Dauerthemen. *Alexander Heinrich*

roparats (siehe Stichwort). Auch dort gehören die russische Politik und der Konflikt in der Ukraine übrigens zu den Dauerthemen. *Alexander Heinrich*

## > STICHWORT

### Europarat

**> Delegation** Der Bundestag hat die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gewählt: SPD und Union entsenden jeweils fünf Abgeordnete und fünf Stellvertreter, die Grünen jeweils drei, FDP und AfD jeweils zwei und die Linke einen Abgeordneten und einen Stellvertreter.

**> Organisation** Der Europarat mit Sitz in Straßburg umfasst 47 Mitgliedstaaten, der Parlamentarischen Versammlung gehören 318 Abgeordnete dieser Länder und ebenso viele Stellvertreter an.

# Trauer um Sassoli

**EUROPA** EU-Parlamentspräsident mit 65 Jahren gestorben



David Sassoli (†11. Januar 2022)

Mit Bestürzung und Trauer haben Spitzenpolitiker aus ganz Europa auf den Tod des Präsidenten des Europaparlaments, David Sassoli, reagiert. In

Brüssel versammelten sich Mitglieder der Volksvertretung vor dem Gebäude, um ihn mit einer Schweigeminute zu ehren. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) würdigte Sassoli vergangene Woche zu Beginn der Plenarsitzung als überzeugten Europäer und großen Menschenfreund. „Er konnte Kompromisse schließen, das Machbare vortreiben und das Notwendige im Blick behalten.“ Der italienische Ministerpräsident Mario Draghi nannte Sassoli ein „Symbol für Ausgewogenheit, Menschlichkeit und Großzügigkeit“, EU-Kommissionspräsident Ursula von der Leyen lobte den engagierten Katholiken als „Mann mit starken Überzeugungen“. Er habe gewollt, dass Europa noch „näher zusammenrückt, näher an seine Bürgerinnen und Bürgern, dass es treu zu unseren Werten steht. Das ist sein Vermächtnis.“ Der Sozialdemokrat war in der Nacht vom 10. zum 11. Januar im Alter von 65 Jahren in einem italienischen Krankenhaus gestorben, wo er seit dem 26. Dezember wegen schwerer Komplikationen „aufgrund einer Funktionsstörung des Immunsystems“ behandelt worden war.

**Vom TV ins Plenum** Der in Florenz geborene Sassoli gehörte der sozialdemokratischen Partei Partito Democratico (PD) an. Vor seiner politischen Karriere arbeitete der studierte Politikwissenschaftler als Journalist, unter anderem in der Redaktion der

römischen Zeitung „Il Giorno“ (Der Tag). Schließlich moderierte er die Hauptnachrichtensendung TG1 des öffentlich-rechtlichen Senders RAI1 und wurde so zu einem der bekanntesten Fernsehgesichter Italiens. 2009 zog Sassoli als Abgeordneter ins Europäische Parlament ein, ab 2014 war er einer der 14 Vize-Präsidenten der EU-Abgeordnetenversammlung. Danach folgte er – nach längerem Personalpoker eher unverhofft – seinem Landsmann Antonio Tajani auf dem Posten des EP-Präsidenten. Er nutzte dort jede Gelegenheit, um die EU an ihre Verantwortung für Flüchtlinge zu erinnern und für eine gemeinsame Migrations- und Asylpolitik zu werben. Unter seiner Präsidentschaft trieb das Parlament außerdem den neuen Rechtsstaatsmechanismus voran, der Sanktionen gegen Länder wie Ungarn und Polen ermöglicht. Nicht zuletzt pochte Sassoli immer wieder auf die Unabhängigkeit des Parlaments im Machtkampf mit den Regierungen der EU-Staaten. „Ich bin kein Mann des Rates“, hatte er gleich nach seiner Wahl im Juli 2019 betont.

**Im Schatten der Pandemie** Viel Zeit, sich zu profilieren, blieb ihm allerdings nicht. Zu sehr stand seine von vornherein auf zweieinhalb Jahre limitierte Amtszeit im Schatten der Corona-Pandemie. Sie wäre in dieser Woche gemäß einer Absprache der drei größten EP-Fraktionen plangemäß ausgelaufen. Während der Pandemie koordinierte Sassoli die Umstellung des EU-Parlaments auf Telearbeit und stellte die verwaisten Räumlichkeiten in Straßburg und Brüssel für ein Covid-19-Testcenter und die Zubereitung von Mahlzeiten für bedürftige Familien zur Verfügung. Auf dem EU-Gipfel Mitte Dezember setzte er sich für ein Ende der strengen Schuldenvorgaben ein, um Investitionen in Zukunftsprojekte zu ermöglichen. Sassoli hinterlässt eine Frau und zwei Töchter. *Johanna Metz*

# Fokus auf Ausbildung

**IRAQ** Ampel wirbt für Verlängerung des Anti-IS-Einsatzes

Die Bundeswehr soll nach dem Willen der Bundesregierung weitere neun Monate im Irak bleiben. Der Einsatz sei weiterhin nötig, um die irakischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) zu unterstützen, heißt es in einem Antrag (20/408), über den der Bundestag am vergangenen Freitag erstmals beraten hat.

den Jesiden. Trotz Fortschritten sei der Terror nicht völlig gebannt. Die Präsenz deutscher Soldaten leiste also weiterhin einen Beitrag nicht nur zur Sicherheit im Irak, sondern in der gesamten Region. Dort seien die deutschen Streitkräfte „hoch anerkannt und erwünscht“, betonte zudem Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD). Trotzdem bedeute die Mandatsverlängerung kein einfaches „Weiter so“. Das Einsatzgebiet werde begrenzt, das Mandat vorerst bis Oktober befristet. Alexander Müller (FDP) hob zudem hervor, dass der Einsatz, so wie künftig alle Bundeswehrein-sätze, evaluiert werde. Der Opposition reichten solche Argumente nicht: Jürgen Hardt (CDU) kritisierte für die Union die Beschränkung des Einsatzes auf den Irak als „künstlich und falsch“, signalisierte aber zumindest Unterstützung. Joachim Wundrak (AfD) monierte, dass in einem Mandat „zwei völlig unterschiedliche Einsätze“, Ausbildungsmission und bewaffneter Kampf, verknüpft würden. Dem könne seine Fraktion nicht zustimmen. Sevim Dagdelen (Linke) war insbesondere den Grünen eine doppelbödiges Moral in der Außenpolitik vor. In der Opposition hätten sie den Irak-Einsatz noch abgelehnt, jetzt seien sie „umgefallen“. *joh/sas*

# »Die Pandemie ist ein herber Rückschlag«

**ENTWICKLUNG** Ressortchefin Svenja Schulze (SPD) hat große Ambitionen – und riesige Aufgaben vor sich

Kleine Brötchen backen will die neue Bundesentwicklungministerin nicht. Im Gegenteil, Svenja Schulze (SPD) will 2022 zum „Jahr des Aufbruchs“ in der Entwicklungspolitik machen und sich unter anderem für ein europäisches Lieferkettengesetz stark machen, um Menschenrechte in den globalen Lieferketten besser zu schützen. Das betonte sie vergangenen Freitag in der Vereinten Debatte zur Politik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Wie schon im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP verankert, soll der Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben („ODA-Quote“) unter ihrer Führung nicht unter die international vereinbarten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens fallen, zwei Prozent davon will Schulze künftig für die ärmsten Länder ausgeben. Und dann ist da natürlich noch die Corona-Pandemie, die die Länder des globalen Südens mit besonderer Härte trifft. Sie bedeute einen „herben Rückschlag“ für die deutsche und internationale Entwicklungspolitik, die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen in den jeweiligen Ländern seien immens und eine Gefahr für das Erreichen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen. Schulze hat sich deshalb un-

ter anderem vorgenommen, die globale Impfgerechtigkeit zu stärken und die riesige Finanzierungslücke (17 Milliarden Dollar) bei der weltweiten Coronavirus-Krisenreaktion schrumpfen zu lassen. Solidarität und konkrete Unterstützung seien notwendig, auch weil niemand in dieser Pandemie sicher sei, „bevor wir nicht alle sicher sind“, stellte Schulze, die im Vorgängerkabinett Umweltministerin war, klar.

**Lob an Vorgänger** Dem Enthusiasmus der neuen Ressortchefin zum Trotz ließ es sich Hermann Gröhe (CDU) nicht nehmen, zunächst die „überaus erfolgreiche Arbeit“ von Schulzes Vorgänger Gerd Müller (CSU) zu loben, dank der das BMZ „gut aufgestellt“ sei. In Müllers Amtszeit habe sich der Etat verdoppelt, führte Gröhe aus, und empfahl Schulze: „Nehmen Sie sich daran ein Beispiel, dann stimmt die Richtung.“ Allerdings müsse das Geld auch sinnvoll eingesetzt werden. Kritisch merkte Gröhe an, dass der Koalitionsvertrag ausgerechnet im Bereich der globalen Gesundheit und der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft „merkwürdig dünn“ ausfalle. Sanae Abdi (SPD) appellierte an Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), eine ausreichende öffentliche Entwicklungsfinanzierung auch in den kommenden Jah-

ren sicherzustellen. Schließlich lägen „gewaltige Aufgaben“ vor der deutschen Entwicklungspolitik. Um diese zu meistern, wolle die Bundesregierung die mit Entwicklungspolitik befassen Ministerien besser als bisher vernetzen und in „größeren Zusammenhängen denken und handeln“, ergänzte Till Mansmann (FDP). Schließlich habe Entwicklungspolitik auch für Deutschland großen Nutzen, etwa wenn der gemeinsame Umbau der globalen Energiewirtschaft in Richtung erneuerbarer Energien gelänge. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen definierte Deborah Düring zentrale Aufgaben der Entwicklungspolitik. Dazu gehörten die Schaffung fairer Arbeitsbedingungen und existenzsicherer Löhne und die Stärkung der Agrarökologie, die auf eine nachhaltige und umweltgerechte Landnutzung abzielt. Auch müssten Abhängigkeits- und Ungleichheitsstrukturen im internationalen Wirtschaftssystem aufgelöst werden. Als entscheidende Faktoren bei der Pandemiebekämpfung nannte Düring Technologietransfers und den Zugang zu Medikamenten.

**»Keine Almosen«** Die AfD wandte sich erwartungsgemäß gegen die Regierungspläne. Die Welt brauche keinen „Genderquatsch

und Almosen“, keine „Umwerteilung und Massenmigration“, sondern „Selbstverantwortlichkeit und gemeinsame Interessen“, urteilte Markus Frohnmaier. Zudem müsse die Fragmentierung der deutschen Entwicklungspolitik beendet werden. Den übrigen Fraktionen warf er vor, der AfD mit „Tricksen und Schummeln“ den Vorsitz im Entwicklungsausschuss verweigert zu haben. Nachdem der von der AfD-Fraktion vorgeschlagene Kandidat Dietmar Friedhoff in zwei Wahlgängen keine Mehrheit erhalten hat, leitet der FDP-Abgeordnete und Vize-Vorsitzende Christoph Hoffmann den Ausschuss vorübergehend. Cornelia Möhring (Die Linke) nahm die wachsende soziale Ungleichheit und die „ungerechte Verteilung von Eigentum und Vermögen“ weltweit in den Blick. Dazu finde sie allerdings „deutlich zu wenig Initiativen im Koalitionsvertrag“, bemängelte sie. Steueroasen müssten geschlossen, Steuergerechtigkeit und faire Handelsbeziehungen geschaffen und die internationalen Konzerne stärker an der Entwicklung jener Länder, „von deren Ausbeutung sie massiv profitieren“, beteiligt werden. Die Linken-Politikerin sprach insgesamt von einer nicht hinnehmbaren „Unterfinanzierung“ der deutschen und internationalen Entwicklungspolitik. *Johanna Metz*

Anzeige

## Freiheit, Sicherheit und Deeskalation

**Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 33. Jahrgang 2021**

Herausgegeben von Prof. Dr. Eckart Conze, Prof. Dr. Dominik Geppert, Prof. Dr. Joachim Scholtzky und Prof. Dr. Elke Seefried in Verbindung mit Dr. Jürgen Frölich, Prof. Dr. Ewald Grothe und im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 2021, 284 S., brosch., 59,- € ISBN 978-3-8487-8384-7

Anlässlich der Jubiläen des Moskauer Vertrags 1970 und des Zwei-plus-Vier-Vertrags 1990 bildet das Thema „Freiheit, Sicherheit und Deeskalation – Liberalismus und Kalter Krieg 1970–1990“ den Schwerpunkt des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung. Weitere Beiträge behandeln Themen aus der Geschichte des Liberalismus im 19. und 20. Jahrhundert.

nomos-elibrary.de  
 Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de  
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

**Nomos**

AUFGEKEHRT

Die armen Poeten

Walther von der Vogelweide, Andreas Gryphius, selbstredend Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller, nicht zu vergessen Annette von Droste-Hülshoff, Theodor Fontane, Heinrich Heine oder Nelly Sachs - die Ahnenreihe deutscher Dichter und Lyrikerinnen ist lang und schillernd. Sie haben die deutsche Kultur begründet und dem Volk der Dichter und Denker zu Weltruhm verholfen. Und jetzt also der Poesie-Beauftragte (m/w/d) des Bundestages.

Noch ist die Stellenausschreibung nicht abgesegnet, aber das Echo auf den Vorschlag schon um so wortgewaltiger. Dabei könnte sich eingedenk des Befundes, dass die im Plenarsaal vorgetragene Polit-Prosa allzu oft zwischen Tragödie und Komödie - und neuerdings auch Landser-Heftchen - rangiert, selbst der unvergessene Marcel Reich-Ranicki für einen Parlaments-Poeten erwärmen. Solange es nur erotisch wird!

Dabei mangelt es der deutschen Politik ja nicht an Sprachakrobaten. Da wären die Verfasser diverser Hochstapeleien und Plagiate vom Kaliber eines „Felix Krull“ und erst kürzlich verpackte der SPD-Abgeordnete Helge Lindh seine Plenarrede gekonnt in einen Studierzimmer-Dialog zwischen einem AfD-Vertreter und Mephisto. Mit Robert Habeck sitzt gar ein echter Schriftsteller auf der Regierungsbank.

Den lyrischen Höhepunkt bildeten aber ohne Zweifel die spät-dadaistischen Werke Edmund Stoibers. Unerreicht bis heute sein „Transpud“: „Wenn Sie ... vom Hauptbahnhof in München ... mit zehn Minuten, ohne, dass Sie am Flughafen noch einchecken müssen, dann starten Sie im Grunde genommen am Flughafen ... am ... am Hauptbahnhof in München starten Sie Ihren Flug.“ Auf dieses Niveau schafft es kein Bundestags-Poet. Alexander Weinlein |

VOR 40 JAHREN...

Wandernder Präsident

17.1.1982: 2000 Menschen begleiten Bundespräsidenten. Eine Wanderung mitten im Winter ist sicher nicht jedermanns Sache. Dennoch liefen am 17. Januar 1982 rund 2.000 Menschen durch ein Waldgebiet zwischen Hattingen und Essen. An der Spitze: Bundespräsident



Karl Carstens (vorne rechts) bei seiner ersten Etappe 1979 in Ostholstein.

Karl Carstens. Seit Beginn seiner Amtszeit im Jahr 1979 hatte Carstens die Bundesrepublik bereits von der Ostsee bis zu den Alpen zu Fuß durchquert; auch von West nach Ost - von der Eifel in die Rhön - sollte er die Republik wandernd erkunden. Einer seiner ersten Termine als Bundespräsident fand dementsprechend bei Blasmusik an einem Wanderweg in Schleswig-Holstein statt. Er wolle das Land „in Etappen“ durchwandern, hatte er dabei angekündigt. „Immer nur in drei Tagen. Nicht, dass Sie denken, ich werde in den nächsten zwei Monaten meine Amtsgeschäfte aufgeben und nur noch wandern gehen. Das geht leider nicht“, sagte er. Seit dem „Wanderpräsidenten“ Carstens haben zahlreiche Politiker das Wandern für sich entdeckt. Abgeordnete wandern durch ihre Wahlkreise, Ministerpräsidenten durch ihre Bundesländer. Das wirkt bodenständig, heimatverbunden und volksnah. Carstens' Wanderleidenschaft kam gut an. Bei den Menschen gewann er Vertrauen, in der Presse gab es positive Berichte. Beides hatte der Bundespräsident nötig. Die Wahl des von der CDU aufgestellten Kandidaten wurde im In- und Ausland nämlich mit Argwohn beobachtet: Carstens war NSDAP-Mitglied gewesen. Einen Rechtsruck gab es während seiner Amtszeit jedoch nicht. Stattdessen blieb er als Wanderpräsident in Erinnerung - nicht nur wegen seiner Wanderungen, sondern auch durch die von ihm gestiftete Eichendorff-Plakette für Wandervereine. Benjamin Stahl |

ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG ZUR WANNSEE-KONFERENZ



Anlässlich des 80. Jahrestages der Wannsee-Konferenz zeigt der Bundestag die Ausstellung „Unfreiwilliges Erinnern. Zur Bedeutung der Wannsee-Konferenz in Geschichte und Gegenwart“. Deborah Hartmann (Direktorin der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, links im Bild) führte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) durch die Ausstellung. © DBT/photothek/Xander Heil

Mit Schuld umgehen

Am 20. Januar 1942 trafen sich 15 hochrangige Funktionäre aus dem nationalsozialistischen Verwaltungsapparat für eine Konferenz am Wannsee. Auf der Tagesordnung steht nur ein einziger Punkt: Die sogenannte „Endlösung der Judenfrage“. Bereits mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Sowjetunion 1941 begann das Nazi-Regime mit der Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Am Mittag des 20. Januar berieten die Anwesenden über die weitere systematische Vernichtung sämtlicher elf Millionen europäischen Jüdinnen und Juden. Anlässlich des 80. Jahrestages der Wannsee-Konferenz informiert die Ausstellung „Unfreiwilliges Erinnern. Zur Bedeutung der Wannsee-Konferenz in Geschichte und Gegenwart“ im Paul-Löbe-Haus über den Umgang mit diesem Kapitel deutscher Geschichte. Dass eine solche Ausstellung in den Hallen des Bundestages stattfindet, sei etwas ganz Besonderes, sagte Deborah Hartmann, Direktorin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz bei der virtuellen Eröffnung mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD). Lange blieb die Wannsee-Konferenz im kollektiven Gedächtnis der Deutschen nahezu unsichtbar. Zu

groß schien der Konflikt, sich mit der Konferenz und ihren Konsequenzen auseinanderzusetzen. Bis in die 1980er Jahre diente die Wannseevilla als Schullandheim. Forderungen des Historikers und Holocaust-Überlebenden Joseph Wulf, aus dem Ort ein Dokumentationszentrum zu machen, fanden keinen Anklang. „Ich habe hier 18 Bücher über das Dritte Reich veröffentlicht und das alles hatte keine Wirkung. Du kannst dich bei den Deutschen totdokumentieren, es kann in Bonn die demokratischste Regierung sein - und die Massenmörder gehen frei herum [...],“ können Besucher in der Ausstellung lesen. 1974 stirbt Wulf, 18 Jahre bevor die Gedenkstätte eröffnet wird. Unter anderem von seinen Erfahrungen erzählt die Ausstellung. Denn „Unfreiwilliges Erinnern“ ist keine Aneinanderreihung von historischen Zahlen. Die Ausstellung geht gezielt der Frage nach, wie mit dem Geschehenen seit 1945 umgegangen wird. Ein klarer Fokus liegt dabei auf den Opfern und Tätern der Wannsee-Konferenz. Anhand von Originaldokumenten, Zitatentzügen, Zeitungsausschnitten und Videosequenzen werden die Erfahrungen einzelner Personen nachgezeichnet. Täter hätten sich „ungestraft und unhinterfragt in

die demokratisch gewandelte Gesellschaft integrieren“ können, während die Geschichten der Überlebenden und Ermordeten in der früheren Bundesrepublik weitgehend auf „Schweigen und Ignoranz“ gestoßen seien, so Hartmann. Manchmal komme es ihr so vor, als ob „die Opfer mehr Schuldgefühle hätten als die Täter“ wird die Regisseurin Sarah Fruchtmann, deren Vater das KZ überlebte, an anderer Stelle in der Ausstellung zitiert. Auch heute noch ist laut Bas „die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte eine bleibende Verpflichtung“, der sich jede Generation aufs Neue stellen muss. Gerade in Zeiten, in denen die Vergangenheit für Propaganda missbraucht werde und sich Impfgegner als „Juden von heute“ bezeichnen, sei es Teil der „staatsbürgerlichen Verantwortung“ solche Vergleiche entschieden zurückzuweisen, sagte Bas bei der Eröffnung. (Zur Wannseekonferenz 1942 siehe auch Beitrag auf Seite 9). Denise Schwarz |

Die Ausstellung kann bis zum 28. Januar nach vorheriger Anmeldung unter [https://www.bundestag.de/parlamentarische\\_ausstellung](https://www.bundestag.de/parlamentarische_ausstellung) besucht werden.

LESERPOST

Zur Ausgabe 1-2 vom 03. Januar 2022, „Führer und Prinz“ auf Seite 10:

Seit der Ausgabe vom 03. Februar 2020 „Die Prinzenrolle“ (Seite 11) hat sich außer ein paar Stellungnahmen im Kulturausschuss des Bundestages wenig getan: Die spannenden Rechtsfragen blieben offen. Es geht nicht nur um das Tatbestandsmerkmal „Erheblicher Vorschub“ im Ausgleichsgesetz von 1994, sondern auch um die Frage der Anwendbarkeit des sogenannten „Hausgesetzes“ der Hohenzollern nach 1918. Würde der damals älteste Kaisererkel zu Unrecht enterbt, hätte dies womöglich Auswirkungen auf die heutige Erbengemeinschaft. Politisch ist es ebenfalls „denkwürdig“, dass die alte Bundesregierung die Verhandlungen mit den Anspruchstellern hinter verschlossenen Türen führen

wollte. Lediglich die Indiskretion eines ZDF-Satirikers hat dies verhindert. Vom materiellen Aspekt abgesehen, was will das Haus „Preußen“ heute noch er-

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 31. Januar.

reichen? Die Auszeichnung von Louis Ferdinand Prinz von Preußen als oberster Widerstandskämpfer? Der „Alte Fritz“ hätte sich wahrscheinlich dem „böhmischen Gefreiten“ nicht so angeeignet wie der letzte Kronprinz.

Thomas Fuchs, Biebesheim

Zur Ausgabe 51-52 vom 20. Dezember 2021, „Kopf der Woche“ auf Seite 1:

Aller guten Dinge sind drei, mit dieser Parole ist Friedrich Merz endlich voll dabei! Udo Jürgens sang, mit 66 Jahren geht es richtig los. Da dürfte der „Ampel“ nichts anderes übrig bleiben, als sich schnell sehr warm anzuziehen. Die kommende Zeit könnte sehr ungemütlich werden.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

WEIHNACHTSRÄTSEL 2021

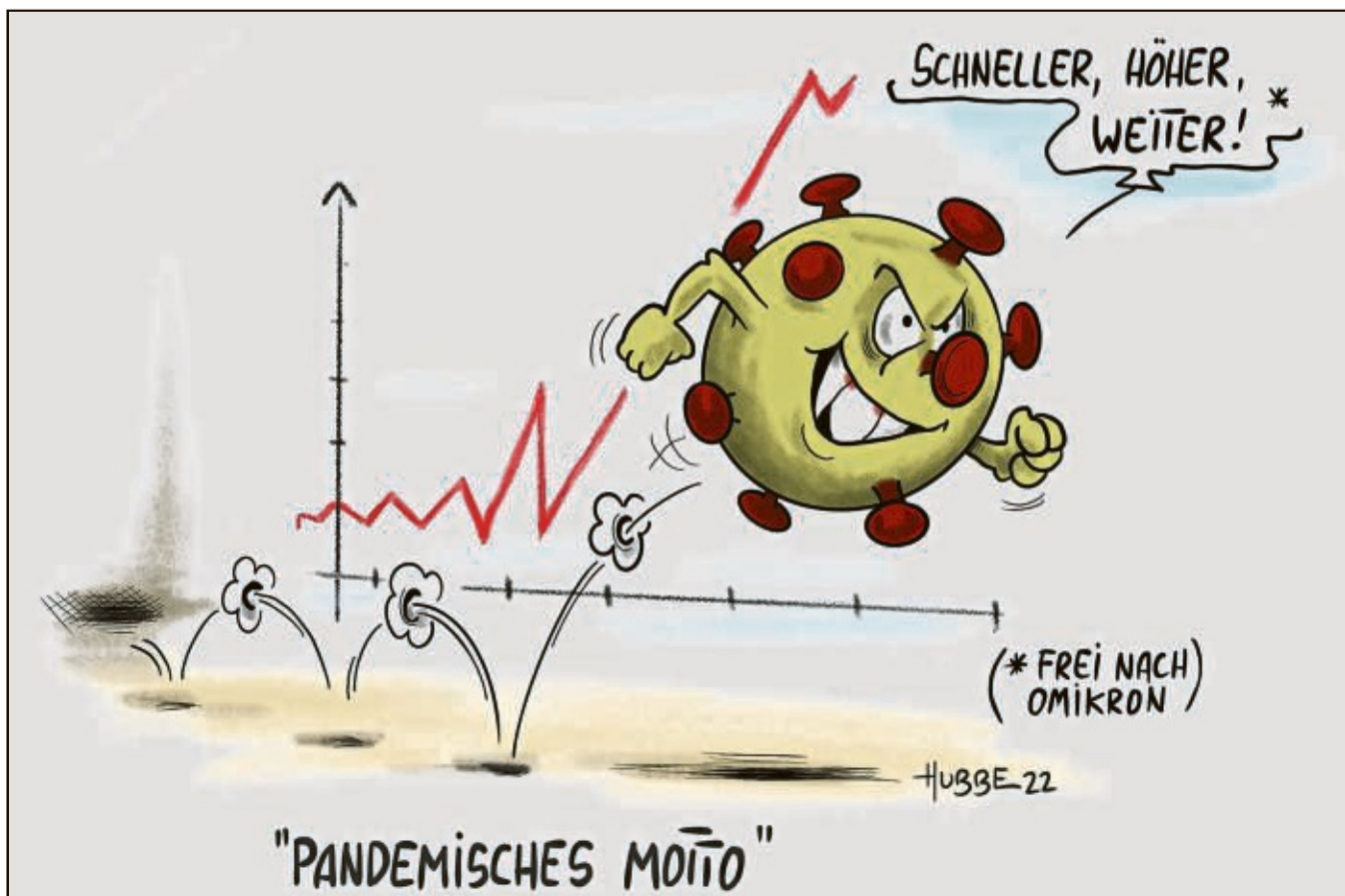
Die Gewinner stehen fest

Rätsel Unter allen korrekten Einsendungen wurden vergangene Woche die Gewinner des Weihnachtsrätsels 2021 ausgelost. Neben einer Reise nach Berlin für zwei Personen inklusive eines Besuchs des Bundestages gab es zehn Überraschungspakete zu gewinnen. Wir bedanken uns für die rege Beteiligung. Rund 3.800 E-Mails und 110 Postkarten erreichten die Redaktion. Die richtigen Antworten lauten:

- 1.) Olaf Scholz war Finanzminister und Vize-Kanzler.
2.) Seit 2013 ist Irene Mihalic MdB.
3.) Ein „unechtes“ Sondervermögen verfügt weder über eigenes Vermögen noch über eigene Schulden, sondern wird durch Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt finanziert.
4.) Berlin will 210.000 Wohnungen bauen.
5.) Mit 116 Prozent hat die Staatsverschuldung Frankreichs einen neuen Rekord erreicht.
6.) Gesucht war der Lieferdienst Gorillas
7.) 60 Prozent der unter 45-jährigen Politikerinnen haben sexuelle Belästigung erlebt.
8.) Daniela Ludwig war Drogenbeauftragte der Bundesregierung
9.) Jan Korte vertritt die Linke im Kulturausschuss.
10.) 25. Januar (1987)

Der Gewinner des Hauptpreises wurde bereits informiert. Die Sachpreise werden in den nächsten Tagen verschickt. DP |

SEITENBLICKE



BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 26. – 28.01.2022

SARS-CoV-2-Impfpflicht (Mi), Jahreswirtschaftsbericht (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Regina Schmidt-Zadel Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD

Am 20. Januar begeht Regina Schmidt-Zadel ihren 85. Geburtstag. Die Sozialarbeiterin aus Ratingen wurde 1969 SPD-Mitglied. Sie gehörte von 1990 bis 1998 dem Bezirksvorstand Niederrhein an und stand von 1998 bis 2002 an der Spitze des SPD-Unterbezirks Mettmann. Von 1984 bis 1991 saß sie in der Landschaftsversammlung Rheinland. Schmidt-Zadel, von 1998 bis 2002 gesundheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion und 2001/02 Mitglied des Fraktionsvorstands, wirkte überwiegend im Gesundheitsausschuss mit.

>Heinz-Günter Bargfrede Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU

Heinz-Günter Bargfrede vollendet am 20. Januar sein 80. Lebensjahr. Der Postbeamte aus Rotenburg/Wümme schloss sich 1971 der CDU an. Von 1981 bis 1991 sowie von 2001 bis 2021 war er dort Ratsherr, von 1984 bis 1986 zugleich Bürgermeister von Rotenburg. Dem gleichnamigen Kreistag gehörte er von 1976 bis 2016 an. Bargfrede engagierte sich im Verkehrsausschuss.

>Jutta Eckenbach Bundestagsabgeordnete 2013-2017, CDU

Am 22. Januar begeht Jutta Eckenbach ihren 70. Geburtstag. Die Bürokauffrau aus Essen schloss sich 1981 der CDU an, gehörte dem dortigen Parteivorstand sowie jener der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft an. Von 1989 bis 2013 war sie Ratsfrau in Essen sowie von 1999 bis 2013 Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland. Im Bundestag gehörte sie dem Ausschuss für Arbeit und Soziales an.

>Siegmond Ehrmann Bundestagsabgeordneter 2002-2017, SPD

Am 24. Januar begeht Siegmund Ehrmann seinen 70. Geburtstag. Der Leitende städtische Verwaltungsdirektor in Moers schloss sich 1970 der SPD an und war von 2004 bis 2013 dort Stadtverbandsvorsitzender. Von 1984 bis 1990 gehörte er dem Stadtrat in Neukirchen-Vluyn an. Ehrmann war von 2009 bis Anfang 2014 Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien seiner Fraktion sowie von 2009 bis 2011 deren Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften. Er engagierte sich im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, im Innen- sowie seit 2002 im Kulturausschuss, dessen Vorsitz er von 2014 bis 2017 innehatte.

>Siegmar Mosdorf Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD

Am 29. Januar vollendet Siegmund Mosdorf sein 70. Lebensjahr. Der Diplom-Verwaltungswissenschaftler aus Hochdorf/Kreis Esslingen trat 1971 in die SPD ein und war von 1982 bis 1990 hauptamtlicher SPD-Landeschäftsführer in Baden-Württemberg. Von 1998 bis 2002 amtierte er als parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und war Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrttechnik. Mosdorf engagierte sich seit 1990 im Forschungs-, im Wirtschafts- sowie im Sportausschuss. Von 1987 bis 2019 war er Vorsitzender der „Carlo-Schmid-Stiftung“.

>Erika Reinhardt Bundestagsabgeordnete 1990-2002, CDU

Erika Reinhardt begeht am 30. Januar ihren 90. Geburtstag. Die diplomierte Krankenschwester aus Stuttgart wurde 1978 CDU-Mitglied und war dort von 1984 bis 1990 Gemeinderätin. Von 1985 bis 1990 amtierte sie als Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung in Stuttgart, stand von 1997 bis 2005 an der Spitze der Senioren-Union Baden-Württemberg und war von 1994 bis 2010 stellvertretende Bundesvorsitzende. Reinhardt wirkte im Familien- sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit.

>Arno Klare Bundestagsabgeordneter 2013-2021, SPD

Am 1. Februar wird Arno Klare 70 Jahre alt. Der Lehrer aus Essen war von 1998 bis 2008 Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Mülheim und von 2009 bis 2021 von Mülheim und Essen. Der Direktkandidat des Wahlkreises Mülheim - Essen I war Mitglied des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur.

>Norbert Barthle Bundestagsabgeordneter 1998-2021, CDU

Am 1. Februar wird Norbert Barthle 70 Jahre alt. Der Ministerialrat aus Schwäbisch-Gmünd trat 1990 der CDU bei und stand von 2001 bis 2015 an der Spitze des Kreisverbands Ostalb. Er war stets Direktkandidat des Wahlkreises Backnang - Schwäbisch-Gmünd, zudem langjähriger Beisitzer im Fraktionsvorstand und von 2009 bis 2015 haushaltspolitischer Sprecher. Als Parlamentarischer Staatssekretär amtierte er von 2015 bis 2018 beim Bundesverkehrsminister und von 2018 bis 2021 beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. bmh |

Annalena Baerbock, Bündnis 90/Die Grünen, Bundesministerin des Auswärtigen:

## Diplomatie ist ein zentraler Pfeiler von Außenpolitik



Annalena Baerbock (\*1980)  
Landesliste Brandenburg

Ihnen allen erst mal ein schönes und vor allen Dingen friedliches neues Jahr, auch wenn es außenpolitisch leider sehr eisig gestartet ist.

Seit Wochen lässt Russland an der Grenze zur Ukraine Truppen aufmarschieren. Auf diese Provokation haben wir als Bundesregierung gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern deutlich reagiert. Die Souveränität der Ukraine und die Unverrückbarkeit der Grenzen in Europa sind für uns nicht verhandelbar.

Eine neue militärische Aggression gegen die Ukraine hat für Russland einen hohen Preis. Zugleich gilt: Trotz dieses unglaublich besorgniserregenden russischen Aggressions gibt es nur eine Lösung, und die heißt Diplomatie, um die aktuellen Spannungen zu lösen. Es ist daher wichtig und richtig, dass diese Woche in verschiedenen Foren Gespräche geführt werden, im Strategischen Dialog zwischen den USA und Russland, im NATO-Russland-Rat, in der OSZE. Und Frankreich und Deutschland arbeiten eng zusammen, um neue Verhandlungen im Normandie-Format wieder aufzunehmen. Denn klar ist: Es gibt keine Entscheidung über die Sicherheit in Europa ohne Europa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die aktuelle Situation spiegelt die Welt wider, in der europäische Außenpolitik sich neu bewähren muss: eine Welt mit wachsenden geopolitischen Spannungen, in der es zwar zum Glück keine Blockkonfrontationen mehr gibt, aber einen Wettbewerb zwischen

autoritären Kräften und liberalen Demokratien, eine Welt, in der uns Wirtschaft und Technologie immer enger vernetzen, was aber eben nicht automatisch zur Stärkung von Demokratie und vor allen Dingen nicht automatisch zur Stärkung von Menschenrechten führt, und zugleich eine Welt, in der wir all die globalen Herausforderungen nur gemeinsam angehen können. Ich bin davon überzeugt, dass wir in einer solchen Welt auf Grundlage einer klaren Wertevorstellung die Interessen Deutschlands und Europas in der Welt vertreten.

Ja, ich unterstreiche hier noch einmal sehr deutlich: Werte und Interessen sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Wenn wir es anderen Akteuren ermöglichen, sich in unserem eigenen europäischen Binnenmarkt nicht an Regeln und Standards halten zu müssen, hat die europäische Wirtschaft einen schweren Wettbewerbsnachteil. Daher gilt für mich heute umso mehr: Diplomatie ist ein zentraler Pfeiler von Außenpolitik. Aber es geht eben auch um praktisches und vor allen Dingen kohärentes Handeln auf allen Politikfeldern, von Handel über Gesundheit bis zu einer gemeinsamen weltweiten, internationalen Sozialpolitik. Deshalb ist der Grundsatz dieser Ampelkoalition eine kohärente Außenpolitik, in der einzelne Politikfelder und vor allen Dingen die unterschiedlichen Ministerien nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten, weil wir nur so den großen globalen Herausforderungen gerecht werden können. Was das konkret bedeutet, will ich anhand weniger Themen hier kurz beschreiben, weil sie den Auftakt des Handelns meines Hauses prägen, auch wenn ich in den letzten vier Wochen die meiste Zeit natürlich mit den aktuellen Krisen – und das sind nicht wenige – verbracht habe.

Zuallererst gilt: Deutschland kann im Herzen Europas nicht ohne die gemeinsame Europäische Union. Unsere Union müssen wir gemeinsam nach innen stärken, damit sie nach außen glaubhaft und vor allen Dingen resilienter auftreten kann. Als starke Wirtschaftsnationen in Europa und vor allen Dingen als gemeinsame europäische Werteunion muss unser Anspruch als Europäerinnen und Europäer sein – und das wird auch das Leitmotiv unserer deutschen G-7-Präsidentschaft sein –, deutlich zu machen, wofür wir stehen, und nicht nur, wogegen wir sind. Wir stehen als Europäerinnen und Europäer für eine regelbasierte internationale Ordnung, und vor allen Dingen stehen wir für ein vorausschauendes, präventives Handeln.

Ja, wir wissen, „there is no glory in prevention“; aber je später wir handeln, desto teurer wird es. Das wird nirgendwo offensichtlicher als in der Klimakrise: Jedes Zehntel Grad weniger an Erderwärmung ist ein Beitrag zur menschlichen Sicherheit. Extreme Hitze, Trockenheit oder steigende Meeresspiegel können Regionen unbewohnbar machen. Indonesien plant deshalb bereits den Umzug seiner Hauptstadt. Deswegen machen wir als neue Regierung Klimaaußenpolitik jetzt zur Priorität.

Das Auswärtige Amt wird Deutschland nicht nur in den internationalen Klimaverhandlungen entscheidend mitprägen und führen, sondern das Auswärtige Amt wird – das ist unser kohärenter Ansatz in dieser neuen Bundesregierung – gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Klimaministerium, mit dem Ministerium für

wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, mit dem Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz verstärkt Klima- und Energiepartnerschaften ausbauen.

Und wir gehen die sicherheitspolitische Frage unserer Zeit, den Klimaschutz, gemeinsam mit unseren Partnern in der Welt an, und zwar auch hier präventiv. Das Gute ist – das ist die riesengroße Chance, die wir in einer vernetzten Welt haben –, dass wir dank neuer Technologien eigentlich bereits 20 Prozent der Katastrophen vorhersehen könnten, wenn wir zusammenarbeiten würden, wenn wir unsere Instrumente gemeinsam nutzen würden. Wettervorhersagen erlauben es uns heute zum Beispiel, schon Tage bevor ein Zyklon auf eine Küste trifft, Menschen, aber eben auch Hab und Gut zu evakuieren. Präventive humanitäre Hilfe kann Notlagen verhindern oder abschwächen und Ressourcen sparen. Das müssen wir gemeinsam nutzen.

Uns ist es daher ein zentrales Anliegen, dieses Prinzip des vorausschauenden Multilateralismus im Rahmen der G 7 weiter auszubauen und darüber hinaus gemeinsam strategisch zu investieren; denn die Milliardeninvestitionen anderer in Technologien innerhalb Europas, aber auch außerhalb Europas – sei es in Halbleitertechnik, in Medizintechnik oder in große Energieprojekte – sind nicht immer automatisch nur Wohltätigkeiten, sondern sie folgen auch einem geostrategischen Kalkül. Wir haben das auf deutliche Art und Weise bei der globalen Impfstoffverteilung gesehen. Ich sage klar und deutlich: Wir müssen hier auch als Europäerinnen und Europäer besser werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben als neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag formuliert – das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit –, eine Politik auf Höhe der gesellschaftlichen Realität zu machen. Das gilt auch in der Außenpolitik. Daher folgen wir dem Beispiel Kanadas und Schwedens und setzen eine Strategie für eine feministische Außenpolitik auf. Ja, ich weiß, manchen hier fällt es schwer, den Begriff auszusprechen, aber eigentlich ist es ganz simpel: Es geht um Reprä-

sentanz, es geht um Rechte, und es geht um Ressourcen. Denn wenn die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert oder bezahlt ist, sind Demokratien nicht vollkommen. Zum anderen erleben wir weltweit, dass der Abbau der Rechte von Mädchen und Frauen ein Gradmesser für das Erstarren von autoritären Kräften ist. Das gilt in ganz besonderer, in furchtbarer Art und Weise für Afghanistan. Deswegen war eine meiner ersten Maßnahmen, einen Aktionsplan für Afghanistan aufzulegen. Wir erleben dieser Tage eine absolute humanitäre Katastrophe. Deswegen müssen wir alles dafür tun, die humanitäre Hilfe zu verstärken. Ja, wir müssen auch – das haben wir gemeinsam hier mit vielen angeregt und als Koalition beschlossen – die Evakuierung aus Afghanistan und den Bundeswehreininsatz aufarbeiten und evaluieren. Aber ich sage ganz klar und deutlich an dieser Stelle: Die Innenministerin und ich als Außenministerin arbeiten vor allen Dingen mit Hochdruck daran, ein neues humanitäres Aufnahmeprogramm auf den Weg zu bringen, um jetzt dafür zu sorgen, die besonders Schutzbedürftigen zusätzlich – und das sind Frauen und Mädchen – aus Afghanistan herauszubringen. Das sind dicke Bretter. Dafür braucht es Zusammenarbeit. Dafür reicht eine Bundesregierung nicht, sondern dafür es braucht die Zusammenarbeit hier in diesem Hohen Hause mit Ihnen als Opposition, mit Ihnen als sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages.

Ich freue mich auf diese Zusammenarbeit und danke Ihnen für die gemeinsame Arbeit in den nächsten Jahren.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

**Die Unverrückbarkeit der Grenzen in Europa sind für uns nicht verhandelbar.**

**Es gibt keine Entscheidung über die Sicherheit in Europa ohne Europa.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

Dr. Johann David Wadephul, CDU:

## Es zeigen sich erste Bruchlinien in der Ampelkoalition



© Laurence Chaperon

Johann David Wadephul (\*1963)  
Landesliste Schleswig-Holstein

Frau Bundesministerin, weil es die erste Gelegenheit ist, mit Ihnen gemeinsam hier zu debattieren, zunächst einen Glückwunsch zu den Antrittsbesuchen in Paris, Brüssel, auch in Warschau – das war sehr wichtig –, zu dem Besuch in Washington und bei anderen internationalen Gremien. Sie haben den richtigen Ton getroffen. Sie haben sich klar für eine enge und verlässliche transatlantische Partnerschaft ausgesprochen, sich zur Verantwortung Deutschlands in der NATO bekannt und in Europa die ersten wichtigen Zeichen gesetzt. Auch der Koalitionsvertrag – das habe ich an anderer Stelle bereits gesagt – ist von einem erfreulichen Maß an Realismus

und Pragmatismus geprägt, jedenfalls in Worten. In diesem Sinne, Frau Außenministerin, biete ich Ihnen ausdrücklich die Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Fraktion an. Ich glaube, es ist wichtig, dass die demokratische Mitte dieses Hauses bei den wichtigen europäischen und internationalen Vorhaben und Herausforderungen zusammenarbeitet; die CDU/CSU ist dazu bereit.

Gleichwohl zeigen sich das wahre Ambitionsniveau und die konkrete Politik im Handeln: The proof of the pudding is in the eating. Der Koalitionsvertrag ist in diesem Sinne vierversprechend, im wahrsten Sinne des Wortes, und es zeigen sich auch erste Bruchlinien in der Ampelkoalition. Vielstimmigkeit ist aber genau das, was wir jetzt nicht brauchen; Sie haben selber von Kohärenz und von Realitäts-sinn gesprochen. Deswegen zu einigen Punkten ein paar Anmerkungen:

Stichwort „Russland“: Da steigt sich der Generalsekretär der größten Regierungsfraktion zu der Aussage, im Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine werde ein internationaler Konflikt herbeigeredet. Meine sehr verehrten Damen und Her-

ren, dieser internationale Konflikt ist durch einen immensen Truppenaufmarsch an der Grenze der Ukraine von Putin herbeige-föhren und nicht von uns herbeigeredet worden – demselben Putin, der schon die Krim annektiert hat, der die Souveränität der Ukraine im Osten ständig verletzt. Das war bisher die einhellige Meinung in Europa. Was ist dazu die Meinung der Ampelkoalition? Was ist die außenpolitische Position? Waffenlieferungen à la Habeck oder Geschichtsklitterung à la Kühnert?

Stichwort „China“: Sie haben sich zur Menschenrechtslage auch in Xinjiang klar geäußert, das auch problematisiert. Hier erwarten wir eine kohärente Position der gesamten Bundesregierung. Es ist nicht damit getan, dass zwei Ministerinnen – so lobenswert das im Ergebnis auch ist – sagen, dass sie nicht zu den Olympischen Spielen fahren. Wahrlich europäisch ist nur, wenn man das auf europäischer Ebene abstimmt und das gemeinsam mit den Partnerländern in Europa macht und nicht ein Teil-

kabinett eine singuläre Teilent-scheidung trifft. Also, da können Sie deutlich besser werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Stichwort „Europa“: Sie haben sich Größtes vorgenommen, die Vereinten Staaten von Europa – kleiner geht es nicht! –, um dann gleich beim Thema Taxonomie einen strikt nationalstaatlichen Kurs zu fahren. Liebe Ampelkoalitionäre, auch an der Stelle müssen Sie besser werden! – Ja, das tut Ihnen weh, liebe Grüne. Aber das ist nationalstaatlich gedacht, das ist nicht europäisch-staatlich gedacht. Da müssen Sie schon zur Kenntnis nehmen, dass die klare Mehrheit in Europa das anders sieht.

Und um die EU und ihre Handlungsfähigkeit steht es schlecht. Die wichtigsten Verhandlungen über die Zukunft der EU, über Europa werden derzeit in Genf geführt, von Russen und

Amerikanern. Europäer sitzen noch nicht einmal am Katzentisch. Was tun Sie denn dafür, dass wir dabei sind? Was sind denn Ihre Vorschläge, die dazu führen, dass wir dabei sind? Selbst Ralf Fücks, ein

Grüner, hat dazu Vorschläge gemacht, was man von Russland an der Stelle alles erwarten könnte: die Krim wieder freigeben; die Ukraine in Ruhe lassen; aufhören mit Mordanschlägen auf Oppositionelle aus Russland usw. usf.

An der Stelle denke ich oft an

Bruno Moravetz, der immer gefragt hat: Wo ist Jochen Behle? Ich frage mich: Wo ist Olaf Scholz? Wann fängt er endlich an, auch außenpolitisch? Wann fängt diese Bundesregierung endlich an – auch außenpolitisch –, Europa hier wieder voranzutreiben – natürlich gemeinsam mit Frankreich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen?

Diplomatie ist wichtig; das haben Sie gesagt. Aber Wolfgang Ischinger hat darauf hingewiesen, dass wir an der richtigen Stelle auch militärische Fähigkeiten brauchen. Wie steht es darum? Da setzen Sie einen besonderen Akzent im Koalitionsvertrag: Wir sollen bei der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags einen Beobachterstatus haben.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, niemand findet Atomwaffen gut. Nur, sie tragen zu unserer Sicherheit bei in Europa. Mit Ihrer Haltung begeben Sie sich auf eine vermeintlich moralisch bessere Position, während Amerikaner und Briten und Franzosen sozusagen die Schmutzarbeit machen dürfen. Nein, so ist es nicht.

Das sind unsere Partner. Wer wahrlich europäisch denkt und im Bündnis denkt, der stellt unsere Bündnispartner nicht in ein schlechtes Licht, sondern leistet einen eigenen Verteidigungsbeitrag und würdigt, was andere für unseren Frieden und unsere Freiheit leisten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Niemand findet Atomwaffen gut. Nur, sie tragen zu unserer Sicherheit bei in Europa.**

Dr. Nils Schmid, SPD:

## Diplomatie und Deeskalation betreiben



© Susie Knoll

Nils Schmid (\*1973)  
Landesliste Baden-Württemberg

Mein persönliches Highlight in den Koalitionsverhandlungen war der Moment, als wir über Friedenspolitik geredet haben. Da kam ganz spontan von den Grünen: „Ja,

klar, kennen wir“, und auch aus den Reihen der FDP hieß es: „Das haben wir doch schon immer so gemacht“; Erinnerung an die sozial-liberale Koalition, Entspannungspolitik, Bemühungen um Ausgleich und Frieden in Europa, Bemühungen um Abrüstung. Auch in Fragen von Krieg und Frieden haben die drei Parteien der Ampel in der deutschen Geschichte wichtige Wegmarken gesetzt: das Nein von Rot-Grün unter Schröder zum Irakkrieg und die maßgeblich auf Herrn West-

welle zurückzuführende Enthaltung der damaligen Regierung bei der Libyen-Intervention. Das zeigt: Die gemeinsame Basis dieser Regierungskoalition ist der Einsatz für Frieden, sind Bewahrung, Förderung und, wenn notwendig,

auch Wiederherstellung von Frieden, und das auf Grundlage der festen Verankerung im Atlantischen Bündnis und in der EU.

Es geht uns in der Tat auch um konkrete Fortschritte bei der Abrüstung. Deshalb habe ich auch gar nichts dagegen, hat auch diese Bundesregierung gar nichts dagegen, dass die USA und Russland endlich wieder einen Dialog über strategische Stabilität führen, über die Wiederinkraftsetzung von Rüstungskontrollverträgen oder über die Begrenzung von atomarer Rüstung, sei es der INF-Vertrag in Europa, sei es der Ver-

trag zur Verringerung strategischer Atomwaffen.

Es ist gut, dass diese Regierung sich aufmacht, den Atomwaffenverbotsvertrag politisch zu begleiten durch Einnahme eines Beobachterstatus. Ich muss sagen, Herr Wadephul: Der Widerstand, den Sie aus den Reihen der Union gegenüber diesem Schritt formuliert haben, erinnert mich an die Auseinandersetzung vor etwa 50 Jahren, als es darum ging, ob die Bundesrepublik Deutschland dem Nichtverbreitungsvertrag beitreten soll. Es war damals, Ende der 60er-Jahre, auch die Frage: Kriegen wir das hin mit der CDU/CSU? Die CDU/CSU hat es blockiert. Die Regierung Brandt hat es dann hinbekommen, auch ohne die Partner vor den Kopf zu stoßen. Genau das Gleiche wollen wir auch beim Atomwaffenverbotsvertrag: über den Beobachterstatus die Verbannung von Atom-

waffen aus dieser Welt vorantreiben.

Schließlich wollen wir uns auch selber in die Pflicht nehmen durch die Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes, mit dem wir endlich auf gesetzlicher Grundlage eine restriktive Waffenexportpolitik in Deutschland durchsetzen wollen.

Sie haben vollkommen recht – die Ministerin hat es angesprochen, der Kollege Wadephul auch –: Der Frieden in Europa ist bedroht; er ist bedroht durch die Aggression Russlands, aktuell durch den Truppenaufmarsch Russlands in der Nachbarschaft der Ukraine. Es ist richtig, dass sowohl aus der Bundesregierung als auch aus den Reihen der Koalitionsfraktionen darauf hingewirkt wird, dass wir jetzt Diplomatie und Deeskalation betreiben, im N4-Format, um die konkreten Fortschritte beim Waffenstillstand, bei der Entflechtung der Streitkräfte im Konfliktgebiet voranzubringen, und bei der OSZE, um ihre Mission im Donbass zu unterstützen und weitergehende Schritte zur Frage der

**Die gemeinsame Basis dieser Regierungskoalition ist der Einsatz für Frieden.**



Stationierung konventioneller Streitkräfte in Europa zu machen.

Genauso klar ist – auch das hat Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung noch einmal betont –: Eine Aggression Russlands wird Sanktionen nach sich ziehen. Alle Optionen liegen auf dem Tisch: verschiedene Sanktionen wie persönliche Sanktionen und sektorale Sanktionen, die auch den Energiesektor betreffen können. Alles ist mit den Europäern und unseren Partnern in den USA abgestimmt.

Genau in diesem Sinne können wir durch Geschlossenheit dann die russische Aggression zurückdrängen und hofentlich – denn das muss ja das Ziel sein – das Waffenstillstandsabkommen von Minsk auch endlich umsetzen. Das ist unsere Linie, und die werden wir mit großer Geschlossenheit vorantreiben. Olaf Scholz hat im Wahlkampf festgehalten: Die Europäische Union liegt in unserem wichtigsten nationalen Interesse. – Deshalb haben wir uns sehr viel vorgenommen zur Stärkung der europäischen Souveränität, zu-

**Wir haben uns sehr viel vorgenommen zur Stärkung der europäischen Souveränität.**

sammen vor allem mit dem wichtigsten Partner innerhalb der EU, mit Frankreich. „Souveränität“ heißt:

Handlungsfähigkeit Europas nach innen wie nach außen. Da geht es um Diplomatie. Es geht auch um militärische Fähigkeiten. Aber vor allem geht es darum, kraftvoll in Innovationen, in neue Technologien, in zukunftsfähige Arbeitsplätze zu investieren, neue Technologien in Europa zu beheimaten, Handelspolitik fair und gerecht zu gestalten, die internationale Währungs- und Finanzpolitik mit einem starken Euro zu gestalten. Diese europäische Souveränität ist die Voraussetzung dafür,

dass in dem vielbeschworenen Systemwettbewerb zwischen Demokratien und autoritären Systemen die Europäer, die Demokratien die Oberhand behalten können. Es geht darum, dass wir konkret unseren Bürgerinnen und Bürgern und auch der Welt beweisen, dass eine Demokratie in der Lage ist, für Prosperität, Gleichheit und Gerechtigkeit und auch für Innovation zu sorgen, dass wir es vielleicht sogar besser hinbekommen

als autoritäre Systeme.

Der Systemwettbewerb wird nicht über die Anzahl der Raketen gewonnen. Er wird gewonnen über die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft im internationalen Vergleich. Da können wir nur vorankommen und gewinnen, wenn die Europäische Union geschlossen die europäische Souveränität ausbaut.

Deshalb ist das Starren auf China zwar richtig; denn es ist eine Herausforderung. Aber die Frage richtet sich immer an uns selbst: Kriegen wir es selber hin? Kriegen wir es als demokratisch verfasste Gesellschaften hin, dass wir auch in Zukunft einen hohen Lebensstandard und eine gerechte Gesellschaft organisiert bekommen? Deshalb ist mit Blick auf China die europäische Souveränität so wichtig wie die europäische Indopazifik-Strategie, wie die konkreten Schritte, die wir vor Ort gehen wollen.

Ich will zum Schluss mit Blick auf China eines sagen: Was ich mit großer Sorge betrachte, ist der Rüstungswettlauf in der Region selbst, in Ostasien. Ich glaube, bei aller Notwendigkeit, robust dagegenzuhalten, wird es entscheidend darauf ankommen, den Gedanken der kollektiven Sicherheit



**Eine stärkere EU ist nicht nur für die deutsche Außenpolitik von großem Interesse.**

© picture alliance / Winfried Rothemel

auch stärker nach Ostasien zu bringen. Das gehört für mich zu einer klugen Indopazifik-Strategie dazu.

Herzlichen Dank für Ihre Auf-

merksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Petr Bystron, AfD:

## Regierung muss sich bei außenpolitischer Tradition festlegen



**Petr Bystron (\*1972)**  
Landesliste Bayern

Noch haben wir keinen Krieg vom Zaun gebrochen; das hat ein grüner Kollege zu mir gesagt auf die Frage: Wie ist das jetzt so, nach 20 Jahren wieder in der Regierung zu sein? – Ja, in der Tat, es war der grüne Außenminister Fischer, der damals in den 90er-Jahren deutsche Soldaten in den ersten Kriegseinsatz seit 1945 geschickt hat. Dabei sind die Grünen damals auf dem Ticket der Friedensbewegung in den Bundestag reingekommen. Das zeigt, dass die

Grünen damals wie heute innenpolitische Heuchler und außenpolitische Kriegstreiber waren.

Beides, die Heuchelei und die Kriegstreiberei, bestätigen auch schon die ersten öffentlichen Ausführungen von Ministerin Baerbock. Schauen Sie mal, Sie haben angeblich Sorgen um die Einhaltung der Menschenrechte. Vor noch nicht einmal zwei Tagen haben Sie gesagt: In Kasachstan wurden das Internet und die sozialen Medien eingeschränkt. – Dabei werden hier in Deutschland freie Medien zensiert, wird die Arbeit von freien Journalisten behindert, werden Kanäle freier Medien abgeschaltet und der Opposition sogar gelöscht. Ausländischen Fernsehsendern wird keine Sendelizenz erteilt. Und neueste Nachricht: Telegram soll abgeschaltet werden, nur weil sich die Opposition darin verabredet. Dazu kein Wort! Menschenrechte spielen da keine Rolle. Aber wenn in Kasachstan für zwei Stunden das Internet abgeschaltet wird, oh, dann sind die Menschenrechte in Gefahr. Wer soll

Ihnen das bitte schön abkaufen?

Das Gleiche gilt für die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit in Kasachstan. Aber dass hier in Deutschland jeden Tag Zigtausende Menschen gegen Ihre Regierung demonstrieren wollen und deren Versammlungsfreiheit behindert wird, dazu kein Wort von Ihnen!

Liebe Kollegen von der FDP, gerade Sie, Graf Lambsdorff, und von der SPD, ich muss Sie fragen: Wie konnten Sie das zulassen, wirklich? Die deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit war immer von großen Staatsmännern geprägt, und es war nach den zwei verlorenen Kriegen eine Außenpolitik, die auf Frieden ausgelegt war, angefangen mit Stresemann, der 1926 die Wiederaufnahme in den Völkerbund bewirkt hat, gekrönt durch Hans-Dietrich Genscher und die Wiedervereinigung, dazwischen Wal-

ter Scheel mit der Aufnahme in die Vereinten Nationen und Willy Brandt mit der Versöhnung mit dem Osten, Frieden mit der Sowjetunion trotz der Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges.

Diese Politik wurde auch honoriert. Deutschland wurde in die Weltgemeinschaft wieder aufgenommen, und die beiden Politiker Stresemann und Brandt haben den Friedensnobelpreis bekommen. Auf der anderen Seite haben Sie die Tradition der Grünen mit dem ersten Kriegseinsatz seit 1945.

Herr Schmid, das ist Geschichtsklitterung, was Sie hier gerade betrieben haben.

Sie haben versucht, die Grünen in die sozial-liberale außenpolitische Tradition einzugemeinden.

**Die deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit war immer von großen Staatsmännern geprägt.**

Also, was waren die ersten Eckpunkte der Außenministerin Baerbock? Das größte Land der Welt, Russland – sofort Konfrontation! Wichtigstes

deutsch-russisches Projekt, Nord Stream 2 – verhindern! 70 Prozent der Energie zur Deckung unseres Bedarfs müssen wir importieren. Russland ist mit Abstand der wichtigste Lieferant, und Sie gehen in die Konfrontation mit diesem Land. Das geht so

nicht!

Das Gleiche gilt für China, das bevölkerungsreichste Land der Welt. Sie legen sich gleich mit China an, kritisieren das Land wegen des Umgangs mit den Uiguren, wollen die Olympischen Spiele boykottieren. Welche Hybris! „VW ohne China ‚nicht mehr vorstellbar‘“ schreibt das „manager magazin“. Vier von zehn deutschen Autos gehen in den Export nach China. Wessen Interessen vertreten Sie, Frau Baerbock? Die der deutschen Bevölkerung und der deutschen Industrie sind es nicht!

Herr Dr. Wadehul, Sie haben vorhin den Kanzler in die Pflicht genommen. Ich finde, da haben Sie Recht. Der Bundeskanzler muss sich jetzt entscheiden, in wessen Tradition die deutsche Außenpolitik stehen soll: in der der großen Versöhner und Diplomaten Scheel und Genscher – und der Friedensnobelpreisträger Stresemann und Brandt – oder des Straßenschlägers, Steinerwefers und Kriegstreibers Fischer. Das ist hier die Frage.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Christian Petry [SPD]: Und das von so einem Faschisten! Meine Güte! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Setzen Sie die Maske auf, und gehen Sie!)

Alexander Graf Lambsdorff, FDP:

## Ziel dieser Koalition ist eine wertorientierte Außenpolitik



Alexander Graf Lambsdorff (\*1966)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es ist merkwürdig, zwischen der AfD und Gregor Gysi zu reden. Das ist, wie zwischen den Chefredakteuren von Russia Today und der „Komsomolskaja Prawda“ zu reden. Es ist eine etwas originelle Situation. Deswegen wollen wir mal damit starten, zu sagen, dass gute Politik mit dem Betrachten der Realität beginnt.

An der Grenze zur Ukraine zieht die russische Regierung 100 000 Soldaten, schweres Gerät und Luftfahrzeuge zusammen. In Genf treffen sich Russland und die USA zu Gesprächen. Es geht um Sicherheitsgarantien, Truppenbewegungen; es geht um Kurz- und Mittelstreckenraketen. Kurz: Es geht um Europas Sicherheit.

In Kasachstan lässt ein autoritä-

rer Herrscher auf Demonstranten schießen. In Belarus missbraucht ein Diktator zynisch die Lebensträume zahlreicher Menschen für einen Angriff auf die Europäische Union. In Mali unterstützen Wagner-Söldner und jetzt auch russische Soldaten die Militärregierung, während diese Wahlen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebt. Das ist alles sehr real.

Wer also in diesen Tagen die Realität betrachtet und genug Erfahrung mitbringt, fühlt sich an die Jahre des Kalten Krieges erinnert: globale Spannungen, teilweise harte Systemrivalität, Stellvertreterkonflikte, aber glücklicherweise keine große militärische Auseinandersetzung, kein heißer Krieg.

Dabei ist die internationale Lage heute sogar unübersichtlicher als zu Zeiten der Blockkonfrontation. Die Weltgemeinschaft, unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften sind vernetzter als in den 70er- und 80er-Jahren, aber gerade deshalb auch verwundbarer. Das macht die Lage eher noch schwieriger. Zu alten und bekannten Gefahren treten neue Risiken wie hybride Kriegsführung, Hy-

perschallwaffen und Terrorismus. Auch der Klimawandel hat eine sicherheitspolitische Dimension. Der Aufstieg Chinas fordert die freiheitlichen Demokratien heraus. Gleichzeitig geraten die Werte der Aufklärung – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat – weltweit unter Druck, auch bei uns in Europa.

Wir erleben nicht einfach eine Wiederholung bekannter historischer Prozesse. Frau Baerbock hat es gesagt: Wir gehen nicht in einen neuen Kalten Krieg. Nicht ein Großkonflikt wird in den näch-

**Nicht ein Großkonflikt wird in den nächsten Jahren prägend sein, sondern mehrere.**

sten Jahren prägend sein, sondern mehrere. Bekannte Strukturen der Weltordnung zerfallen dabei. Gültige Normen werden missachtet. Das Recht des Stärkeren tritt immer häufiger an die Stelle der Stärke des Rechts.

Dieser Wandel fordert Deutschland massiv heraus. Wir müssen Außenpolitik neu denken, teilweise auch in Kategorien, die uns gesellschaftlich mitunter schwerfallen, wie Geopolitik, Abschreckung, Resilienz.

Die Zielsetzung dieser Koalition ist klar: Wir wollen eine wertorientierte Außenpolitik; aber wir

haben im Koalitionsvertrag auch für die schwierigen Fragen wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Und ja, Johann Wadephul, auch in den nuklearen Fragen ist der Koalitionsvertrag eindeutig und bündnistreu. Wir haben das in der letzten Debatte bereits herausgearbeitet.

Im Herbst werden wir eine nationale Sicherheitsstrategie vorlegen: eine Gesamtstrategie, die unsere Werte und Interessen, unsere Ziele und Prioritäten ausbuchstabiert und transparent macht. Das wird die Bundesregierung fordern, aber auch uns hier im Deutschen Bundestag; denn dem Parlament kommt in diesem Prozess eine wichtige Rolle zu, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kernbegriffe des Koalitionsvertrages sind „strategische Souveränität“ und „strategische Solidarität“. Mit Blick auf die Gespräche in Genf scherzte „Politico“ diese Woche: Die Verhandlungen zwischen den USA und Russland seien die wahre Konferenz zur Zukunft Europas. Eine Konferenz ohne die EU entscheidet über wichtigste Weichenstellungen in Europa. Die wirkliche europäische Zukunftskonferenz von EU-Institutionen und Mitgliedstaaten wird mit diesem Wortspiel abgewertet. Das werden wir nicht zulassen; das kann ich Ihnen versichern. Denn, an die Kolleginnen und Kollegen von CDU und CSU: Der europapolitische Ehrgeiz der Ampel ist

definitiv größer als der der GroKo. Wir haben keine Angst vor mehr Europa. Im Gegenteil: Die Ereignisse dieser Woche zeigen doch dem Letzten, wie wichtig es ist, die europäische Souveränität strategisch zu stärken.

Wir wollen und müssen weniger abhängig, weniger verwundbar werden: in der äußeren Sicherheit, aber auch bei Energieversorgung, Rohstoffimporten und digitaler Technologie, meine Damen und Herren. Die Koalition hat sich auch das Ziel gesetzt, das Transatlantische Bündnis zu erneuern. Wir wollen mehr Westen wagen. Wir unterstützen Initiativen wie die Allianz der Demokratien. Wir werden die Beziehungen zu unseren freiheitlichen Wertepartnern weltweit

**Der Aufstieg Chinas fordert die freiheitlichen Demokratien heraus.**

ausbauen und vertiefen. Gerade im Systemwettbewerb mit autoritär regierten Staaten wollen wir Solidarität mit unseren demokratischen Partnern üben. Das heißt für uns zum Beispiel: Staaten wie Australien, Litauen. Für uns heißt strategische Solidarität, unseren Partnern weltweit beizustehen, wenn sie von Ländern wie China unter Druck gesetzt werden, oder wie ganz konkret im Moment der Ukraine, wenn der Druck von Russland ausgeht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Gregor Gysi, Die Linke:

## Wir brauchen gute Beziehungen zu den USA, Russland und China



Gregor Gysi (\*1948)  
Wahlkreis Berlin-Treptow-Köpenick

Sie, Frau Außenministerin, haben eine wertebasierte und deutlich hörbare Außenpolitik angekündigt. Dazu habe ich eine Frage. Julian Assange sitzt

jetzt seit mehr als 1 000 Tagen in Isolationshaft in Großbritannien. Im Wahlkampf waren Sie deutlich hörbar dafür, seine Auslieferung zu verhindern und seine Freilassung zu erreichen; denn er deckte Kriegsverbrechen der USA auf. Aber nicht die Kriegsverbrecher sollen zur Verantwortung gezogen werden, sondern er soll in den USA verurteilt werden.

Nun gab es das erste Urteil, das die Auslieferung ablehnte. Als Sie Ministerin wurden, kam das zweite Urteil, das die Auslieferung anordnete. Sie haben nichts dazu gesagt. Sehen Sie, das führt dazu, dass Politikerinnen und Politiker immer unglaubwürdiger werden. Sie hatten vor dem Eintritt in das Ministeramt eine Meinung. Viel-

leicht haben Sie sie jetzt auch noch; aber Sie äußern sie nicht mehr. Genau das geht nicht, wenn man eine wertebasierte Außenpolitik machen will. Ich bin auch für gute Beziehungen zu den USA und zu Großbritannien; aber Duckmäusertum hilft dabei nicht weiter.

Im Koalitionsvertrag steht, dass es ein Ziel ist, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr zu bekommen. Ich kann davor nur warnen. Der US-Drohnenkrieg forderte Tausende zivile Opfer, wie die „New York Times“ jetzt ent-

hüllt hat. Glauben Sie eine Sekunde daran, mit bewaffneten Drohnen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte durchsetzen zu können? Es ist eine reine Angriffswaffe, und das steht im Widerspruch zum Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes.

Jetzt komme ich zu Russland. Auch uns stört der massive Aufmarsch der Soldaten an der Grenze zur Ukraine. Aber wir dürfen eins nie vergessen, Graf Lambsdorff: Nicht die Sowjetunion hat Deutschland im Zweiten Weltkrieg überfallen, sondern Deutschland hat die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg überfallen. Das kostete dieses Land 27 Millionen Opfer.

1962 gab es die Kuba-Krise. Bei dieser Kuba-Krise war zwischen der Sowjetunion und Kuba vereinbart worden, dass sowjetische Raketen unter sowjetischer Kontrolle auf Kuba

aufgestellt werden. Als die Schiffe unterwegs waren, rief Kennedy Chruschtschow an und sagte, das könne er nicht zulassen. Er müsse die Schiffe beschließen, weil das die Sicherheit der USA gefährde, und dann gebe es einen dritten Weltkrieg. Daraufhin hat

Chruschtschow glücklicherweise die Schiffe umdrehen lassen. Dafür haben die USA Raketen aus der Türkei abgezogen.

Auch heute wäre das so. Stellen Sie sich doch mal vor, drei souveräne Staaten, Russland, Mexiko und Kuba, vereinbarten, dass russische Soldaten auf Kuba und in Mexiko mit russischen Waffen stationiert würden. Niemals würden die USA das hinnehmen und die NATO auch nicht. Warum billigen und billigen Sie den USA einen Sicherheitsabstand zu, aber Russland nicht? Das ist nicht nachvollziehbar.

Was die Ukraine betrifft: Russland verletzt Minsk II, aber die Ukraine auch. Warum erwähnen Sie immer nur das eine und nie das andere?

**Julian Assange sitzt jetzt seit mehr als 1 000 Tagen in Isolationshaft in Großbritannien.**

Und noch was: Es gab ein Axiom in der NATO, dass kein Staat aufgenommen wird, der in einem Territorialkonflikt ist. Die Ukraine ist in einem Territorialkonflikt. Das kann ganz schnell zum Bündnisfall führen. Die Europäische Union ist aber etwas anderes. Damit kann man auch

ihre Sicherheit erhöhen.

Putin ist heute zweifellos negativer als früher. Aber 2001 hat er hier im Bundestag gesprochen und die Zusammenarbeit auf allen Gebieten angeboten, und der Westen war zu arrogant, darauf einzugehen. Das ist der Punkt.

Sie haben sich auch zur Frie-

denspolitik bekannt, Frau Außenministerin; das finde ich völlig richtig. Aber dann muss endlich und sofort die Bundeswehr aus Mali abgezogen werden. Wir haben die Offiziere ausgebildet, die dort Putsche begehen. Die Staaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, ECO-

WAS, schließen die Grenzen zu Mali, ziehen ihre Botschafter ab, und wir bilden weiter aus. Das geht einfach nicht.

Und letztlich: Wir brauchen eine gute Beziehung zu den USA, zu Russland und zu China. Dazu muss man Vertrauen herstellen. Wir haben zu allen drei Staaten

keine guten Beziehungen, und das geht nicht. Wir brauchen diesbezüglich, so wie Biden es gesagt hat, endlich wieder das Völkerrecht und die Diplomatie.

(Beifall bei der LINKEN)

Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen:

## Wir müssen Europas Souveränität stärken



Jürgen Trittin (\*1954)  
Landesliste Niedersachsen

Lieber Gregor, du solltest wissen, dass Russland nicht die Sowjetunion ist. Die Sowjetunion hat die Schlussakte von Helsinki unterschrieben. Der damalige Generalsekretär Gorbatschow hat selber den Grundsatz,

dass jedes Land frei ist, sein Bündnis zu wählen, unterschrieben, und da lobe ich mir die Sowjetunion gegenüber der Politik von Russland unter Putin.

Zweite Bemerkung: Ja, wir müssen Europas Souveränität stärken. Das ist das Motto, unter das Emmanuel Macron in Frankreich seine Präsidentschaft gestellt hat. Aber dann müssen wir uns auch eigenständig bewegen können. Es ist eine richtige Überlegung von Macron, zu sagen: Lasst uns Initiativen ergreifen, dass dieses Europa nicht mehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen nuklearen Charakters bedroht ist. Darüber müssen wir in Verhandlung treten. Das ist europäische Eigenständigkeit. Ich kann überhaupt nichts Schlimmes daran erkennen, werter Kollege Wadephul,

wenn Deutschland gerade in diesem Bemühen um nukleare Abrüstung als zweiter Mitgliedstaat der NATO neben Norwegen – da kommt übrigens der NATO-Generalsekretär her – Mitglied des Atomwaffenverbotsvertrages mit Beobachterstatus wird, und Sie werden erleben, dass diese Koalition genau das auf den Weg bringt.

Ich wäre an Ihrer Stelle sehr, sehr vorsichtig, in der Frage China die Ministerin zu kritisieren. Sie sind für eine Kanzlerin verantwortlich, die einen 16 Jahre langen Sonderweg Deutschlands gegenüber China zu verantworten hat, bei dem im-

mer und regelmäßig die Frage der Wirtschaftsinteressen anders gewichtet wurde als die der Werte.

Und wie wir mit der neuen Regierung mit dieser Frage umgehen, das können Sie an einem kleinen Beispiel sehen. Als Herr Tokajew erklärt hat, er erteile einen Schießbefehl auf Demonstranten und andere, da war es diese Bundesregierung, die umgehend jede Form von Rüstungsexporten abgestellt hat. Sie haben jahrelang an Saudi-Arabien, an die Täter des Jemen-Krieges und zuletzt, auf den letzten Drücker, an Ägypten Waffen geliefert. Das ist eben der Unterschied. Deswegen wollen wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz in diesem Lande durchsetzen.

**Wir wollen ein Rüstungsexportkontrollgesetz in diesem Lande durchsetzen.**

Letzte Bemerkung: Guter Europäer wird man nicht dadurch, dass man immer in der Mehrheit ist. Zu einem guten Europäer gehört, dass man auch mal eine bittere Niederlage

erleidet, wie wir sie als Bundesregierung in der Frage der Taxonomie erlitten haben. Das werden wir wahrscheinlich nicht aufhalten können. Aber ich finde auf der anderen Seite auch, Sie sollten der Realität ins Auge sehen. Das wird übrigens nichts daran ändern: Beim Klimaschutz wird am Ende niemand auf Atomkraft setzen, weil das zu teuer ist. Im letzten Jahr sind 250 Gigawatt erneuerbare Kapazität weltweit ans Netz gegangen, aber nur 0,5 Gigawatt – 0,5! – nukleare. Das hat damit zu tun, dass die Kilowattstunde Strom aus erneuerbaren Energien für 2 bis 3 Cent produziert werden kann, während sie aus Atomkraft für 20 bis 30 Cent produziert werden kann.

Und das ist der Grund, warum diese Bundesregierung sich dafür einsetzen wird, dass die G 7 eine klare Initiative zum Ausbau erneuerbarer Energien in der Welt – und übrigens auch in Bayern – ergreifen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Patricia Lips, CDU:

## Europa braucht ein starkes Deutschland



Patricia Lips (\*1963)  
Landesliste Hessen

Von Klima bis China, wenn Sie mir diese Formulierung erlauben, von Geldwertstabilität über wirtschaftliche Prosperität bis zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik: Nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir im globalen Wettbewerb bestehen.

Europa braucht ein starkes Deutschland; aber um das zu sein, brauchen wir als größtes Land ein funktionierendes Europa, und ich glaube, darüber sind sich hier im Haus zumindest die allermeisten einig.

Basis hierfür bilden klare Regeln, die Achtung selbstgegebenen Rechts. Unser Ziel muss es doch sein, das Vertrauen und damit die Akzeptanz der Menschen in die handelnden Institutionen zu erhalten. Frau Ministerin, Sie haben das Wort „regelbasiert“ genutzt, mehrfach. Ich habe mich darüber gefreut. Wir werden Sie daran messen.

Dies ist im Übrigen auch untrennbar mit dem Handeln in unserem eigenen Land verbunden. Nur zwei Beispiele: Wenn wir eine Stärkung gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik wollen, dann müssen wir doch auch im

eigenen Land bereit sein, Mittel bereitzustellen und damit Verantwortung zu übernehmen. Das hat etwas mit der Stärkung auch der europäischen Souveränität zu tun. Sind Sie – wie wir – alle dazu bereit? In der Vergangenheit jedenfalls war dies nicht immer der Fall.

Wenn wir Geldwertstabilität – Herr Schmid, Sie nannten den Begriff „starker Euro“ zu Recht – wollen und die Inflation aktuell vielen von uns zu Recht Sorgenfalten auf die Stirn treibt, dann muss uns doch auch der weitere Umgang mit Themen wie dem Stabilitäts- und Wachstumspakt beschäftigen. Sind Sie sicher, dass hier in Teilen der Ampel in diesen Tagen die richtigen Signale gesendet werden?

Ich erinnere daran: Erst vor Kurzem haben auch wir den Weg frei gemacht, hier in diesem Hause, zu einem gemeinsamen Wiederauf-

bau innerhalb der EU nach der Coronakrise. Es wurden Mittel in historischer Dimension zur Verfügung gestellt, mit dabei ein Paradigmenwechsel: die Aufnahme von Schulden durch die Europäische Union. Die Spielregeln dafür waren glasklar. Wenn Sie dabei bleiben, die damaligen Bedingungen einzuhalten, auch in dieser Koalition, dann haben Sie uns an Ihrer Seite. Wenn Sie jedoch in diesen Tagen parallel eine Diskussion beginnen, die zu einer Neuregelung oder gar Aufweichung der Stabilitätskriterien im Grundsatz geradezu auffordert, also in einer Zeit, in welcher der beschriebene Prozess gerade erst seinen Anfang genommen hat, dann endet diese Diskussion in maximaler Irritation und Verunsicherung. Dann müssen Sie ebenso klar sagen, wo Sie damit hinwollen.

**Nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir im globalen Wettbewerb bestehen.**

Kolleginnen und Kollegen, es gibt keine guten oder schlechten Schulden, je nach politischen Schwerpunkten oder Wetterlagen.

Die Basis für stabiles Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und damit verbunden soziale Sicherheit liegt immer in einer nachhaltigen Finanzpolitik, ob in Berlin oder in Brüssel. Sie bildet die Grundlage für die Einzelthemen, die es unstrittig zu benennen gilt und die auch erwähnt wurden. Am Ende hat es auch ganz viel mit Generationengerechtigkeit zu tun.

Ein weiteres Thema. Sie wollen die Mitwirkungsmöglichkeiten des Deutschen Bundestages am Geschehen in Europa stärken. Hier haben Sie uns an Ihrer Seite. Gleichzeitig liebäugeln Sie in Ihrem Koalitionsvertrag mit einem föderalen Bundesstaat Europa. Kolleginnen und Kollegen, dann müssen Sie aber auch klar benennen, an welchen weiteren Stellen Sie nationale Souveränität aufgeben wollen. Oder besser gefragt: Wo lassen Sie diese Souveränität bei anderen bereits heute ein-

Fortsetzung auf nächster Seite

gentlich nicht mehr zu? Das Beispiel wurde doch schon genannt: der Entwurf der EU-Kommission zur Taxonomie, sprich: dem Nachhaltigkeitssiegel für Energieformen. Ich sage das jetzt ohne Bewertung; aber lösen wir die großen Herausforderungen, vor de-

nen Europa in seiner Vielfalt steht – historisch in Teilen völlig unterschiedlich gewachsen –, mit nationalstaatlicher Ideologie oder auch all- zumal mit der Macht des Möglichen? Wie ist bei diesem konkreten Thema Ihr Beitrag für einen Zusammenhalt der Gemeinschaft,

und wie geht es weiter?

Alles in allem haben wir die Frage zu beantworten: Welche Rolle muss dieser Kontinent in Zukunft spielen, um Wohlstand und Sicherheit für seine Menschen in den Mitgliedstaaten auch weiterhin zu gewährleisten in einer

Welt, die sich gerade neu sortiert? In Ihrem Koalitionsvertrag sehen wir viele wohlfeile Worte. Es wird umso spannender sein, zu sehen, wie Sie sie konkret mit Leben erfüllen. Allein die vergangenen Tage jedenfalls lassen für uns manche Zweifel aufkommen, wenn es

um die Substanz geht. Wo es möglich ist, bieten wir Zusammenarbeit an. Aber alles andere werden wir kritisch hinterfragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Axel Schäfer, SPD:

## Europäische Einigung ist das wichtigste nationale Interesse



Axel Schäfer (\*1952)  
Wahlkreis Bochum I

Ja, liebe Kollegin Lips, das ist ein gutes Angebot zur Zusammenarbeit. Und ja, Sie können sicher sein, dass dieser Bundeskanzler Europa kann. Ebenso wie Willy Brandt als Außenminister, ebenso wie Helmut Schmidt als Finanz- und Wirtschaftsminister kommt er in dieses Amt, nachdem er im Europäischen Rat schon gezeigt hat, was Europa für ihn bedeutet. Sie haben zu Recht auf den Wiederaufbaufonds hingewiesen. Olaf Scholz kann Europa. Deshalb können wir auch in dieser Koalition, auch mit dieser Außenministerin Europa voranbringen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Sagen wir es auch mal ganz klar: Dieser Koalitionsvertrag ist das integrationsfreundlichste Dokument, das wir seit vielen, vielen Jahren in diesem Hause beschlossen haben, weil es darauf setzt, dass wir als Teil dieser Gemeinschaft in unserem ureigensten Interesse Politik machen auf einem Kontinent, der auch in Zukunft prägend sein soll und der sich in dieser Welt selbst behauptet.

Hier ist die Frage gestellt worden, wo wir hinwollen. Natürlich ist immer auch der Weg das Ziel, aber tatsächlich wollen wir in Richtung eines europäischen Bundesstaates, einem föderalen Staat. Die Konferenz zur Zukunft Europas ist so wichtig, weil wir in Diskussionen mit Abgeordneten aus anderen Ländern, aber vor allen Dingen auch mit den Bürgerinnen und Bürgern klarstellen wollen: Das wichtigste nationale

Interesse ist nicht mehr die Souveränität, sondern das wichtigste nationale Interesse ist die europäische Einigung.

Was bedeutet das in der Praxis? Als erstmals für den Reichstag eine Wahl anstand, im Jahre 1866, stand im Programm meiner Partei der Satz, dass man unter deutscher Einheit auch versteht, zu einem solidarischen europäischen Staat zu kommen. Das wollen wir heute genau so. Stellen wir uns doch mal vor, wo wir heute in Europa stünden, wenn wir 1866 diesen Weg beschritten hätten statt der Kriege und der Weltkriege. Deshalb ist es für uns so wichtig, dass wir das gemeinsame Europa in diesem Parlament zusammen mit den Fraktionen – außer der AfD – voranbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europäisierung ist immer Demokratisierung, und Demokratisierung ist vor allem Parlamentarisierung. Die SPD steht dabei in einer besonderen Verpflichtung. Schon 1964 hat der Abgeordnete Karl Mommer im

Bundestag den Gesetzentwurf für die Direktwahl des Europäischen Parlaments eingebracht. Leider sind wir damals noch an CDU/CSU und FDP gescheitert. Es hat 16 Jahre und zweier sozialdemokratischer Kanzler in Europa bedurft, bis wir das dann durchgesetzt hatten. Gott sei Dank!

Bei der Europapolitik wird daher auch wichtig sein, dass dieser Deutsche Bundestag sich weiterhin als Partner und als Interessenvertreter des Europäischen Parlaments versteht, nach dem Prinzip „Miteinander arbeiten und voneinander lernen“. Das hat ganz praktische Konsequenzen für uns, über die wir reden sollten. Ich bin wirklich gespannt, ob das über die Koalition hinaus auch breitere Zustimmung findet.

Erstens. Wir brauchen eine bessere Öffentlichkeit. Dazu gehört die Öffentlichkeit in Ausschusssitzungen. Wir sollten im Europaausschuss damit anfangen. Wir haben mit Toni Hofreiter jetzt einen guten Vorsitzenden gewählt. Wir sollten auf diese Weise deut-

lich machen, dass das insgesamt dazugehören sollte und dass umgekehrt nichtöffentliche Sitzungen die Ausnahme bilden sollten. So funktioniert die Regel auch im Europäischen Parlament, inklusive der Anhörungen, die dort zum Beispiel mit Bankpräsidenten, Kommissaren und den Regierungsmitgliedern stattfinden. Das machen wir ohnehin.

An dieser Stelle sollten wir stolz darauf sein, was bereits gelungen ist, damals auf Initiative von Abgeordneten der FDP und der SPD: dass nämlich der Deutsche Bundestag als einziges nationales Parlament in Europa vor der Investitur der Kommission 2009 und 2014 den von deutscher Seite als Kommissar vorgeschlagenen Kandidaten Günther Oettinger, CDU, in einer öffentlichen Debatte angehört hat. Günther Oettinger hat das übrigens gut gemacht. Damit haben wir gezeigt, dass der Deutsche Bundestag eine besondere europapolitische Verpflichtung hat.

Zweitens. Auch das war eine mutige Entscheidung: Das Europäische Parlament ist vom Bundesverfassungsgericht mit einer Fünf-zu-drei-Mehrheit als min-

**Wir wollen in Richtung eines europäischen Bundesstaates, einem föderalen Staat.**

derwertiges Parlament bezeichnet worden – deshalb haben wir unter anderem keine Sperrklausel –, und zwar gegen die Meinung aller Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die in Karlsruhe mit dabei waren. Seien wir doch offen; schreiben wir doch in unsere

Verfassung: Bei Wahlen sind Sperrklauseln bis maximal 5 Prozent möglich. Wir bekommen das im Europäischen Parlament dann auch hin, plus transnationaler Listen. Wir haben es im Koalitionsvertrag stehen.

Ein dritter Punkt. Wollen wir doch mal ganz ehrlich sein: 2014 waren wir gut, aber 2019 haben wir versagt. Wir müssen bei der nächsten Europawahl garantieren, dass die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten, hinterher tatsächlich Kommissionspräsidentin oder Kommissionspräsident werden. Wenn wir das so machen wie beim letzten Mal, ist das genau so, als hätte die CDU/CSU mit Armin Laschet als Kanzlerkandidat einen Wahlkampf geführt und hinterher gesagt: Eigentlich wollten wir lieber Söder.

Noch ein letzter Punkt. Auch das gehört dazu: Es kann doch nicht sein, dass allein der Bundestag und die Vertreter der Länder den Bundespräsidenten wählen und wir überhaupt nicht realisieren, dass es inzwischen 96 deutsche Europaabgeordnete gibt. Es sind aber lediglich zwei, drei Europaabgeordnete, die den Bundespräsidenten mitwählen. Auch das sollten wir ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das sollte immer in einem gemeinsamen Geist geschehen, wonach nicht das nationale Interesse am wichtigsten ist, sondern dass wir als Deutsche gleichberechtigt in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.

Vielen Dank.



Vor sechs Monaten trafen sich die Präsidenten Biden und Putin in Genf. Dieser Tage beraten Unterhändler von USA und Russland über die angespannte Lage an der russisch-ukrainischen Grenze.

© picture alliance/dpa/POOL | Mikhail Metzel

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Norbert Kleinwächter (AfD), Bijan Djir-Sarai (FDP), Thomas Erndl (CSU), Derya Türk-Nachbaur (SPD) und Michael Brand (CDU).

Vereinbarte Debatte zu den Themen „Wirtschaft und Klimaschutz“ / 11.. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 13. Januar 2022

Dr. Robert Habeck, Bündnis 90/Die Grünen, Bundeswirtschaftsminister:

## Wir erleben eine globale Veränderung der Weltwirtschaft



Robert Habeck (\*1969)  
Wahlkreis Flensburg – Schleswig

Es ist für mich eine besondere Ehre, meine erste Rede in diesem Hohen Haus mit einer Regierungserklärung zu beginnen. Es gibt quasi keine rhetorische Warmlaufzeit. Das ist eigentlich auch ein ganz gutes Bild für das, was an Arbeit in meinem Haus ansteht. Wir werden wenig Zeit haben, uns einzugewöhnen, sondern müssen sofort loslegen. Wir als Land, wir als Gesellschaft müssen sofort loslegen.

Wir treten unsere Regierungszeit in einer Phase großer Veränderung an, einer Veränderung, die man überall im Alltag spürt und die verschiedene Gründe hat. Diese verschiedenen Ursachen bündeln sich auch in meinem Haus, natürlich auch in den Häusern der anderen Kolleginnen und Kollegen, aber im Bereich des Wirtschafts- und Klimaschutzministeriums sicherlich in besonderem Maße.

Natürlich ist es nach wie vor die Coronakrise, die als allererste große Aufgabe zu bewältigen ist. Aufbauend auf der Arbeit meines Vorgängers, Peter Altmaier, ist es mit der Überbrückungshilfe IV wieder gelungen, den Unternehmen zumindest für die Zeit, bis die Krise wieder normales Wirtschaften erlaubt, ihr Bestehen zu sichern. Mehr als Zeit zu schaffen, ist es allerdings nicht; denn die finanziellen Brücken der Unternehmen werden immer dürrer. Die Gewinne werden in vielen Bereichen geringer, und die Investitionstätigkeit lässt nach. Trotzdem bin ich froh und auch ein bisschen stolz auf die Kolleginnen und Kollegen, die dies auf den Weg gebracht haben. Die Programmierung leistet ja nicht der Minister, sondern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie haben in den Tagen zwischen

Weihnachten und Neujahr Sonderschichten geschoben, sodass wir es geschafft haben, die Programmierung noch vor dem MPK-Beschluss abzuschließen. Das heißt, die Unternehmen, die Überbrückungshilfen beantragen wollten, konnten gleich nach dem Beschluss die Anträge stellen; das war zuvor noch nicht möglich. Dies war eine große Leistung des Hauses, die nur möglich war, weil es in der Vorgängerregierung ein gut eingespieltes Team gegeben hat, auf das ich aufbauen konnte.

Aber die Aufgaben enden natürlich nicht bei der Coronapandemie. Ich glaube, die Herausforderungen sind zu groß, um sie alle in den neun Minuten Redezeit – sechs oder sieben habe ich noch –, die mir zur Verfügung stehen, aufzuzählen oder in der Tiefe zu bearbeiten.

Wir erleben eine globale Veränderung der Weltwirtschaft, ablesbar an dem Hunger nach fossilen Energien, der die Preise für die Unternehmen, aber auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher im Moment nach oben treibt. Wichtig ist, bei dieser Debatte, die wir tagein, tagaus führen, festzuhalten, dass es der Hunger nach fossilen Energien ist, der die Preise nach oben treibt. Gas, Öl und Kohle, das ist es, was im Moment die Preise treibt. Die Maßnahmen, die wir kurzfristig zur Entlastung der Verbraucherinnen und der Verbraucher ergreifen, sind die Abschaffung der EEG-Umlage – Bundeskanzler Olaf Scholz hat das gestern in der Regierungsbefragung noch einmal ausgeführt – und eine faire Umlage der CO2-Kosten zwischen Mietern und Vermietern. Die Arbeiten daran haben begonnen.

Mittelfristig ist die beste Chance, die wir haben, die beste Strategie, auf die wir uns konzentrieren sollten, uns unabhängig von den fossilen Energien zu machen. Das gebieten der Klimaschutz und die Aufgaben, die damit verbunden sind, auch die ökonomischen und gesellschaftlichen Kosten, die immer höher werden. Die Aufgaben gebieten aber auch das Nutzen der

Innovationspotenziale der deutschen Wirtschaft. Ja, man kann das als große Bedrohung, als Zumutung beschreiben; auch ich habe das in den letzten Tagen getan. Aber in Wahrheit ist es auch eine Herausforderung, die uns buchstäblich wachsen lassen kann, indem wir den Wohlstand und den Reichtum dieses Landes, auch den ökonomischen Reichtum, noch einmal hebeln und uns trotzdem von Rohstoffimporten unabhängiger machen, indem wir durch geschlossene Kreisläufe und eine neue Form des Wirtschaftens die CO2-Emissionen senken.

Wenn wir das in der Zeit, die uns bleibt, schaffen wollen, gemessen an den CO2-Budgets, auf die wir uns völkerrechtlich verpflichtet haben, aber auch gemessen an der globalen Konkurrenzsituation – denken Sie an elektrische Mobilität, denken Sie an den Hunger nach Rohstoffen der anderen Länder, die

auch alle überlegen werden, wie sie eine neue Infrastruktur aufbauen, wie sie auf Wasserstoff setzen können –, drängt die Zeit. Und wenn man sich anschaut, wie im Moment die Planungs- und Genehmigungsverfahren aussehen, merkt man, dass die Rechnung einfach nicht aufgeht. Wir haben uns bis 2030 Zeit gegeben, um die CO2-Emissionen um 65 Prozent zu senken. Das ist ein breiter Konsensbeschluss in diesem Haus. Das waren die Ziele der letzten Regierung, und wir als Ampelkoalition haben sie übernommen. Es müsste also in großen Teilen dieses Hauses Konsens darüber bestehen, dass die Maßnahmen dafür jetzt ergriffen werden: Maßnahmen also für minus 65 Prozent an CO2-Emissionen in acht Jahren. Die durchschnittliche Genehmigungszeit für eine Windkraftanlage in Deutschland beträgt aber sechs bis acht Jahre. Man muss nicht besonders helle sein oder in der Schule in Mathematik besonders aufgepasst haben, um zu merken, dass das nicht funktionieren kann. Wir müssen also effizienter und schneller werden in den Planungs- und in den Genehmigungsverfahren. Wenn die Elektrifizierung einer Schiene 40 Jahre dauert und die Planung und der Bau eines Radwegs 10 Jahre, dann kann das nicht ausreichend sein. Wir müssen besser werden. Wir müssen noch mal neu ansetzen und schneller werden.

thysenkrupp und auch andere Stahlunternehmen wollen auf CO2-freie Produktion umstellen. Allein für thysenkrupp – die anderen Unternehmen werden mir nachsehen, dass ich deren Zahlen jetzt nicht referiere – wird dafür im Endstadium ein Wasserstoffvolumen von 30 Terawattstunden gebraucht; das ist das Zweieinhalbfache des Stromverbrauchs von Berlin – nur für ein Unternehmen, für einen Standort; und wir haben derer wahrlich viele in Deutschland. Der Rest der Grundstoffindustrie ist damit noch gar nicht benannt. Wir werden also mit einem großen Roll-out, auch von Elektrolyseuren, in Deutschland eine neue Infrastruktur aufbauen müssen. Die müssen gefertigt werden. Die Induktionsöfen müssen gebaut werden. Wir stehen also, wenn wir es richtig angehen, vor einer großen Phase des industriellen Aufschwungs in Deutschland; und das ist durch die Zulieferindustrie ein Mittelstands- und Handwerksaufschwung.

Ja, man kann darüber klagen, wie schwer alles ist, wie groß die Herausforderungen sind und dass wir in Rückenlage anfangen. Ich will das nicht mehr tun. Ich sehe die Chancen für die deutsche Wirtschaft, ich sehe die Chance für Wachstum und Klimaschutz. Beides kann sich wunderbar ergänzen, wenn wir denn besser, effizienter und produktiver werden, in der Verwaltung und in der Gesellschaft.

Mir ist vollends klar, dass das nicht eine Partei, eine Regierung machen kann. Wir werden im Zusammenspiel der verschiedenen staatlichen Gewaltenträger – der Parlamente, der Länder, der Bundesregierung, der Ressorts untereinander – zu einem neuen Verständnis kommen müssen, indem wir kooperativ arbeiten und nicht in Konkurrenz zueinander stehen, indem wir uns selbst das Schwarze unter den Nägeln gönnen. Wir sind Politiker; wir alle gucken immer wieder auf die nächste Wahl. Aber am besten wäre es, wenn diejenigen gewinnen würden, die die besten Konzepte am schnellsten umsetzen und den anderen das Leben möglichst nicht schwer machen.

So will ich die Arbeit führen. So will ich mit den Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten. So will ich auf die Ministerpräsidenten und die Kolleginnen und Kollegen in den Wirtschafts- und Energieressorts zugehen. Wenn es einen Konsens über die Ziele gibt, wenn wir die Chancen für die deutsche Wirtschaft und damit für die deutsche Gesellschaft in Arbeit und Beschäftigung sehen, dann müssen wir es schaffen, diese acht Jahre möglichst effizient zu nutzen und in den kommenden vier Jahren möglichst weit zu kommen. Ich jedenfalls freue mich auf die gemeinsame Zusammenarbeit.

Vielen Dank, dass ich dies hier vorstellen durfte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)



Stahlwerke wie hier in Nordrhein-Westfalen werden sich für das Vorhaben einer nachhaltigen Industrie wandeln müssen. © picture alliance / Jochen Tack

Julia Klöckner, CDU:

## Grüne Planwirtschaft wird nicht funktionieren



Julia Klöckner (\*1972)  
Landesliste Rheinland-Pfalz

Sehr geehrter Herr Bundesminister, für Ihr neues Amt wünsche ich Ihnen viel Elan, gute Entscheidungen und den Blick für das große Ganze, aber auch für das Kleine, das Konkrete, das Alltagspraktische, was heute in Ihrer Rede doch etwas zu kurz gekommen ist. Wir als Opposition bieten Ihnen eine konstruktive, eine kritische Begleitung an. Wir werden das unterstützen, was wir für vernünftig halten, aber eigene Vorschläge machen, wo wir Besseres erwarten.

Herr Wirtschaftsminister, Sie möchten den Turbo anwerfen – für den Klimaschutz. Und für die Wirtschaft? Die vielen Familienunternehmen, auch die Industriebetriebe mit ihren zahlreichen Arbeitsplätzen erwarten von einem Wirtschaftsminister einen Fürsprecher. Sie erwarten von einem Wirtschaftsminister einen Anwalt, der ihre Themen nach vorne bringt. Es ist aber schon bemerkenswert, dass einem Wirtschaftsminister Unternehmertum, Eigenverantwortung und Wettbewerb eher lästig sind; denn in Ihrer Rede war davon überhaupt kein Wort zu hören. Deshalb, sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister: Wo „Wirtschaftsminister“ draufsteht, muss auch Wirtschaftsminister drin sein.

Wenn Sie dann doch über Wirtschaft sprechen, dann kündigen Sie an, Ihr Ministerium transformiere die Wirtschaft. Ich möchte klarstellen: Nicht Sie transformieren die Wirtschaft. Macher der Transformation sind die, über die Sie leider viel zu wenig gesprochen haben, nämlich die Unternehmer, die Erfinder, die Gründer. Deshalb: Grüne Planwirtschaft wird nicht funktionieren.

In diesen Monaten Unternehmer oder Unternehmerin zu sein, ist ja nicht immer ein Vergnügen. Selbstständige lösen ihre Altersvorsorge auf und stecken das Geld in Betriebe und Arbeitsplätze, um diese zu retten. An dieser Stelle möchte ich all denen danken, die in dieser schwierigen Zeit durchhalten. Das ist Unternehmertum. Mit Unterlassen kommt unser Land nicht voran.

Und wer glaubte, mit der Coronapandemie schon genug zu schultern, der kämpft nun auch mit steigenden Energie- und Lohnnebenkosten und mit Lieferengpässen. – Es ist schon hoch interessant, dass den Grünen an der Stelle, wo es darum geht, dass Selbstständige ihre Altersvorsorge, die für uns Abgeordnete gut geregelt ist, auflösen, um Arbeitsplätze zu retten, nichts anderes einfällt, als zu lachen. Das zeigt viel; das zeigt, dass Wirtschaft für Sie hier überhaupt keine Rolle spielt.

Die Energie- und Lohnnebenkosten steigen; es gibt Lieferengpässe, Preisexplosionen, Fachkräftemangel. Oder schauen wir auf die Schlüsselindustrie

mit Hunderttausenden von Arbeitsplätzen: Wurden vor Corona in Deutschland noch 5 Millionen Autos gebaut, sind es jetzt 3 Millionen. Einen Bundeswirtschaftsminister muss das umtreiben; das darf ihm keine Ruhe lassen. Deshalb erwarten wir von Ihnen, Herr Habeck, einen Turbo für Klimaschutz – ja -, aber bitte auch für die Wirtschaftspolitik. Aber statt Turbo sind Sie gestern im Kabinett erst mal auf die Bremse getreten. Was haben Sie gemacht? Stichwort „Bürokratieentlastung“: Der Normenkontrollrat wurde aus dem Kanzleramt verbannt; früher war das Chefsache; jetzt läuft das unter „ferner liefen“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben diesen aktuellen Herausforderungen werden uns langfristig auch strukturelle Herausforderungen beschäftigen; die Themen Klimaschutz, Energie und Emissionshandel wird nachher mein Kollege Andreas Jung ansprechen. Ich bin mir sicher: Ohne eine Weiterentwicklung unserer sozialen Marktwirtschaft zu einer digitalen, nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft wird es nicht gehen. Wirtschaft, Staat und Gesell-

schaft benötigen hierfür einen Digitalisierungsbooster. Noch mehr Regulierung wäre hier Gift. Wir brauchen Entfesselung, Freiraum für Innovation. Deshalb, sehr geehrter Herr Habeck: Wir brauchen Experimentierräume für Leuchtturmprojekte. Die neue Bundesregierung ist ja angetreten, um die Digitalkompetenzen zu bündeln. Sie wollten ein Zeichen setzen. Sie setzen ein Zeichen, Herr Habeck, ja, aber das falsche; denn Sie geben Digitalisierungskompetenzen aus Ihrem Haus ab und behalten die Fördertöpfe. Von Bündelung ist da wenig zu spüren.

Als Union haben wir bereits wichtige Maßnahmen angestoßen: das Onlinezugangsgesetz, das Basisregister, das Unternehmerkonto. Deshalb sage ich: Umsetzen ohne zu zögern, das hilft der Wirtschaft. Aber was machen Sie? Sie entlassen erst einmal viel wirtschaftspolitischen Sachverstand aus Ihrem Ministerium. Fünf oder sechs Abteilungsleiter mussten gehen. Statt Wirtschaftsexpertise setzen Sie auf NGO-Ideologie. Sie haben einen Staatssekretär, der Mitbegründer von Attac ist; das ist durchaus bemerkenswert. Auf deren Homepage steht: Ziel muss sein, die Produktion von nicht benötigten Gütern auszusetzen. – Und wer bestimmt, was benötigt

wird? Sie im Ministerium?

Ihre größte wirtschaftspolitische Schlagzeile war bisher, das Ende des Wachstums einzuleiten. Das gilt nicht für den Zuwachs Ihrer Mitarbeiterstellen im Ministerium; das haben wir gemerkt. Ein nachhaltiges, umsichtiges Wirtschaftswachstum ist Innovations- und Wohlstandstreiber und Voraussetzung für Transformation. In meinem Wahlkreis zum Beispiel, in Idar-Oberstein, einer eher strukturschwachen Region, baut BioNTech Hunderte von Arbeitsplätzen auf, weil dieses Unternehmen wächst. Und das ist auch gut so.

Sehr geehrter Herr Habeck, machen Sie Wirtschaftspolitik zur Chefsache, und bringen Sie der Wirtschaft mehr Wertschätzung entgegen. Die Coronakrise geht tief in das Wirtschaften großer Teile unserer Unternehmen hinein. Wir brauchen ein Sofortprogramm für unseren Standort und für die Wirtschaft. Im Koalitionsvertrag der Ampel finden sich durchaus Ansatzpunkte dazu.

Wir gehen noch weiter – neun Punkte -: Wir brauchen bessere Abschreibungsmöglichkeiten. Die steuerlichen Verlustverrechnungen müssen ausgeweitet werden. Wir brauchen eine Verkürzung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, aber nicht nur bei Energieanlagen, und die Absenkung des Strompreises in 2023; die Abschaffung der EEG-Umlage

kommt viel zu spät. Wir benötigen eine Verlängerung der Sozialgarantie über 2021 hinaus, die Stärkung zum Beispiel des Eigenkapitals von Personenunternehmen oder, siebentens, die Flexibilisierung der Arbeitszeit; wir wollen nicht nur eine Tageshöchstzeit, wir wollen eine wöchentliche Höchstzeit. Weiter wollen wir eine Ratifizierung von CETA oder auch die Anpassung der Coronahilfen.

Was uns aber am meisten erschreckt hat, ist das Staatsverständnis der Ampel. Die größte Enttäuschung ist hier die FDP, die sonst – im Wahlkampf – ordnungspolitisch viel versprochen hat. Jetzt sehen wir: Der Staat soll mehr regulieren, mehr intervenieren, Wettbewerb beschneiden.

Machen Sie eines: Gleichen Sie die kalte Progression aus, wie das die CDU/CSU-geführten Bundesregierungen vor Ihnen gemacht haben. Liebe FDP, es ist kein Hexenwerk: Wollen ist wie Machen, aber weniger krass.

Am Schluss will ich Ihnen sagen, sehr geehrter Herr Habeck: Sie finden ein motiviertes und gut aufgestelltes Ministerium vor. Nutzen Sie es, auch für die Wirtschaftspolitik!

(Beifall bei der CDU/CSU – Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Peinlich! – Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Acht Jahre im Kabinett!)

**Ein nachhaltiges, umsichtiges Wirtschaftswachstum ist Innovations- und Wohlstandstreiber.**

**Wir als Opposition bieten Ihnen eine konstruktive, eine kritische Begleitung an.**

Verena Hubertz, SPD:

## Wir müssen auf eine klimaneutrale Produktion umstellen



Verena Hubertz (\*1987)  
Wahlkreis Trier

Sehr geehrter Herr Bundeswirtschaftsminister, Sie haben richtigerweise über die Zeit gesprochen und darüber, dass wir endlich anpacken müssen. Es gibt manchmal Wichtigeres als

Dringlichkeit; aber häufig braucht es Dringlichkeit, damit wir die Dinge schaffen. Das kennt wahrscheinlich jeder und jede auch ein bisschen von sich selbst. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass es in der politischen Arbeit nicht anders ist.

Es wird immer Zielkonflikte geben: Was geht man jetzt an, und wie geht man es an? Was ist besonders wichtig und dringlich? Aber eines sage ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz deutlich: Die Transformation, die vor uns liegt, hin zur Klimaneutralität, zu einer innovativen Wirtschaft, zu einer global wettbewerbsfähigen Wirtschaft, ist dringlich und wichtig, und das werden wir, auch wenn es eine Kraftanstrengung erfordert, gemeinsam

angehen.

Herr Habeck hat diese Woche eindrücklich demonstriert und erläutert, wo wir bei der Erreichung unserer Klimaziele stehen. Er hat von einem Berg gesprochen, auf den wir hochmüssen, und das wird anstrengend. Aber es bleibt uns nichts anderes übrig, als dieses 1,5-Grad-Ziel endlich mit aller Dringlichkeit anzugehen. Wir müssen die Industrie umstellen; das geht vom Zement über den Stahl bis zur Chemie und natürlich darüber hinaus. Wir müssen auf eine klimaneutrale Produktion umstellen, und das werden wir auch schaffen.

Aber die Transformation bedeutet viel mehr als Gigawatts und CO<sub>2</sub>-Budgets. Da ist doch was im Wandel. Wie wandelt sich die Ar-

beitswelt? Sie wandelt sich durch die Pandemie, aber auch durch Digitalisierung, Automatisierung, künstliche Intelligenz, die Art und Weise, wie wir Dinge produzieren. Da ist einiges im Wandel. Ich bin da bei Herrn Habeck: Das bietet doch Chancen. Natürlich mache ich mir auch Gedanken um die Arbeitsplätze, wenn wir da anders rangehen müssen. Aber es bietet natürlich auch Chancen für Wachstum, dafür, dass Neues entstehen kann.

Schauen Sie sich einmal die Entwicklung bei den erneuerbaren Energien an: Die Solarindustrie boomt. Hier in Berlin gibt es Start-ups im Bereich Green Technology. Da werden dezentral Photovoltaikanlagen zur Vermietung gebaut, für alle, die sich eigentlich keine Photovoltaikanlage leisten können. Wir müssen zu einer anderen Art des Wirtschaftens kommen. Warum müssen wir Handys nach zwei Jahren wegwerfen, nur weil der Akku nicht mehr funktioniert? Wir müssen zu einer Wiederverwendung kommen, zu einer Kreislaufwirtschaft, die mit den Materialien behutsam umgeht.

Die deutsche Wirtschaft hat das Rüstzeug dazu. Unsere Wirtschaft ist durch den Mittelstand geprägt; er hat uns erfolgreich gemacht. 99,5 Prozent aller Unternehmen sind klein oder mittelständisch. Das ist das Rüstzeug, das wir brauchen, um diese Transformation zu schaffen, gemeinsam mit den

Großkonzernen.

Wenn wir allerdings einen Blick auf den DAX werfen, den Gradmesser unserer Wirtschaft, müssen wir feststellen: SAP, 1972 gegründet, ist der letzte Welterfolg digitaler Natur aus Deutschland. Das reicht doch nicht. Wir müssen das, was wir haben, das Bewährte, wandeln; aber es muss auch Neues entstehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen einen Gründergeist in diesem Land; denn die DAX-Unternehmen der Zukunft wurden vielleicht noch gar nicht gegründet. Sie haben über Unternehmertum gesprochen. Ich war selbst Gründerin und Unternehmerin. Die Startvoraussetzungen sind noch nicht optimal. Wir müssen Bürokratie abbauen. Es darf nicht diese ewige Zettelwirtschaft geben, von der Gewerbeanmeldung bis zu sonstigen

Formularen. Wir müssen da einfach schneller werden. Wir müssen Bürokratie abbauen, die Mitarbeiterbeteiligung stärken, den Zugang zu Kapital erleichtern, insbesondere in den späteren Wachstumsphasen, auch durch den Zukunftsfonds, und wir müssen mehr Frauen zum Gründen bewegen.

In der Transformation, die ich angesprochen habe, liegen Chancen. Es entstehen gerade ganz viele neue Industrien: in der Halbleiterindustrie, bei der E-Mobilität, und wir haben die Möglichkeit, bei der Nutzung von Wasserstoff vorne mit dabei zu sein. Da be-

steht ja auch Nachfrage seitens der Konsumentinnen und Konsumenten. Dieser Wandel wird doch durch die Menschen gemacht, und das ist kein Generationenkonflikt, kein Alt gegen Jung, sondern ein Miteinander. Diesen Wandel müssen wir alle gemeinsam, miteinander meistern.

Wenn man sich mit Unternehmen austauscht, dann erfährt man, dass es neben der Bürokratie und neben den Energiepreisen ein Thema gibt, das alle betrifft; das ist der Fachkräftemangel. Die Hotellerie, die Gesundheitswirtschaft, die Techkonzerne, die handwerklichen Betriebe finden keine guten Nachwuchskräfte. Deswegen müssen wir auf Qualifizierung setzen. Wir müssen Weiterbildung wirklich als Kernkompetenz verankern. Wir müssen aber auch die Migration erleichtern und durch

Zuwanderung den Fachkräftemangel beheben.

Der Staat – und damit wir alle gemeinsam – spielt da eine erhebliche Rolle. Wir wollen das nicht von der Seitenlinie aus betrachten. Wir wollen anpacken, wir wollen die Rahmenbedingungen setzen, wir wollen ermöglichen und die Probleme lösen, die unsere Wirtschaft hat, vom Fachkräftemangel über die Planungsbeschleunigung bis zum Bürokratieabbau. Ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt, dass wir da sehr strategisch vorgehen: Wir wollen Transformationscluster bilden, uns geografisch anschauen, in welcher Region wir gut sind, wie wir die Forschenden, die Unternehmen, die Zivilgesellschaft zusammenbringen können. Wir wollen auch über Sozialinnovationen Probleme lösen und hier explizit struk-

turschwache Regionen unterstützen. Denn wenn etwas wegfällt, dann kann auch etwas Neues geschaffen werden.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir in Deutschland manchmal ein bisschen zu gemütlich sind, manchmal auch pessimistisch. Bei der Industrialisierung vor rund hundert Jahren waren wir auch nicht vorne mit dabei. Aber wenn wir mal anfangen, dann legen wir richtig los, und ich freue mich darauf. Sehr geehrter Herr Bundesminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ampelkoalition wird dieses Thema mit aller Dringlichkeit angehen; darauf können Sie sich verlassen. Wir packen das an.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Unsere Wirtschaft ist durch den Mittelstand geprägt; er hat uns erfolgreich gemacht.**



**Diskussion über die Energiegewinnung: Die EU-Kommission plant, Strom aus Kernkraft- und Gaswerken als nachhaltig einzustufen.**

© picture alliance / blickwinkel/W. Patty

Leif-Erik Holm, AfD:

## Wir brauchen Politik mit Augenmaß



Leif-Erik Holm (\*1970)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

allen Dingen wünschen wir Ihnen Augenmaß. Augenmaß ist sehr, sehr wichtig. Ihr Klimaplan lässt es aus unserer Sicht deutlich vermissen. Er wird dazu führen, dass wir mit noch mehr Geschwindigkeit in die falsche Richtung fahren, und er wird verdammt teuer. Der Bund der Steuerzahler rechnet mit 50 Milliarden Euro oder auch mehr pro Jahr. Damit geht es dann noch schneller in die energiepolitische Sackgasse. Das kann sich Deutschland bei Weitem nicht leisten.

Klar, Windkraftindustrie und Solarhersteller werden sich freuen. Aber für die Bürger und den Rest der Wirtschaft wird es eben noch mal teurer, obwohl wir schon jetzt Rekordpreise bei Strom, Gas, Hei-

zung, Sprit haben. Das reicht offensichtlich noch nicht; da soll noch der Habeck-Bonus obendrauf.

Dabei treibt es schon jetzt, wenn wir genau hinschauen, Unternehmen ins Ausland. Andere fahren ihre Produktion herunter, wie zum Beispiel die Glashütte in Freital. Dort übersteigen die Energiekosten den Umsatz. Das muss man sich einmal vorstellen! Deren Geschäftsführer sagt, die Politik könne sich sämtliche Coronahilfen sparen, wenn sie bei den Energiepreisen keine

Lösung finde.

Jetzt geht es noch einmal in die falsche Richtung. Mit Ihrem Plan, Herr Habeck, werden Sie bald kein Wirtschaftsminister mehr sein, sondern Insolvenzminister. Sie wollen 2 Prozent der Bundesfläche mit Windrädern zustellen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, das den Ländern schmackhaft zu machen. Bei mir in Mecklenburg-Vorpommern haben wir schon jetzt an die 3 000 Windanlagen stehen – und kaum noch einen freien Blick zum Horizont. – Schauen Sie doch einmal bei uns vorbei! Schauen Sie, wie es in der Nähe von Altentreptow oder in Gingst auf Rügen aussieht! Das ist nicht der richtige Weg, ganz einfach.

Vor allem wird das – das ist doch klar – auch nichts nützen. Auch unter Minister Habeck ist die Wahrheit: kein Wind, keine Sonne

– kein Strom. Da können Sie sich gehackt legen, das funktioniert nicht. Wir brauchen grundlastfähigen Strom in unserem Land.

Da müssen wir über eine Technologie reden, über die unsere Nachbarn schon längst reden – sie reden nicht nur darüber, sie handeln auch schon -: über Kernkraft. Es ist doch kontraproduktiv und auch umweltfeindlich, laufende moderne Kernkraftwerke vom Netz zu nehmen, die günstig und sogar emissionsfrei Strom erzeugen. Emissionsfrei! Das ist doch Ihr Mantra. Wenn Sie also wirklich schnell CO<sub>2</sub>-Emissionen abbauen wollen, wenn Sie dazu eine sichere Energieversorgung und günstigen Strom haben wollen, dann schaffen Sie das nicht mit Ihrem Klimahirngespinnst, sondern nur mit Kernkraftwerken. Legen Sie also endlich Ihre ideologischen Scheuklappen ab, und gehen Sie den Weg, den andere längst gehen! Das ist der Weg der

**Kehren Sie endlich um und hören Sie auf mit diesem »Koste es, was es wolle«-Plan!**

Herr Minister, auch die AfD-Fraktion wünscht Ihnen natürlich ein glückliches Händchen für Ihr wichtiges Amt für unser Land. Vor

Fortsetzung auf nächster Seite

Vernunft.

Ihr Plan macht die Deutschen auch arm. Die explodierenden Energiepreise sorgen dafür, dass viele weitere Produkte jetzt schon massiv verteuert werden; wir alle spüren das in den Supermärkten. Die neue EZB-Direktorin Schnabel warnt bereits vor einer Verstärkung der Inflation, gerade auch durch die Klimapolitik. Wenn dazu dann noch die Lohn-Preis-Spirale in Gang kommt, dann wird es ungemütlich für uns alle. Also kehren Sie endlich um, und hören Sie auf mit diesem „Koste es, was es wolle“-Plan!

Anderen Aufgaben wären viel wichtiger. Davon habe ich noch

nichts gehört, Herr Minister. Was ist mit der dringend notwendigen Entlastung bei Steuern und Abgaben? Wann gibt es endlich eine Entbürokratisierung, die ihren Namen verdient, wann eine bessere Infrastruktur – und vor allen Dingen: wie schnell? Ich hätte gerne gehört, was Sie dagegen tun wollen, dass sich Deutschlands Anteil an exportierten Hightechprodukten seit 1990 halbiert hat, während Chinas Anteil von 1 Prozent auf 24 Prozent gestiegen ist. Unsere Marktanteile schwinden gerade in dem Bereich, der in Zukunft für unseren Wohlstand sorgen könnte, und das kann nicht sein.

Ich hätte mir auch gewünscht,

dass Sie den Mitarbeitern der Werften in Mecklenburg-Vorpommern und in Bremerhaven, die gerade pleitegegangen sind, heute etwas Hoffnung geben mit Ideen aus Ihrem Haus, wie wir die Werftstandorte erhalten können. Da braucht es eben auch einen intensiven Einsatz des Bundes an dieser Stelle; das können die Länder nicht alleine schaffen. Das, Herr Habeck, haben die Beschäftigten mit Sicherheit heute auch von Ihnen erwartet, dazu ein Wort zu

hören.

Wir brauchen dringend eine Perspektive für unsere coronagebeutelten Unternehmen im Land, gerade für die kleinen, die kleinen Einzelhändler, die Touristiker, die Gastronomen, die Kulturbetriebe. Aber statt einer Perspektive kommt jetzt auch noch 2 G Plus. Dabei ist doch jetzt mittlerweile klar

– es gibt doch die Studien, die das zeigen –, dass bei Omikron die Belastung der Intensivstationen um drei Viertel zurückgeht,

die Zahl der Todesfälle sogar um 90 Prozent. Da müssen Sie jetzt ran, Herr Minister! Sorgen Sie dafür, dass unsere Unternehmen endlich wieder arbeiten dürfen! Es ist Zeit für eine Öffnung.

Herr Minister, es gibt genug zu tun, aber Sie müssen eben auch das Richtige tun. Ihr Klimaplan ist ein kompletter Irrweg. Die Mittel sind falsch, die Kosten zu hoch, und die Folgen für die Bürger werden leider dramatisch sein. Deswegen sage ich es noch einmal: Wir brauchen Politik mit Augenmaß.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Lukas Köhler, FDP:

## Gemeinsam Wirtschaftspolitik von morgen machen



Lukas Köhler (\*1986)  
Landesliste Bayern

Lieber Minister! „Das Internet ist nur ein Hype.“ Dieser Satz ist nicht von mir, sondern von Bill Gates. 1993 hat er sich nicht vorstellen können, dass neue Technologien zu etwas Neuem oder etwas Gutem führen. Wenn ich mir die Reden der Union und der AfD hier so anhöre, dann muss ich feststellen: Sie sind so ein bisschen wie Bill Gates 1993: keine Ahnung davon, wie und was Innovation und Fortschritt eigentlich ist. Aber wir können Hoffnung haben. Bill Gates hat dazugelernt. Wenn ich mir Microsoft heute ansehe: Die haben gelernt. Bei der Union habe ich da wirklich Hoffnung. Ich habe wirklich die Hoffnung, dass auch die Union Wirtschaftspolitik von heute lernen kann. Bei der AfD ist meine Hoffnung ein bisschen hinüber.

Der Weg hin zum 1,5-Grad-Ziel ist ein Weg, den wir nur mit Fortschritt und neuen Technologien beschreiten können. Damit ist er aber ein Weg der Prosperität. Es ist ein Weg, der dazu führt, Preisstabilität, Klimaneutralität und Innovationskraft miteinander zu ver-

binden. Das ist Wirtschaftswachstum, meine Damen und Herren. Das ist die Kerndefinition dessen, wie wir unsere Wirtschaft aufbauen und nach vorne bringen.

Und ja, liebe Frau Klöckner, wir brauchen einen Turbo. Wir brauchen eine Menge Turbos. Aber Turbo, liebe Frau Klöckner, ist kein Charakter aus einem Zeichentrickfilm, Turbo ist, wenn wir Innovationskraft entfesseln durch Planungsbeschleunigung, durch Bürokratieabbau, durch all die Dinge, die Minister Habeck hier angesprochen hat. Da hilft es, wenn man der Rede dann auch die nötige Würdigung beimisst.

Genau davon hat er gerade an dieser Stelle gesprochen: vom Weg nach vorne. Der Weg nach vorne ist der einzige, den wir beschreiten können. Das geht natürlich nur, wenn wir darauf achten, dass wir die Inflation in den Griff bekommen. Die Inflation wird aber im Moment durch hohe Energiepreise getrieben. Hohe Energiepreise setzen sich aus Rohstoffpreisen und Kosten für Bürokratie und Abgaben zusammen. Diese hohen Energiepreise können wir senken. Die Rohstoffpreise senken wir dadurch, dass wir massiv in erneuerbare Energien investieren. Die Energiepreise senken wir aber auch dadurch, dass wir ein Konzept für morgen entwickeln werden, mit dem wir ein neues Strommarktdesign auf den Weg bringen werden. Die senken wir dadurch, dass wir bei internationalen Bezugsquellen für Ener-

gie für CO<sub>2</sub>-neutrale Moleküle sorgen. Die Abgaben und Steuern müssen wir senken. Wir müssen jetzt mit dieser Reform schnell vorankommen.

Aber, meine Damen und Herren, das ist keine leichte Aufgabe. Das Ganze ist ein gewachsenes System. Die Reform dieses gewachsenen Systems werden wir nur in den Griff bekommen, wenn wir bei der Verwirklichung der Idee einer funktionierenden Energie- und Klimapolitik drei Punkte miteinander verbinden.

Das ist zum einen der Aspekt der Versorgungssicherheit. Wir dürfen in Deutschland zu keiner Stunde, zu keiner Zeit im Jahr den Strom ausgehen lassen. Das ist et-

was, was wir uns nicht leisten können, nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch hinsichtlich der Akzeptanz der Bevölkerung.

Diesen Aspekt müssen wir – zweitens – mit Klimaneutralität verbinden.

In den kommenden Jahren müssen wir uns auf den Weg hin zur Klimaneutralität machen. Am Ende sein werden wir spätestens 2045, aber auf den Weg müssen wir uns jetzt machen.

Das müssen wir – drittens – mit günstigen Preisen hinbekommen. Wenn wir die Steuern und Umlagen reformieren, dann müssen wir dabei dafür sorgen, dass der CO<sub>2</sub>-Preis die tragende Rolle spielt.

Der Emissionshandel sorgt dafür – das ist ganz klar –, wie die Entwicklung aussehen wird. Wir müssen eine Alternative bieten, ei-

**Wir dürfen in Deutschland zu keiner Stunde, zu keiner Zeit im Jahr den Strom ausgehen lassen.**

ne Alternative für diejenigen, die Strom günstig brauchen. Das sind die erneuerbaren Energien. Die liefern aber nicht den ganzen Tag. Deswegen braucht es Gaskraftwerke. Wir werden in Gaskraftwerke investieren müssen. Als Übergang werden wir da Erdgas verbrennen; das ist ganz klar. Das ist auch kein Problem, weil wir das günstig, schnell und sinnvoll hinbekommen können. Aber „Übergang“ heißt, dass der Verbrauch von Gas enden wird, und dann werden sie mit Wasserstoff betrieben.

Bei Wasserstoff können wir heute Weichen stellen. Die Innovationen, über die wir gerade gesprochen haben, zu denen wir gerade die wichtigen Ideen vernommen haben, die wir umsetzen wollen, sind schon längst auf dem Weg. Es ist doch nicht so, dass das alles noch nicht kommt, sondern es gibt die Ideen, die Technologien.

Die Wege der Ingenieurinnen und Ingenieure werden doch in Deutschland jetzt schon beschritten. Dazu brauchen wir aber eine technologieoffene, eine technologie neutrale Formulierung dessen, was wir uns vorstellen. Dazu muss die Wasserstoffregulatorik in Deutschland technologieoffen ausgestaltet werden. Wenn wir das hinbekommen wollen, wenn wir das Race to Zero gegen China und die USA gewinnen wollen, dann müssen wir gemeinsam an einem Strang ziehen, und dann müssen wir Wirtschaftspolitik von morgen machen. Ich glaube, auf dem richtigen Weg sind wir als Ampelkoalition schon, und ich freue mich darauf.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Branchen wie die Gastronomie verzeichnen durch die Corona-Maßnahmen finanzielle Einbußen. © picture alliance/SULUPRESS.DE/Torsten Sukrow



Klaus Ernst, Die Linke:

## Die Bürger müssen bei den Strompreisen entlastet werden



Klaus Ernst (\*1954)  
Landesliste Bayern

Herr Habeck, erst einmal recht herzlichen Glückwunsch zu Ihrem neuen Amt! Es ist eine sehr schwierige Aufgabe. Ich wünsche Ihnen den besten Erfolg, vor allen Dingen natürlich bei den Projekten, bei denen unsere Meinungen übereinstimmen. Ich kann Sie aber warnen: Es sind nicht sehr viele, bei denen wir unterschiedliche Positionen haben, aber einige schon, und die werde ich natürlich auch ansprechen.

Wir sind mit Ihnen der Auffassung, dass wir das 1,5-Grad-Ziel erreichen müssen. Wir sind für einen raschen Ausstieg aus der Kohle. Aus der Atomenergie auszusteigen, ist – es tut mir leid – ein unumkehrbarer Weg. Gott sei Dank werden wir den Weg gehen. Herr Holm, Sie sagten in Ihrer Rede, der Blick auf den Horizont würde durch Windräder verstellt. Ich habe den Eindruck, bei Ihnen ist der Horizont aus ideologischen Gründen verstellt. Deshalb würde ich da vorsichtig sein.

Es ist Fakt, Frau Klöckner, dass die letzte Bundesregierung tatsächlich verschlafen hat, die erneuerbaren Energien auszubauen. Wenn Sie in diesem Zusammenhang von grüner Planwirtschaft sprechen, Frau Klöckner, dann wünscht man sich ja Herrn Altmaier zurück. Er war in dieser Frage einfach deutlich weiter. Er hat von Industriepolitik gesprochen. Dazu habe ich von Ihnen nichts gehört. Es tut mir leid: Sie waren mit dem, was Sie hier dargestellt haben, nicht sehr erfolgreich.

Herr Habeck, die sehr schwierige Aufgabe, die Sie haben, können wir nur hinbekommen,

wenn wir die Bürger dafür gewinnen. Ein Punkt, mit dem wir sie gewinnen, ist, dass wir beim Ausbau der Windkraft die Beteiligung der Bürger nicht nur im Anfangsstadium der Planung brauchen, sondern auch dann, wenn es ums Geld geht. Ich sage Ihnen aus eigener Erfahrung in meinem Wahlkreis: Wenn diejenigen, die – aus welchen Gründen auch immer – ein Windrad vor ihrer Haustür akzeptieren müssen, an dem beteiligt werden, was das Windrad erbringt, dann steigt auch die Bereitschaft, es zu akzeptieren. Deshalb bitte ich Sie, auf diesem Weg voranzugehen.

Wir haben – das ist richtig – eine Explosion der Energiepreise. Der Großhandelspreis für Erdgas an der Börse ist allein in den vergangenen zwölf Monaten um 250 Prozent gestiegen; das ist exorbitant. Für Januar und Februar haben laut dem Vergleichsportall Verivox bisher 515 der rund 700 Gasgrundversorger Erhöhungen von durchschnittlich 23 Prozent angekündigt. Über den Preis von Benzin will ich gar nicht reden.

Herr Habeck, das hat nichts mit Ihrer Politik zu tun – das ist klar; denn so lange sind Sie noch nicht im Amt –, aber diese Entwicklung schürt die Angst der Bürger auch vor einer Energiewende, weil sie mit Energie zu tun hat. Deshalb müssen wir dringend jetzt sofort eingreifen. Ich sage Ihnen: Der Verweis auf

den Mindestlohn – er werde erhöht, dann sei alles nicht so schlimm – reicht nicht. Sie wollten den Mindestlohn schon erhöhen, als es noch gar keine Energiepreisexpllosion gab. Deshalb brauchen Sie zusätzliche Maßnahmen, um die Bürger bei dieser Frage zu entlasten, und zwar sofort, meine Damen und Herren. Wir schlagen vor, dass wir kurzfristig über die Absenkung der Mehrwertsteuer bei Strom, Heizöl, Erdgas und Sprit reden, um kurzfristig eine Entlastung hinzubekommen. Das wäre eine Möglichkeit, hier etwas zu tun.

Im industriellen Bereich brauchen wir natürlich Geld. 10 Milliarden Euro für die Stahlindustrie, damit sie zuerst auf Gas und dann auf Wasserstoff umstellen kann, sind jetzt gefordert. Ich habe den Eindruck, das Hauptpro-

blem Ihrer Energiepolitik ist die Finanzierung. Nach dem, was Sie vorgeschlagen haben – Sie wollen die Schuldenbremse nicht aussetzen oder Ähnliches –, steht Ihr Klimafonds – Herr Habeck, Sie wissen es selbst – rechtlich auf tönernen Füßen. Wir müssen es dringend hinbekommen, dass wir bei der Finanzierung nicht die kleinen Leute belasten, sondern diejenigen, die in der letzten Zeit hervorragend verdient haben. Die Vermögen sind gestiegen, die Gewinne sind gestiegen. Wir brauchen dort eine ver-

änderte Steuerpolitik. Dann haben Sie auch Geld für Ihre Industriepolitik.

Ein weiterer Mangel Ihrer Politik, den ich sehe: Sie haben die Eröffnungsbilanz Klimaschutz vorgestellt, aber das Wort „Arbeitsplätze“, Herr Habeck, kommt in dieser Bilanz nicht ein Mal vor. Im Übrigen wird auch die Sicherung von Beschäftigung nur am Rande erwähnt. Wir müssen bei der Frage der Klimapolitik auch überlegen, wie wir technische Lösungen forcieren können, die sich so auswirken, dass eine möglichst hohe Zahl von Arbeitsplätzen erhalten bleibt. Das ist keine Automatik: Wir machen Klimaschutz, und dann gibt es neue Jobs. – Das wird in vielen Bereichen so sein. Aber gleichzeitig ist es so, dass momentan viele Leute – das sehen wir – Angst um ihre Jobs ha-

ben. Deshalb müssen wir bei den technischen Lösungen, die wir anbieten und die wir brauchen – da haben Sie vollkommen recht –, auch darüber reden, wie wir solche vorantreiben können, mit denen wir Arbeitsplätze erhalten können.

Zum Schluss: Ich freue mich natürlich, dass auch Sie jetzt erkannt haben – ich hoffe, das setzt sich in Ihrer ganzen Fraktion durch –, dass wir Gas als Zwischentechnologie brauchen. Das war nicht immer so. Heiße Schlachten wurden geschlagen. Wenn es so ist, dass sich diese Erkenntnis bei Ihnen durchsetzt, dann würde ich mich freuen, wenn Sie das auch einmal Frau Baerbock sagen würden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Ingrid Nestle, Bündnis 90/Die Grünen:

## Energieversorgung sicher und sauber gestalten



Ingrid Nestle (\*1977)  
Landesliste Schleswig-Holstein

Ich habe großen Respekt vor der Aufgabe, die unsere Koalition sich vorgenommen hat, nämlich die Energieversorgung sicher und sauber zu gestalten. Ich habe großen Respekt davor, denn keiner schüttelt eine Energiewende einfach aus dem Ärmel, und zudem sind wir in ganz vielen Bereichen schwer im Rückstand. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein sehr deutliches Beispiel dafür.

Deshalb ist es genau richtig, was Minister Habeck gestern gemacht hat, nämlich innerhalb kürzester Zeit – wenn wir ehrlich sind, war nicht viel mehr als eine Weihnachtspause zwischen Amtsantritt und gestern – ein umfangreiches Paket für die Energiewende vorzulegen, das den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv beschleunigen wird. Das ist genau richtig, aus verschiedenen Gründen.

Und, Herr Ernst, vielleicht hat

Herr Habeck nicht das Wort „Arbeitsplatz“ verwendet. Ich habe aber genau gehört, wie er von der Wirtschaftspolitik für Gesellschaft und Arbeit gesprochen hat, und ich glaube, wir sollten uns hier nicht über Worte, sondern über Inhalte unterhalten. Und ja, natürlich sind die erneuerbaren Energien auch ein Arbeitsplatz-booster.

Es ist auch genau richtig, die erneuerbaren Energien jetzt auszubauen, weil sie auf alle drei zentralen Fragen der Energieversorgung die Antwort sind. Wir wollen Energieversorgung sauber, wir wollen sie sicher und wir wollen sie bezahlbar haben.

Sauber ist sie im Moment nicht; das kann keiner behaupten. Die erneuerbaren Energien sind der Schlüssel, um sie sauber zu bekommen.

Sicher ist die Energieversorgung zurzeit. Aber damit sie sicher bleibt, muss der Zubau natürlich auch funktionieren. Es kann nicht reichen, aus Atom und Kohle auszusteigen, wenn man nicht gleichzeitig den Zubau auch tatsächlich hinbekommt. Dafür, dass wir ihn hinbekommen, hat Herr Habeck gestern die Maßnahmen vorgelegt.

Die Energieversorgung muss aber auch bezahlbar sein. Derzeit ist sie für viele nicht mehr be-

zahlbar, weil die Energiepreise explodieren, weil die Gaspreise – die Preise für fossiles Gas – explodiert sind und in der Folge auch die Strompreise.

Herr Holm, da haben Sie die Wirklichkeit wirklich vollkommen verdreht:

Ja, Energie ist gerade sehr teuer; aber nein, Energie ist nicht teuer wegen der erneuerbaren Energien. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Schlüssel dafür, mittelfristig die Energiepreise wieder herunterzubekommen, ist der Schlüssel dafür, dass wir uns unabhängig machen von den Preissteigerungen, von den völlig unberechenbaren Preisexplosionen, die die Fossilen uns gerade bescheren.

Dann kommen Sie wahrscheinlich wieder – das haben Sie jetzt nicht gesagt, aber ich merke schon, dass Sie es denken – und sagen: Ja, aber Wind- und Sonnenenergie sind doch wetterabhängig. – Ja, natürlich sind die wetterabhängig; aber jedes

Gigawatt mehr Windenergie oder PV könnte die Preise ein Stück weit senken. Hätten wir mehr Erneuerbare für die Erzeugung von Strom und Wärme, dann wären die Gasspeicher deutlich besser

**Natürlich sind die erneuerbaren Energien auch ein Arbeitsplatz-booster.**

Fortsetzung auf nächster Seite

gefüllt und wir würden uns heute keine Sorgen über eine Preisexplosion machen.

Die Atomenergie haben Sie genannt. Atomenergie ist sowieso dreimal so teuer wie Erneuerbare.

Es handelt sich also um eine reine „Ich möchte in der Vergangenheit leben und nichts mit der Realität zu tun haben“-Aussage.

Jetzt muss ich leider zum Schluss kommen. Ich wünsche es

mir sehr und bin davon überzeugt, dass wir es hinbekommen, eine nicht ideologisch geprägte Debatte zu führen, sondern eine, die dafür sorgt, dass die Stromversorgung und die Energieversor-

gung wirklich funktionieren, sicher und bezahlbar, im Einklang mit den Klimazielen. Selbst damit werden wir alle Hände voll zu tun haben.

Ich freue mich sehr auf die Auf-

gabe. Es geht los.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Andreas Jung, CDU:

## Klimaschutz ist eine herausragende globale Aufgabe



Andreas Jung (\*1975)  
Wahlkreis Konstanz

Sie haben beschrieben, es gebe einen breiten Konsens über das Klimaziel: Deutschland muss bis 2045 klimaneutral werden. Das haben wir, Herr Bundeskanzler, in der Großen Koalition im Sommer gemeinsam beschlossen. Als wir es beschlossen haben, haben die einen – Herr Lindner, die FDP – gesagt, das sei zu schnell, 2050 sei ausreichend, und die anderen – Herr Habeck, die Grünen – haben gesagt, das sei zu spät, wir müssen es schneller schaffen. Sie haben es in unterschiedlicher Tonlage – die einen sachlich, die anderen polemisch – kritisiert und gesagt, das müsse alles sehr viel schneller gehen.

Ja, es ist ein wichtiger Schritt, dass die Ampel jetzt gesagt hat: Das, was wir beschlossen haben – Klimaneutralität bis 2045 –, ist unser Beitrag zum Pariser Abkommen. Seit Sie es beschlossen haben, sagen Sie in all Ihren Reden – Sie haben es auch heute gesagt -: Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Ja, das ist es. Und weil es ein ehrgeiziges Ziel ist, haben wir es mit einem Instrumentarium unterlegt: dem Klimaschutzgesetz.

Ich frage Sie, Herr Minister: Was ist eigentlich aus dem Klimaschutzgesetz geworden? Als wir es beschlossen hatten, hat vor allem die SPD in den Debatten unsere gemeinsame Haltung dargestellt und gesagt: Das ist der Weg, um die Klimaziele einzuhalten. Da wird in Jahresscheiben und in Sektoren heruntergebrochen, was gemacht werden muss. Das wird sofort überprüft, und wenn es nicht erreicht wird, wird nachgesteuert.

Von Ihrer Partei, Herr Habeck, war in besonderer Weise die Haltung zu vernehmen: Man braucht eigentlich nur den politischen Willen, um das Offensichtliche sofort zu beschließen, und dann geht das. – Mit dem Beginn Ihrer Regierungszeit haben Sie im Koalitionsvertrag festgehalten, das Klimaschutzgesetz solle aufgeweicht werden. In Ihren Überle-

gungen hat das Gesetz gar keine Rolle mehr gespielt. Ich frage Sie: Was ist mit dem Klimaschutzgesetz? Diese Position müssen Sie klären.

Sie haben uns an Ihrer Seite, wenn es um einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien geht. Ich sage aber dazu: Sie müssen noch besser erklären, wie Sie auf Ihre Zielmarke von 80 Prozent kommen. Der Verweis auf den Koalitionsvertrag als Quelle reicht da nicht. Die zahlreichen Studien, die es dazu gibt, legen nahe, dass eine Erhöhung richtig ist, aber die Zielmarke von 80 Prozent erklärt sich daraus noch nicht. Das müssen Sie besser erklären.

Bei dem Weg, den Sie beschrieben haben, sind wir dabei, wenn es um Planungsbeschleunigung geht. Wir haben im Deutschen Bundestag ein Planungsbeschleunigungsgesetz beschlossen – Grüne und FDP hatten dagegegenestimmt. Es ist gut, wenn wir das jetzt gemeinsam machen. Zudem ist es wichtig, dass man das Ganze mit den Ländern bespricht.

Einen Hinweis will ich noch geben. Bei der Frage, wie wir dabei vorankommen können, kommt es sehr aufs Detail an. Frau Nestle, dafür sind aber noch keine Maßnahmen vorgeschlagen worden. Es sind Ziele vorgestellt worden, aber noch keine Maßnahmen. Die Umweltministerkonferenz ringt seit Jahren um die Frage, wie die Belange des Artenschutzes und der erneuerbaren Energien zusammengebracht werden können. Die Minister ringen seit Jahren darum, aber sie haben noch kein Ergebnis. Herr Habeck, in der Umweltministerkonferenz sitzen elf grüne Minister und eine Ministerin von der CDU. Ich habe gestern mit ihr gesprochen, und ich kann Ihnen sagen: An ihr liegt es nicht.

Das ist eine schwierige Frage, und darauf brauchen wir eine Antwort. Das ist eine gesellschaftliche Herausforderung, die beispielhaft für das steht, was wir brauchen. Ja,



Wasserstoff gilt als Schlüssel für die Energiewende. Bisher gibt es jedoch kaum Autos mit einem Wasserstofftank.

© picture alliance / Jochen Tac

wir haben ein überragendes Interesse daran, die Erneuerbaren voranzubringen. Das geht aber nur mit Akzeptanz, und für die Akzeptanz brauchen wir den Ausgleich mit dem Artenschutz, mit dem Naturschutz, mit den Anwohnern. Das muss alles zusammengebracht werden; das geht aber nicht durch eine Verordnung oder durch ein Gesetz, das in Berlin verabschiedet wird, sondern das geht nur durch Überzeugung, durch Dialog mit den Ländern, mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit den Menschen vor Ort. Das ist unser Weg!

Ich komme zur Frage nach dem Gas. Da teile ich das, was der Kollege Lukas Köhler gesagt hat. Ich frage Sie aber: Ist das die Haltung von Lukas Köhler, die sich so auch im Koalitionsvertrag der Ampel wiederfindet? – Richtig; Sie weisen darauf hin: Es steht im Koalitionsvertrag. – Aber ist das auch die Position der gesamten Bundesregierung? Herr Habeck, als die EU ihre Taxonomie vorgestellt hat, die beinhaltet, dass sie es begrüßt, wenn in wasserstofffähige Gaskraftwerke von Privaten investiert wird, da haben Sie gesagt, das sei fraglich. Sie haben im Koalitionsvertrag das Bekenntnis zur Investition in Gas stehen. Sie geben dort aber keine Antwort darauf, wie das gehen soll. Sie halten es für fraglich, dass Private investieren sollen. Wollen Sie es denn selber machen? Ich vermute, nicht.

Wir brauchen aber die Investiti-

on von Privaten, und dafür brauchen wir den richtigen Rahmen. Das ist die notwendige Antwort für den Übergang zu einer in vollem Umfang auf erneuerbare Energien gestützten Energieversorgung. Wir müssen Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Preise und damit Nachhaltigkeit in der ganzen Breite zusammen denken.

Eine letzte Bemerkung: Dazu gehört auch die finanzielle Nachhaltigkeit. Auch das ist ein Maßstab, an dem wir Ihre Regierung messen werden. Die Schuldenbremse ist die Nachhaltigkeit im Verfassungsrecht. Wir müssen beides zusammenbringen: die Verantwortung für Umwelt und Klima mit Blick auf die kommenden Generationen, aber wir dürfen die kommenden Generationen auch nicht übermäßig mit Schulden belasten. Daran werden wir Ihre Politik messen. Das ist unser Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Matthias Miersch (SPD), Karsten Hilse (AfD); Reinhard Houben (FDP), Anja Karliczek (CDU), Dieter Janecek (Bündnis 90/Die Grünen), Hansjörg Durz (CSU), Bernd Westphal (SPD), Andreas Lenz (CSU), Michael Kruse (FDP), Nina Scheer (SPD).

**Die Schuldenbremse ist die Nachhaltigkeit im Verfassungsrecht.**

leicht  
erklärt!

# Befragung der Regierung

Der Bundestag besorgt sich Infos



## Einleitung

Letzte Woche haben die Politiker vom Bundestag die Bundes-Regierung befragt.

Das machen sie regelmäßig.

Dabei stellen die Politiker vom Bundestag Fragen zur aktuellen Arbeit der Bundes-Regierung.

Letzte Woche war ein besonderer Termin.

Denn:  
Zum ersten Mal hat der neue Bundes-Kanzler Olaf Scholz die Fragen beantwortet.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Warum befragt der Bundestag die Bundes-Regierung regelmäßig?
- Wie läuft so eine Befragung ab?
- Was ist das Besondere, wenn der Bundes-Kanzler befragt wird?

## Bundestag und Bundes-Regierung

Im folgenden Text geht es vor allem um 2 Gruppen von Politikern.

Und zwar:

- Bundes-Regierung  
Kurz: Regierung
- Bundestag

Diese beiden Gruppen werden deswegen nun zuerst etwas genauer erklärt.



## Was ist die Regierung?

Die Regierung sind die Politiker, die Deutschland leiten.

Die Regierung kümmert sich zum Beispiel darum, dass die Gesetze ausgeführt werden.

Sie kann aber auch eigene Gesetz-Ideen entwickeln.



Zur Regierung gehört der Bundes-Kanzler.

Er ist der Chef der Regierung.

Außerdem gehören zur Regierung noch bestimmte hohe Politiker. Diese Politiker haben den Titel: Minister.

Jeder Minister ist der Leiter eines Fach-Bereichs.

Es gibt zum Beispiel:

- einen Minister für Gesundheit
- eine Ministerin für Bildung und Forschung

Andere Fach-Bereiche sind zum Beispiel:

- Umwelt und Natur-Schutz
- Familie
- Land-Wirtschaft
- Arbeit

Im Moment gibt es 16 Minister.



### Was ist der Bundestag?

In Deutschland bestimmen alle Bürger zusammen, was im Land passieren soll.

Sie bestimmen das aber nicht direkt. Stattdessen wählen sie Politiker in den Bundestag.

Diese Politiker vertreten die Menschen dann.

Sie machen zum Beispiel Gesetze.

Sie entscheiden, wofür in Deutschland Geld ausgegeben wird.

Sie wählen den Bundes-Kanzler.

Sie kontrollieren die Regierung.

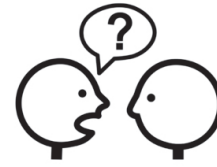
Oder sie treffen andere Entscheidungen.

Der Bundestag ist also die Vertretung der Menschen in Deutschland.



### Der Bundestag befragt die Regierung

Der Bundestag und die Regierung haben auf verschiedene Arten miteinander zu tun.



Eine davon ist die Befragung der Regierung durch den Bundestag.

Die Mitglieder vom Bundestag können der Regierung Fragen zu deren aktueller Arbeit stellen.

Bei jeder Befragung muss ein Mitglied der Regierung anwesend sein.

Die Mitglieder der Regierung müssen sich dabei abwechseln.

Das Ziel ist, dass jedes Mitglied mindestens einmal im Jahr vom Bundestag befragt werden kann.

### So läuft die Befragung ab

Die Befragung findet immer mittwochs statt.

Und zwar in den Wochen, in denen sich auch der Bundestag trifft.

Also ungefähr 20-mal im Jahr.



An diesen Tagen trifft sich vormittags auch die Regierung. Also der Bundes-Kanzler und die Minister.

Dann sprechen sie darüber, welche Pläne sie in der nächsten Zeit verfolgen wollen.

Direkt nach diesem Treffen geht ein Mitglied der Regierung in den Bundestag zur Befragung.



Zu Beginn der Befragung kann das Mitglied der Regierung bis zu 5 Minuten lang etwas erzählen.

Zum Beispiel kann der Redner schon mal bestimmte Dinge erklären. Oder er kann berichten, was am Morgen besprochen wurde.

Danach beginnt die Befragung.



Die Politiker vom Bundestag können Fragen an das Mitglied der Regierung stellen.

Zuerst stellen sie Fragen zum Fach-Bereich dieses Mitglieds.

Dann können sie auch Fragen zu anderen Fach-Bereichen stellen.

Dafür sind dann oft noch andere Mitglieder der Regierung oder ihre Mitarbeiter anwesend.

Die Fragen kennen die Mitglieder der Regierung vorher nicht.

Sie müssen sie also ohne Vorbereitung beantworten.



Die Fragen müssen kurz sein. Der Fragen-Steller hat dafür nur etwa eine Minute Zeit.

Und sie müssen so gestellt sein, dass man sie schnell beantworten kann.

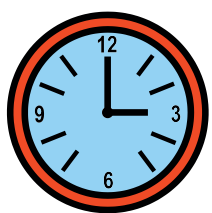
Für die Antwort hat das Mitglied der Regierung dann auch nur wenig Zeit.

Eine Uhr zeigt den Rednern an, wie viel Zeit sie noch haben.

Nach der Antwort darf der Fragen-Steller noch eine Nachfrage stellen.

Die muss dann auch kurz und knapp beantwortet werden.

Dann kommt der nächste Fragen-Steller an die Reihe.



Die Befragung dauert 60 Minuten.

Sie kann um bis zu 15 Minuten verlängert werden.

## Befragung des Bundes-Kanzlers



3-mal im Jahr kommt der Bundes-Kanzler zur Befragung durch den Bundestag.

Normalerweise passiert das vor Ostern, vor der Sommer-Pause und vor Weihnachten.



Diese Termine sind immer etwas Besonderes.

Denn der Bundes-Kanzler ist ja der Chef der Regierung.

Er hat nicht nur einen Fach-Bereich. Er leitet die gesamte Arbeit der Regierung.

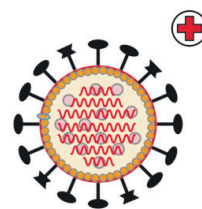
Also können die Mitglieder vom Bundestag ihm auch allgemeinere Fragen stellen.

Olaf Scholz ist der neue Bundes-Kanzler von Deutschland.

Seine erste Befragung durch den Bundestag war am 12. Januar 2022.

In der Befragung ging es um ganz verschiedene Themen.

Zum Beispiel:



- Corona und die Folgen der Pandemie
- Impf-Pflicht
- Klima-Schutz
- Bezahlung im Pflege-Bereich
- Kinder-Armut
- Arbeit-Nehmer aus anderen Ländern

Die Politiker vom Bundestag wollten von Olaf Scholz wissen, was er gegen bestimmte Probleme in diesen Bereichen machen will.

## Warum befragt der Bundestag die Regierung?

Die Befragung durch den Bundestag hat verschiedene Ziele.

Hier ein paar Beispiele:

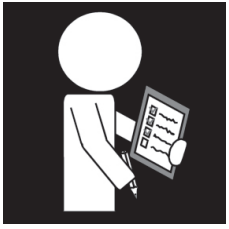
### Infos für Politiker des Bundestags



Durch die Befragung der Regierung bekommen die Politiker vom Bundestag Infos über die neuesten Pläne der Regierung.

Diese Infos brauchen die Politiker, um ihre Arbeit richtig erledigen zu können.

### Kontrolle der Regierung



Eine der wichtigsten Aufgaben des Bundestags ist: Er kontrolliert die Regierung.

Das bedeutet: Er achtet darauf, dass die Regierung ihre Arbeit richtig macht.

Die Befragung ist eine Möglichkeit, die Arbeit der Regierung im Auge zu behalten.

### Infos für alle Menschen



Die Befragung der Regierung wird immer im Fernsehen gezeigt. Außerdem kann man sie auch im Internet finden.

So können sich zum Beispiel auch Reporter und alle Bürger über die Arbeit der Regierung informieren.

### Andere Arten der Befragung

Die Befragung der Regierung ist nur eine Möglichkeit für den Bundestag, Infos von der Regierung zu bekommen.

Nach der Befragung der Regierung gibt es zum Beispiel noch eine sogenannte Frage-Stunde.

Dabei beantwortet ein Mitarbeiter der Regierung Fragen.

Die wurden vorher von den Mitgliedern des Bundestags schriftlich eingereicht.

Außerdem gibt es noch die sogenannten Anfragen.

Das sind schriftliche Fragen an die Regierung.

Für deren Beantwortung hat die Regierung länger Zeit.

Bei Kleinen Anfragen 2 Wochen. Bei Großen Anfragen kann die Beantwortung manchmal auch mehrere Monate dauern.



### Kurz zusammengefasst



Letzte Woche hat der Bundestag die Regierung befragt.

Das passiert ungefähr 20-mal im Jahr.

Zu der Befragung kommt immer ein Mitglied der Regierung.

Es beantwortet dann kurz und knapp Fragen der Mitglieder vom Bundestag.

Letzte Woche hat Bundes-Kanzler Olaf Scholz die Antworten gegeben.

Der Bundes-Kanzler nimmt 3-mal im Jahr an der Befragung teil.

Ansonsten geben die Bundes-Minister die Antworten bei der Befragung.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance / Geisler-Fotopress / Frederic Kern/Geisler-Fotopress. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 3-4/2022  
Die nächste Ausgabe erscheint am 31. Januar 2022.